

Anträge

Inhaltsverzeichnis

R - Anträge zu Regularien und Ablauf des Parteitags

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
R01	Tagesordnung Landesvorstand	78
R02	Zeitplan Landesvorstand	78

L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L01	Es reicht! Kürzt euch doch selbst! Landesvorstand	56
L02	Von der antifaschistischen Haltung in die Handlung kommen LAG Antifa	59
L03	Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht umsetzen! Dieter Lesemann, Emily Stiers (ZS (Stimmrecht) AG Klimagerechtigkeit, del-ZS:MQ-Ers01), Erik Böhm (ZS (Stimmrecht) AG Klimagerechtigkeit, del-ZS:OL), Wiebke Jürgens (BV Wandsbek, del-BV:MQ), LAG Klimagerechtigkeit, Landesvorstand, Laura Bader, Sandra Bläß, LAG Demokratische Linke	64

A - Allgemeine Anträge

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Für eine feministische Linke in allen Bezirken LAG Queer & LAG Feminismus	3
A02	Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht Demokratie Luzian Massarrat (Landesvorstand, BV HH-Mitte, del-BV:OL), LAG Bildungspolitik	5
A03	Parlamentarische Beobachtung LAG Innenpolitik, LAG Antifa	9
A04	Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linke Hamburg im Jahr 2027 Thomas Arndt (BV Eimsbüttel, del-BV:OL-Ers01), LAG B&G	11
A05	Sozialistische Intelligenz statt Künstlicher Intelligenz LAG Netzpolitik	12
A06	Aufwandspauschale für Landessprecher*innen Bezirksvorstand HH-Mitte	19
A07	Resolution: Kuba-Solidarität AG Studierendenpolitik	20
A08	Klimagerechtigkeit als völkerrechtliche Verpflichtung Nicole Caputo (BV Altona, del-BV:MQ), Jan Walenda (del-Jugendverband:OL), David Stoop (BV HH-Mitte, del-BV:OL, Abgeordnete), Luzian Massarrat (Landesvorstand, BV HH-Mitte, del-BV:OL), LAG Völkerrecht	22
A09	Recht steht über Macht – Den Internationalen Strafgerichtshof gegen Sanktionen verteidigen LAG Völkerrecht	32

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A10	Eigentum verpflichtet! Mieter*innen vor Verwahrlosung, Gefahren und Verdrängung schützen Toni Fochmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), Quentin Villwock (BV HH-Mitte, del-BV:OL, Landesschiedskommission), Lisa Grötzner (BV HH-Nord, del-BV:MQ), Kevin Vollbrich (BV HH-Nord, del-BV:OL), LAG Die Linke hilft, LAG Demokratische Linke	34
A11	Verantwortungsvoller Umgang mit KI im öffentlichen Dienst LAG Netzpolitik	37
A12	Internationale Solidarität auch bei Beschaffung und Merchandise konsequent umsetzen Lisa Grötzner (BV HH-Nord, del-BV:MQ), Kevin Vollbrich (BV HH-Nord, del-BV:OL), Toni Fochmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), LAG Klimagerichtigkeit, Hermann Kaienburg (AG Welthandel und Entwicklung)	44
A13	Keine Einsätze der Bundeswehr nach Innen und Außen: Deshalb die Rekrut*innen nicht alleine lassen. Axel Hopfmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), Katrin Lohse (Landesvorstand, BV HH-Nord, del-BV:MQ), Stadtteilgruppe Barmbek, Axel Hopfmann (Nord), Daniel Reimann (Nord), Wolfgang Schindler (Wandsbek), AKL, LAG B&G	45
A14	Wohnungspolitik für Hamburg Brigitte Basler (BV Altona, del-BV:MQ, Landesfinanzrevisionskommission), Marie Kleinert (BV Altona, del-BV:MQ, Abgeordnete), Natalia Wilhelmi (Landesvorstand, BV Altona, del-BV:MQ), Suzana Kamperidis (Landesvorstand, BV Altona, del-BV:MQ), Ralf Dorschel (BV Altona, del-BV:OL), Yavuz Fersoglu (BV Altona, del-BV:OL), Annabel Sophie Reich (BV Altona, del-BV:MQ), Valentin Schroeteler (BV Altona, del-BV:OL, zzz_Absage 10.10.26, zzz_Absage 11.10.26), Norbert Grosz (BV Altona, del-BV:OL), Rolf Entgelmeier (BV Altona, del-BV:OL), Kolja Rosemann (BV Altona, del-BV:OL), Jan Libbertz (BV Eimsbüttel, del-BV:OL, Abgeordnete), Heike Faust-Benecke (BV Eimsbüttel, del-BV:MQ), LAG Demokratische Linke	48
A15	Regelanfrage LAG Innenpolitik	51
A16	Wissen schafft Zukunft: Für die Ausfinanzierung der Hamburger Hochschulen zum Allgemeinwohl AG Studierendenpolitik	53
A17	Für mehr Sensibilität und Wissen im Umgang mit Diskriminierung - Antisemitismus stoppen LAG Gegen jeden Antisemitismus, LAG Demokratische Linke	55

Antrag A01: Für eine feministische Linke in allen Bezirken

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	LAG Queer & LAG Feminismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Konsequente Umsetzung des Beschlusses „Für eine** 2 **feministische Linke in allen Bezirken“, beschlossen** 3 **am 27.09.2025 auf der 2. Tagung des 9.** 4 **Landesparteitags**

5 Der Landesparteitag bekräftigt den oben genannten, im Jahr 2025 gefassten,
6 Beschluss zur Stärkung feministischer, queerer, antirassistischer,
7 antisexistischer, antidiskriminierender und awareness-orientierter Arbeit im
8 Landesverband der Linken Hamburg.

9 Die darin formulierten Grundsätze sollen nicht nur politische Position der
10 Partei sein, sondern sich auch in unserer innerparteilichen Arbeit und unseren
11 Strukturen widerspiegeln. Der Landesvorstand wird deshalb beauftragt, die
12 Umsetzung des Beschlusses gemeinsam mit den zuständigen
13 Landesarbeitsgemeinschaften, Bezirksverbänden und Ortsgruppen weiterzuführen und
14 konkrete, umsetzbare Maßnahmen dafür zu entwickeln.

15 **1. Gemeinsame Haltung und Mobilisierung**

16 Die oben beschriebene und 2025 beschlossene Haltung der Linken soll auf allen
17 Ebenen der Partei sichtbar und handlungsleitend sein. Der Landesvorstand schafft
18 daher gemeinsam mit den zuständigen LAGen Möglichkeiten, diese Themen regelmäßig
19 innerhalb der Partei zu diskutieren und die gemeinsame politische Praxis
20 weiterzuentwickeln. Der 25. November, der Internationale Tag gegen Gewalt an
21 Frauen* und Mädchen* (Internationaler Tag gegen patriarchale Gewalt), soll als
22 landesweiter Aktionstag genutzt werden. Der Landesverband unterstützt und
23 koordiniert gemeinsam mit den zuständigen LAGen die Mobilisierung der
24 Bezirksverbände und Ortsgruppen und unterstützt diese bei der Planung,
25 Durchführung und Bewerbung eigener oder gemeinsamer Aktionen.

26 **2. Arbeit vor Ort und LAGen stärken und finanziell unterstützen**

27 Es heißt außerdem im Beschluss von 2025: „Feministische, queere,
28 antirassistische antidiskriminierende und awareness-orientierte Initiativen in
29 allen Bezirken und Ortsgruppen werden materiell, finanziell und durch
30 Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.“ Der Landesverband unterstützt entsprechende
31 Veranstaltungen, Bildungsangebote und politische Aktionen finanziell und bei der
32 Öffentlichkeitsarbeit - soweit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich
33 ist. Dazu gehört insbesondere die Unterstützung bei Social Media, Webseiten,

Pressearbeit und bei der Bewerbung von Veranstaltungen. Die LAGen Feminismus und Queer sowie antirassistische und antidiskriminierende Strukturen werden bei ihrer Bildungs-, Vernetzungs- und Aktionsarbeit finanziell und organisatorisch unterstützt.

Grundlage für die Finanzierung soll der transparente Fonds für diese Zwecke sein, der ebenfalls Teil des letztjährigen Beschlusses ist. Der Landesvorstand möge diesen Fond - sofern noch nicht geschehen - so schnell wie möglich einrichten. Der Landesverband prüft außerdem gemeinsam mit den Bezirksverbänden, inwieweit auf Bezirksebene eigene solidarische Fonds oder entsprechende Budgets eingerichtet bzw. vorhandene Mittel für diese Arbeit genutzt werden können. Die Vergabe der Mittel soll transparent und nachvollziehbar erfolgen.

3. Sichtbarkeit und Beteiligung stärken

Die Beteiligung von FLINTA*, queeren Menschen, BIPOC, Migrant*innen und anderen von Diskriminierung betroffenen Menschen** an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen soll innerhalb der Partei weiter gestärkt werden. Dafür sollen niedrigschwellige Möglichkeiten zur politischen Beteiligung, Vernetzung und Übernahme von Verantwortung geschaffen werden. Bestehende Regelungen zur Quotierung und Repräsentation sollen daraufhin überprüft werden, ob sie eine vielfältige Beteiligung ermöglichen und konsequent umgesetzt werden. Menschen aus bisher unterrepräsentierten Gruppen sollen gezielt zur Mitarbeit und zur Übernahme politischer Verantwortung ermutigt werden.

4. Awareness, Schutz und Umgang mit übergriffigem Verhalten

Awareness ist eine gemeinsame Verantwortung und nicht allein Aufgabe einzelner Awareness-Personen. Deshalb soll Awareness als Bestandteil der politischen und organisatorischen Arbeit von Die Linke Hamburg weiter verankert werden. Der Landesvorstand unterstützt gemeinsam mit den zuständigen Strukturen und Bezirksverbänden und Ortsgruppen bei der Entwicklung eigener Strukturen. Dabei sollen klare und transparente Regelungen für den Umgang mit Grenzverletzungen, Diskriminierung, sexualisierter Gewalt und anderem übergriffigem Verhalten geschaffen werden. Für die Begleitung von Personen, denen übergriffiges oder diskriminierendes Verhalten vorgeworfen wird, sowie für notwendige Täter*innenarbeit werden **externe, unabhängige und entsprechend qualifizierte Fachstellen bzw. Fachkräfte** hinzugezogen. Diese Aufgaben sollen nicht allein von ehrenamtlichen Awareness-Personen oder innerparteilichen Strukturen übernommen werden. Der Landesvorstand entwickelt hierfür gemeinsam mit dem Bund ein Konzept, um mit fachlich geeigneten Stellen verbindliche Verfahren und Zuständigkeiten festzulegen. Dabei stehen der Schutz und die Unterstützung betroffener Personen im Mittelpunkt. Gleichzeitig soll ein professioneller und fachlich angemessener Umgang mit beschuldigten bzw. übergriffigen Personen gewährleistet werden. Die notwendigen externen Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden vom Landesverband finanziert. Auch eine dafür geschaffene feste und bezahlte Stelle auf Landesebene, mit einer fachlich geeigneten Person, die in awareness-Fällen als Ansprechperson fungiert, halten wir für erstrebenswert.

5. Verbindliche Bildungsarbeit

Der Landesverband organisiert regelmäßig Bildungsangebote zu feministischen, queeren, antirassistischen und antidiskriminierenden Perspektiven sowie zu Awareness, Intersektionalität, den Umgang mit Diskriminierung und kritischer Männlichkeit. Dabei soll mindestens einmal jährlich ein landesweites Bildungs- oder Vernetzungsangebot stattfinden. Darüber hinaus sollen regelmäßig Workshops und Schulungen für Mitglieder und insbesondere für Menschen mit Verantwortung in der Partei angeboten werden. Awareness-Bildung soll dabei nicht nur der Ausbildung einzelner Awareness-Personen dienen. Alle Mitglieder sollen für diskriminierungssensible, grenzachtende und solidarische Parteiarbeit sensibilisiert werden. Die Bildungsangebote werden gemeinsam mit den zuständigen LAGen und, sofern sinnvoll, mit externen Fachstellen und Referent*innen entwickelt und durchgeführt. Der Landesverband übernimmt die hierfür notwendigen Honorare und Sachkosten.

6. Umsetzung und Rechenschaft

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Umsetzung dieses Beschlusses, der im Wesentlichen die konsequente Umsetzung eines alten Beschlusses fordert, gemeinsam mit den zuständigen LAGen, Bezirksverbänden und Ortsgruppen weiterzuverfolgen und die dafür notwendigen Maßnahmen und Zuständigkeiten festzulegen.

Dem folgenden ordentlichen Landesparteitag wird über die Umsetzung des Beschlusses berichtet. Der Bericht soll insbesondere die durchgeführten Bildungs- und Awareness-Angebote, die Unterstützung der Gliederungen, die eingesetzten finanziellen Mittel sowie die Weiterentwicklung der Awareness-Strukturen darstellen.

Begründung und Anmerkungen

Mit diesem Beschluss bekräftigt Der Landesverband Hamburg, dass Feminismus, Queerpolitik, Antirassismus und Antidiskriminierung nicht nur politische Forderungen nach außen sind, sondern auch Maßstab für unsere eigene Parteiarbeit. Der Beschluss von 2025 soll deshalb konsequent weiter umgesetzt und mit konkreten Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und den dafür notwendigen Ressourcen hinterlegt werden.

weitere Antragstellende

LAG Feminismus & LAG Queer

Antrag A02: Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht Demokratie

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Luzian Massarrat (Landesvorstand, BV HH-Mitte, del-BV:OL), LAG Bildungspolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht

2 Demokratie

3 **Die Demokratie wird angegriffen.** Die rechtsextreme AfD ist im Aufwind und
4 schmiedet Pläne zum Abbau der Demokratie. In vorauseilendem Gehorsam machen sich
5 auch andere Parteien auf den Weg und stützen Meinungsfreiheit, Wissenschaft,
6 soziale Sicherheit oder auch Inklusion. Dabei kann Demokratie auf Dauer nicht
7 funktionieren, wenn sie die Voraussetzungen dafür abbaut, dass Menschen
8 demokratisch urteilen, handeln und teilhaben können.

9 **Ein wesentliches Feld zum Schutz der Demokratie ist der Bildungsbereich, denn**
10 **keine Demokratie kommt ohne Demokrat*innen aus.** Als Demokrat*innen werden wir
11 nicht geboren: Demokratisches Handeln muss erlernt werden. Dazu ist es
12 wesentlich, dass Demokratie nicht bloß erklärt, sondern erlebt wird. Es ist
13 hochproblematisch, dass insbesondere junge Menschen kaum Möglichkeiten erhalten,
14 selbst demokratisch mitzubestimmen. Dabei verpflichtet auch die UN-
15 Kinderrechtskonvention in Art. 12 dazu, die Meinung von Kindern zu hören und zu
16 berücksichtigen. Doch der Alltag junger Menschen ist bestimmt von hierarchischen
17 Institutionen. Zugleich ist Bildung an sich essenziell zur Entwicklung eines
18 aufgeklärten Denkens. Bildung vermittelt pluralistische Perspektiven,
19 Eigenständigkeit und die Fähigkeit des kritischen Hinterfragens und Prüfens.
20 Auch gemäß Art. 29 der UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinder in demokratischen
21 Werten und Kompetenzen gebildet werden.

22 **Im Bildungssystem ist Demokratie bisher nur unzureichend angekommen.** An
23 Hochschulen gibt es zwar umfassende studentische Mitbestimmungsmöglichkeiten,
24 der Einfluss auf die Gestaltung der Hochschulen ist aber eingeschränkt, da
25 Institutionen so gestaltet sind, dass Studierende und Mitarbeitende allein keine
26 Mehrheiten erhalten können. Unsere Schulen bleiben hinter jedem demokratischen
27 Anspruch weit zurück. Politische Bildung wird viel zu sehr nur als Punkt im
28 Lehrplan betrachtet. Dabei kann Demokratie nicht frontal unterrichtet werden:
29 Sie muss gelebt werden. Der Einbezug der wenigen Schülervertreter*innen ist für
30 das Erleben von Demokratie völlig unzureichend. Auch erhalten die
31 Selbstvertretungen der Schüler*innen nicht nur viel zu wenig reale
32 Mitbestimmungsmöglichkeiten, das ganze Schulsystem ist autoritär aufgebaut.
33 Darin schlägt sich seine Herkunft aus der Kaiserzeit nieder, in der der Zweck
34 des Schulsystems der Erhalt der autoritären Ständegesellschaft war.
35 Schüler*innen erhalten kaum – und wenn nur bei Detailentscheidungen –
36 Möglichkeiten, über ihr eigenes Leben mitzubestimmen. Stattdessen werden viele
37 Entscheidungen ohne Mitsprachemöglichkeiten der Schüler*innen streng
38 hierarchisch von oben nach unten gefällt. Demokratiebildung, die ein
39 Querschnittsthema für den Unterricht sein müsste, fällt in der Umsetzung viel zu
40 oft hintenüber, da sie strukturell nicht ausreichend in Lehrplänen und auch der
41 Lehrkräfteausbildung verankert ist. So wird Demokratiebildung im schulischen
42 Alltag kaum abgebildet, obwohl zwei Drittel der Lehrkräfte sich mehr
43 Demokratiebildung an ihrer Schule wünschen. In einer solchen Umgebung ist es

schwer, demokratisches Handeln zu lernen. Doch Demokratiebildung endet nicht an der Schultür, sondern ist eine Frage demokratischer Infrastruktur. Sie ist eine lebenslange und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Menschen brauchen Zeit, Informationen, analoge und digitale soziale Räume, Ressourcen und tatsächliche Möglichkeiten, um sich politisch zu bilden, miteinander auszutauschen, sich zu organisieren und zu beteiligen. Diese Möglichkeiten müssen für alle zugänglich sein und dürfen nicht von Alter, Bildungsweg, sozialer Herkunft, Einkommen, Sprache oder Behinderung abhängen. Demokratiebildung muss bestehende Ungleichheiten politischer Teilhabe abbauen, statt sie zu reproduzieren. Dafür braucht es neben einem Unterricht, der sich deutlich stärker an gegenwärtigen und zukünftigen Lebensrealitäten orientiert, qualifizierte und kontinuierlich weitergebildete Fachkräfte sowie dauerhaft finanzierte außerschulische Orte und Strukturen, in denen Menschen sich informieren, begegnen, streiten, organisieren und gemeinsam handeln können. Zudem ist durch die zunehmende Relevanz von digitalen Plattformen, digitalen öffentlichen Räumen, Algorithmen und KI die politische Medienbildung heute ein unverzichtbarer Teil von Demokratiebildung. Menschen müssen digitale Öffentlichkeit kritisch verstehen und selbstbestimmt mitgestalten können. Die dafür notwendigen Fähigkeiten können nicht einmalig vermittelt werden, sondern müssen angesichts sich ständig verändernder Technologien und Öffentlichkeiten kontinuierlich erlernt, angewendet und weiterentwickelt werden.

Bildung braucht Demokratie, denn Bildung kann demokratische Menschen kaum hervorbringen, wenn ihre Institutionen selbst hierarchisch, exklusiv, sozial ungleich und ohne reale Beteiligungsmöglichkeiten organisiert sind. Demokratie braucht Bildung heißt nicht: Politikunterricht. Es heißt: Demokratie braucht Menschen, die urteils- und handlungsfähig sind und gesellschaftliche Strukturen, die ihnen ermöglichen, diese Fähigkeiten ein Leben lang zu entwickeln und anzuwenden.

Demokratiebildung muss Menschen dazu befähigen, Demokratie zu verstehen, zu beurteilen und selbst zu gestalten. Dazu gehören Wissen, Urteilsfähigkeit und kritisches Denken, demokratische Werte und Haltungen sowie politische Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit. Demokratisches Handeln zu lernen bedeutet deshalb mehr, als zu wissen wie Demokratie funktioniert. Menschen müssen Informationen und Quellen einordnen, Interessen und Machtverhältnisse erkennen, ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten kennen, eigene Interessen vertreten und sich gemeinsam mit anderen einmischen können. Demokratie lebt davon, dass Menschen Selbstwirksamkeit erfahren: Meine Stimme zählt, ich kann Einfluss nehmen und Gesellschaft mitgestalten.

Obwohl Bildung für Demokratie notwendig ist, steht sie unter Beschuss: In Hamburg kollabieren die Hochschulen unter der aggressiven Sparpolitik des Senats, auch die gebundenen Ganztagschulen sollen per Haushaltsbeschluss abgeschafft und die Arbeitsbelastung für Lehrkräfte angehoben werden. Die Inklusion – die in Hamburg noch lange nicht bei allen angekommen ist – soll durch drastische Kürzungen bei Schulbegleitungen demoliert werden. Obwohl ein guter Ganztags eine deutlich bessere Demokratiebildung ermöglichen kann, fällt gerade dieser aktuell ebenfalls den Kürzungen zum Opfer. Gleichzeitig streicht

die Bundesregierung zahlreiche Fördermittel für Demokratiebildung und zerstört dadurch wichtige Angebote der außerschulischen und der Erwachsenenbildung. Die antidemokratische AfD werden all diese Entwicklungen freuen, gehen sie doch genau in die menschenfeindliche Richtung, die sie sich vorstellt und die sie etwa in Sachsen-Anhalt angekündigt hat: Dort sollen Demokratieprogramme gestrichen, die Landeszentrale für politische Bildung geschlossen, schulische Inklusion beendet, studentische Mitbestimmung abgeschafft, die Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt und linke, plurale, demokratische Ideen aus Schulen verdrängt werden.

Diese Angriffe der Rechten und der Regierenden nehmen wir nicht hin. Wir verstehen Bildung als Schlüsselbaustein für Erhalt und Weiterentwicklung der Demokratie.

Deshalb fordert Die Linke Hamburg:

1. **das Wahlalter für Bundestagswahlen auf 16 Jahre abzusenken und für Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre zu prüfen.** Früheres Wahlrecht schafft Partizipationsmöglichkeiten und somit demokratische Aktivität. Auch werden wesentliche Entscheidungen weniger über die Köpfe der betroffenen hinweggefasst.
2. **in allen Hamburger Bezirken und auf Landesebene Kinder- und Jugendbeiräte einzurichten.** Nach dem Vorbild der Senior*innenbeiräte sollen auch junge Menschen überall die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen zu vertreten.
3. **Bürger*innenräte zu Bildungspolitik in Hamburg sowie auf Bundesebene einzuberufen.** Das deutsche wie auch das Hamburgische Bildungssystem brauchen keine Reform, sie brauchen eine Revolution. Mit Bürger*innenräten kann ein demokratischer Prozess zu einem gerechten und guten Bildungssystem beginnen.
4. **die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Schüler*innenkammer Hamburg sowie für die Studierendenvertretungen auszuweiten.** Repräsentation mit begrenztem Einfluss ist nicht nur entmutigend, sie bleibt auch hinter dem Anspruch demokratischer Mitbestimmung betroffener Akteur*innen zurück.
5. **Entscheidungsprozesse der Schulpolitik zu demokratisieren, indem insbesondere Schüler*innen verbindlich daran beteiligt werden.** Viel zu oft werden Entscheidungen ohne Mitsprache der Hamburger Schüler*innen und der Beschäftigten getroffen, obwohl diese am stärksten von Entscheidungen beeinflusst werden.
6. **Demokratiebildung als eigenständigen Kompetenzbereich in allen Etappen der Bildungsbiografie verankern.** Demokratiebildung darf nicht von engagierten Lehrkräften und Pädagog*innen abhängen, sondern muss mithilfe von Lehrevaluationen in allen Bildungspassagen konsistent und zentral verankert werden. Teil davon muss auch kritisches Denken und lebendige Debattenkultur sein.
7. **Hamburger Schulen anzuregen, demokratische Mitbestimmung der Schüler*innen zu ermöglichen.** Schule nimmt einen großen Teil im Leben junger Menschen ein und sollten demokratischer strukturiert sein. Konzepte wie

- 135 beispielsweise auch ermöglichen es, sie demokratisch zu gestalten und
136 Demokratie zu leben und so zu lernen.
- 137 **8. an allen Grundschulen und Kitas Kinderparlamente zu ermöglichen.**
138 Kinderparlamente schaffen den Raum und die Zeit, sich mit Demokratie sowie
139 Kinder- und Menschenrechten beschäftigen und demokratische Praxis erlernen
140 können.
- 141 **9. Lehrpläne so zu gestalten, dass in Stundenplänen Zeit für soziales**
142 **Miteinander und gesellschaftliches Engagement eingeräumt wird.**
143 Gesellschaftliche und soziale Themen fallen viel zu oft engen Zeitplänen
144 zum Opfer, du solltest deshalb fest verankerte Kernzeiten, u.a. in
145 Klassenräten, erhalten.
- 146 **10. Demokratiebildung verstärkt in der Lehrkräfteausbildung zu verankern.** Damit
147 Lehrkräfte politisch bilden können, muss die Demokratiebildung endlich
148 umfassender Teil in der Lehrkräfteausbildung werden.
- 149 **11. Debattenformate zwischen Schüler*innen und Politiker*innen wie Dialog P**
150 **oder Podiumsdebatten auszubauen und zu verstetigen.** Politiker*innen sollten
151 erreichbar sein und ihre Positionen in kritischen Diskursen darstellen –
152 insbesondere zwischen den Wahlen.
- 153 **12. Träger von Bildungsangeboten zu Demokratie, Antirassismus und Inklusion**
154 **langfristig finanziell und strukturell abzusichern.** Statt einer
155 Abhängigkeit von befristeten Förderprogrammen braucht es eine deutlich
156 stärkere institutionelle Förderung, dauerhaft finanzierte Fachstellen und
157 kontinuierliche Angebote der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.
- 158 **13. politische Medienbildung als Teil der Demokratiebildung dauerhaft und**
159 **flächendeckend auszubauen.** Dafür braucht es qualifizierte Fachkräfte und
160 kontinuierliche Angebote für alle Altersgruppen zu digitaler
161 Öffentlichkeit, Plattformen und Algorithmen, KI, Desinformation,
162 Medienproduktion und digitaler politischer Teilhabe.
- 163 **14. Demokratiebildung und Beteiligung für alle Menschen zugänglich zu machen.**
164 Öffentlich finanzierte Angebote müssen kostenfrei und barrierefrei sein;
165 notwendige Kosten für räumliche und digitale Barrierefreiheit,
166 verständliche und Leichte Sprache, Gebärdensprache und Assistenz müssen
167 vollständig förderfähig sein.

Antrag A03: Parlamentarische Beobachtung

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	LAG Innenpolitik, LAG Antifa
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vom Parlament auf die Straße: Parlamentarische Beobachtung als praktische Solidarität

- Der Landesverband Hamburg ersucht alle Abgeordneten der Bürgerschaftsfraktion, als parlamentarische Beobachter*innen an Demonstrationen teilzunehmen.
- Der Landesverband Hamburg ersucht überdies die Bürgerschaftsfraktion, ihre Abgeordneten zur parlamentarischen Beobachtung von Demonstrationen anzuhalten und regelmäßige Schulungen für die Abgeordneten zu diesem Zweck anzubieten.
- Der Landesverband Hamburg ersucht schließlich die Bürgerschaftsfraktion, bei großen Aktionen des zivilen Ungehorsams Jurist*innen zu beauftragen, welche die parlamentarischen Beobachter*innen während der Aktion begleiten und beraten.

Begründung und Anmerkungen

Der fortschreitende Rechtsruck der Gesellschaft macht sich auch in den Repressionsorganen bemerkbar. Immer häufiger erleben linke Aktivist*innen bei Demos, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams einen unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt durch die Polizei. Auch gegenüber friedlichen Demonstrant*innen werden unter anderem Schmerzgriffe, Pfefferspray und Schlagstöcke rechtswidrig eingesetzt. Eine bewährte Strategie, um Polizeigewalt zu reduzieren, ist die parlamentarische Beobachtung. Parteigenoss*innen sowie außerparteilich organisierte Antifaschist*innen berichten immer wieder, wie sehr sich das Verhalten, die Kommunikation und die Gewaltbereitschaft der Polizist*innen ändern, sobald parlamentarische Beobachter*innen vor Ort sind.

Der Landesparteitag bedankt sich bei allen Abgeordneten, die schon jetzt häufig in der parlamentarischen Beobachtung tätig sind. Es ist ihr Verdienst, dass die Wirksamkeit der parlamentarischen Beobachtung von Genoss*innen wie außerparlamentarischen Verbündeten als so gut bewertet wird. Besonders zu würdigen ist, dass die Hamburger Abgeordneten auch in anderen Bundesländern eine parlamentarische Beobachtung ausüben. So war etwa die Beobachtung von Widersetzen in Erfurt sehr hilfreich. Der Antrag richtet sich insofern nicht gegen die Abgeordneten der Bürgerschaft, sondern soll dazu führen, dass durch Schulungen auch jene, die bisher nicht oder kaum an parlamentarischen Beobachtung teilgenommen haben, dazu befähigt werden. Denn wenn alle Abgeordneten grundsätzlich parlamentarische Beobachtungen durchführen, so ist auch bei kurzfristigen Anfragen mit einer besseren Chance zu rechnen, dass sich Abgeordnete hierzu finden.

Der Landesparteitag ersucht die Bürgerschaftsfraktion, regelmäßige Schulungen für Abgeordnete anzubieten, bei welchen diese auf die parlamentarische Beobachtung vorbereitet werden und in welchen erfolgte Einsätze aufgearbeitet werden. Inhaltliche Schwerpunkte sollen unter anderem die Kommunikation mit Polizeikräften, die rechtliche Einordnung der Verhältnismäßigkeit von polizeilichen Maßnahmen und die Erarbeitung eines „best practice“ aus den gemachten Erfahrungen sein. Ein konkreteres und detaillierteres Konzept für solche Schulungen soll der Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der LAG Antifa und entsprechendem Fachpersonal erarbeiten. Der Landesparteitag ersucht alle Abgeordneten der Linksfraktion, an diesen Schulungen teilzunehmen und sich – sofern es ihnen gesundheitlich möglich ist – für die parlamentarische Beobachtung zur Verfügung zu stellen. Um neuen und in dieser Thematik unerfahrenen Abgeordneten weiter eine bessere Einführung in diese Arbeit zu ermöglichen, wird die Einführung eines „Buddy-Systems“ angeregt, bei dem erfahrenere Abgeordnete den anderen zugeteilt werden.

Zusätzlich wird die Fraktion ersucht, bei großen Aktionen des zivilen Ungehorsams (beispielsweise G20 in

Hamburg oder Widersetzen in Erfurt) Jurist*innen zu beauftragen, welche die parlamentarischen Beobachter*innen während der Aktion begleiten und beraten. Denn die Erfahrung zeigt, dass es bei der Beobachtung zu Unsicherheiten über die Rechtmäßigkeit einzelner Polizeimaßnahmen kommen kann. Dabei geht es nicht nur um graduelle Abwägungen, etwa im Rahmen der Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme, sondern teilweise auch etwa um die grundsätzliche Rechtmäßigkeit einzelner Einsatzmittel, welche von Beamt*innen aus anderen Bundesländern mitgeführt werden.

Antrag A04: Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linke Hamburg im Jahr 2027

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Thomas Arndt (BV Eimsbüttel, del-BV:OL-Ers01), LAG B&G
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linke Hamburg 2 im Jahr 2027

3 Die LAG-Betrieb & Gewerkschaft organisiert gemeinsam mit dem Landesvorstand und
4 allen interessierten Genossen*innen im Jahr 2027 eine ganztägige
5 gewerkschaftspolitische Konferenz der Linke Hamburg.

6 Ziel der Konferenz ist es, die Erfahrungen aus den vergangenen und aktuellen
7 Sozialprotesten, Arbeitskämpfen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen
8 gemeinsam auszuwerten. Zugleich soll beraten werden, wie DIE Linke Hamburg ihre
9 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, betrieblich aktiven Kolleg*innen und
10 gewerkschaftlich organisierten Genossen*innen weiter stärken kann. Aus den
11 Diskussionen sollen konkrete politische und organisatorische Schritte für die
12 weitere Arbeit der Partei abgeleitet werden.

13 Der Landesvorstand wird gebeten, die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz
14 organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Die LAG-Betrieb & Gewerkschaft
15 übernimmt gemeinsam mit interessierten Genossen*innen die inhaltliche
16 Vorbereitung.

17 Für die Konferenz soll insbesondere ein geeigneter Veranstaltungsraum, eine
18 Moderation sowie die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Bei
19 der Planung sollen Gewerkschafter*innen, Betriebs- und Personalräte,
20 Vertrauensleute, aktive Beschäftigte sowie Vertreter*innen aus sozialen
21 Bewegungen und Arbeitskämpfen einbezogen werden.

22 Die Ergebnisse der Konferenz sollen dokumentiert und der Partei zugänglich
23 gemacht werden. Soweit möglich, sollen am Ende der Konferenz konkrete nächste
24 Schritte oder gemeinsame gewerkschaftspolitische Schwerpunkte für DIE Linke
25 Hamburg vereinbart werden.

Begründung und Anmerkungen

Die Auseinandersetzungen um Löhne, Arbeitsbedingungen, öffentliche Daseinsvorsorge, steigende Lebenshaltungskosten und soziale Kürzungen werden in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig erleben wir Arbeitskämpfe und soziale Proteste, bei denen Gewerkschaften, Beschäftigte, soziale Bewegungen und DIE Linke teilweise bereits eng zusammenarbeiten.

Diese Erfahrungen sollten gemeinsam ausgewertet werden. Entscheidend ist dabei nicht nur die Frage, welche Proteste erfolgreich waren. Wir müssen auch darüber sprechen, wo unsere Zusammenarbeit funktioniert hat, wo sie nicht funktioniert hat und was daraus für die zukünftige politische Arbeit folgt.

Für DIE Linke ist eine starke Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften ein wichtiger Bestandteil einer organisierenden Klassenpolitik. Eine solche Verankerung entsteht aber nicht allein durch Beschlüsse. Sie braucht dauerhafte Kontakte zu betrieblich aktiven Menschen, Unterstützung von Arbeitskämpfen und eine politische Praxis, die gewerkschaftliche Auseinandersetzungen ernst nimmt.

Die geplante Konferenz soll deshalb kein reines Diskussionsformat sein. Sie soll Menschen aus Partei, Betrieben und Gewerkschaften miteinander ins Gespräch bringen und konkrete Fragen bearbeiten: Wie können wir Arbeitskämpfe besser unterstützen? Wie können gewerkschaftlich aktive Genoss*innen stärker miteinander vernetzt werden? Wie können Kreisverbände und Stadtteilgruppen stärker in betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen eingebunden werden? Und welche gemeinsamen politischen Projekte können daraus entstehen?

Die Konferenz bietet außerdem die Möglichkeit, unterschiedliche Erfahrungen innerhalb der Partei zusammenzuführen. Viele Genoss*innen sind bereits in Gewerkschaften, Betriebsräten, Personalräten oder Tariftbewegungen aktiv. Dieses Wissen sollte stärker für die gemeinsame politische Arbeit genutzt werden.

Antrag A05: Sozialistische Intelligenz statt Künstlicher Intelligenz

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Sozialistische Intelligenz statt Künstlicher** 2 **Intelligenz**

- 3 Der unkontrollierte Hype um "KI" zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen,
- 4 vertieft soziale Ungerechtigkeiten, automatisiert Vorurteile und entwertet
- 5 menschliche Wissens- und Kreativarbeit. Globale Tech-Konzerne betreiben
- 6 gigantische Rechenzentren auf Kosten unseres Grundwassers und Klimas, während
- 7 sie an der Börse zu absurden und unheilbringenden Blasen heranwachsen.
- 8 Spätestens die neuesten Nachrichten darüber, dass US-KI-Firmen im großen Stil
- 9 alte Bücher vernichten, sollten uns wachrütteln: Wir müssen diese Technologie
- 10 kritisch hinterfragen und ihr Schadenspotenzial einhegen!

Insbesondere problematisch ist generative KI, um die sich der aktuelle Hype meist dreht. Generative KI ist nichts weiter als ein statistisches Sprachmodell. Das bedeutet, dass Inhalte zwar plausibel aussehen, aber nicht auf tatsächlichem Wissen und Verständnis aufbauen, sondern nur auf Basis von Wahrscheinlichkeiten generiert werden (sog. "stochastische Papageien"). Die Modelle wirken dabei als Blackboxen, da diese Wahrscheinlichkeiten meist nicht einsehbar und aufgrund der Größe und Komplexität der Modelle für Menschen nicht nachvollziehbar sind. Darüber hinaus sind alle Modelle nicht-deterministisch, d. h. die gleiche Eingabe führt nicht zur exakt gleichen Ausgabe.

Die Linke Hamburg beschließt:

Der Einsatz von generativer KI sollte grundsätzlich auf ein Minimum beschränkt werden.

Wenn generative KI eingesetzt wird, sollten die Schäden für Umwelt und Gesellschaft minimiert werden. Die unterschiedlichen Technologien & Einsatzzwecke sind dabei getrennt voneinander zu bewerten.

Grundsätzlich ist menschlicher Einsatz dem Einsatz von KI vorzuziehen.

Bilder, Videos & Texte - Sozialistische Intelligenz statt Künstlicher Intelligenz

Der Einsatz von generativer KI für die Erstellung von Bildern, Videos & Texten sollte vermieden werden. Stattdessen sollten für diese Arbeit echte Künstler:innen, Texter:innen usw. eingebunden werden.

Wir nutzen die Sozialistische Intelligenz (SI) anstatt der KI.

Zu diesem Zweck wird ein innerparteiliches Netzwerk aufgebaut, das Aufgaben in diesen Bereichen gezielt an Menschen mit dem passenden Fachwissen oder passenden außer-parteilichen Kontakten verteilt.

Bei Sozialistischer Intelligenz stehen dabei Authentizität, Kreativität und Menschlichkeit im Vordergrund, nicht Perfektion oder geschliffene Sprache.

Unsere Kommunikation darf Ecken und Kanten haben!

Deepfakes oder Bilder & Videos von realen Menschen dürfen nicht erstellt oder weiterverbreitet werden.

Einsatz generativer KI als assistive Technologien

Generative KI kann zur Verbesserung der Barrierefreiheit eingesetzt werden, z.B. bei der Übersetzung von Texten in einfache Sprache oder bei der automatischen Erstellung von Untertiteln bzw. Sprache-zu-Text. Diese Form der KI sollte nur eingesetzt werden, wenn Betroffene einverstanden sind und darf nicht als Ausrede für das Aufrechterhalten von Barrieren in der Gesellschaft dienen.

Einsatz von generativer KI bei Recherchen

Generative KI kann zur Recherche eingesetzt werden, dabei muss aber unbedingt darauf geachtet werden, Informationen gewissenhaft zu prüfen, bevor diese weiterverbreitet werden. Die Genauigkeit der Antworten von KI-Modellen nimmt potenziell ab, je spezifischer/fachlicher die Anfragen sind. Gerade für komplexe Themen sollte daher auf die Expertise von Menschen gesetzt werden - SI statt KI

55 für komplexe Themen.

56 **Einsatz generativer KI fürs Coden oder Automatisieren**

57 Generative KI kann zur Unterstützung beim Automatisieren wiederkehrender
58 Aufgaben genutzt werden. Hierbei muss insbesondere darauf geachtet werden, dass
59 KI-Anwendungen niemals zur Entscheidungsfindung genutzt werden dürfen. Jegliche
60 mit KI erstellte Automatisierung muss stets menschlicher Kontrolle unterliegen
61 und klar definierten deterministischen Regeln folgen. Wenn Prozesse
62 automatisiert werden, ist stets Raum für Einzelfälle & Ausnahmen zu lassen -
63 Automatisierung darf nicht ausgrenzen!
64 Automatisierte Prozesse müssen stets transparent für Nutzende als solche
65 gekennzeichnet sein.

66 **Welche KI kann ich nutzen?**

67 Wenn KI für Assistenz, Automatisierung oder Recherche eingesetzt wird, müssen
68 dennoch einige Dinge beachtet werden.
69 Der Einsatz von US-Hyperscalern bzw. Monopolisten ist zu vermeiden, dazu zählen
70 z.B. OpenAI, Microsoft, Google, Grok, Anthropic und Schwarz Digital.
71 Stattdessen sollten Anbieter genutzt werden, die folgende Punkte erfüllen:

- 72 • Open[?]Source/Open[?]Weights[?]Lösungen
- 73 • Hohe Energie[?]Sparsamkeit und ausschließlich Energie aus erneuerbaren
74 Energieträgern
- 75 • Hohe Wassernutzungseffizienz (WUE)
- 76 • Firmensitz und Standorte in Europa
- 77 • Zero Data Retention - also keine Speicherung von Daten, kein Training mit
78 Eingaben
- 79 • Lizenzierte oder offene Trainingsdaten für das Modelltraining

80 Für weitere Details planen wir einen Leitfaden und/oder Infoabende.

Begründung und Anmerkungen

Der massiv vorangetriebene Ausbau der sog. KI-Technologien wirkt als Brandbeschleuniger der Klimakrise.

Das Training und der Betrieb von Sprachmodellen erfordert enorme Energiemengen, die aus regenerativen Quellen nicht zu decken sind.

Um die gigantischen Rechenzentren zu betreiben, sind riesige Gaskraftwerke [1] in Planung und die Reaktivierung der Atomkraft droht [2]. Für den Betrieb sind zudem große Mengen Kühlwasser nötig. Zwar existieren wassersparende Kühlmethoden, die billigste Lösung bleibt aber die Verdunstungskühlung, bei der das Wasser schlicht in die Atmosphäre verdampft. [3]

Mit den Rechenzentren entstehen enorme tote Flächen, die weder der Regeneration der Biosphäre noch der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. [4] Die KI-Computer-Hardware verbraucht unverhältnismäßige Mengen metallischer Rohstoffe, wie Kobalt, Lithium, Nickel und Seltene Erden, deren Extraktion vor allem im globalen Süden Landschaften verwüstet, Arbeitskraft ausbeutet und diktatorische Herrschaftsverhältnisse stabilisiert. [5]

KI-Technologien blockieren den Aufbau einer gerechten Ökonomie.

Das "Training" der Modelle erfolgt meist in Ländern des globalen Südens. Die Datenarbeiter:innen müssen

sich dabei durch riesige Mengen unkurierter Daten pflügen, um diese maschinenlesbar einzuordnen (zu labeln). Dabei sind sie mit allen Abgründen des Internets konfrontiert, unter anderem exzessiven Gewaltdarstellungen, Darstellung sexueller Gewalt – auch mit Kindern und Säugetieren [5.1].

Viele dieser Datenarbeiter:innen haben deshalb mit psychischen Problemen zu kämpfen. Die entstehenden Traumata belasten private und berufliche Beziehungen dauerhaft.

Die Extraktionslogik setzt sich bei der "Gewinnung" von Daten fort. Die KI-Unternehmen betreiben in großen Stil Dienste und Produkte zur Datenextraktion (das Android-Betriebssystem, Tesla-Fahrzeuge, Alexa, Smart-TVs seien hier genannt), beanspruchen zudem den gesamten Output des Internets für sich und erheben damit Anspruch auf alle unsere Lebensäußerungen. Das Ziel: automatisierte Vorhersagen über unser Verhalten treffen [6], und lebendige menschliche Arbeit so in maschinell kombinierbare Einheiten zerteilen, dass diese als »KI«-Produkt verkauft werden kann, an Kund:innen, die sich nicht mit den Nachteilen von lebendigen Menschen konfrontieren wollen.

Besonders trifft es kreativ Arbeitende wie Künstler:innen, Illustrator:innen [7], Filmschaffende, Texter:innen, Übersetzer:innen und Synchronsprecher:innen [8], die mit teils erheblichen Einkommenseinbußen rechnen oder ihre ökonomischen Existenz ganz aufgeben müssen. Den Ertrag streichen die Tech-Oligarchen ein und reinvestieren ihn sofort in größere Modelle, mehr Rechenleistung, weiteren Machtausbau.

Für Unternehmensführungen bietet KI ein willkommenes Mittel, noch mehr Leistung aus den Arbeitnehmenden herauszupressen, solidarisches Engagement durch die fortwährende Automatisierungs-Drohung einzuhegen oder sich von menschlicher Arbeit ganz zu befreien. Letzteres verbunden mit dem Risiko, in eine Pfadabhängigkeit zu geraten, die bei Einstellung oder Verteuerung des KI-Dienstes das eigene Ertragsmodell gefährdet.

Betreuer:innen von freien und Open-Source-Projekten im Software-Bereich treibt eine Flut von automatisierten Beiträgen (Code-Änderungen, Meldung von Sicherheitslücken, ...) in den Burnout. Das untergräbt die auf Wohlwollen und Vertrauen aufgebauten OpenSource-Projekte und die daran angeschlossenen Gemeinschaften.

Der Hardware-Hunger der Rechenzentren und die steigenden Preise für Speicher und Rechenleistung bedrohen zudem die Finanzierung von gemeinnützigen Software-Projekten. Diese müssen eingestellt oder kommerziell ausgerichtet werden.

Der KI-Hype und der Aufbau der KI-Technologien verschieben politische und ökonomische Macht von demokratischen Institutionen zu einzelnen rechtsradikalen Tech-Oligarchen.

Die politische Debatte beschränkt sich zur Zeit darauf, ob nun KI-Technologien aus den USA, China oder nur Europa eingesetzt werden sollen.

Die von KI-Doomern wie auch KI-Enthusiasten befeuerte Scheindebatte um eine mit Willen und Bewusstsein ausgestattete AI, die wahlweise den Untergang der Menschheit verursachen oder selbiger den Weg zu fernen Galaxien bereiten soll, betont in erster Linie die Mächtigkeit und Unausweichlichkeit der KI-Technologien. Zudem lenkt sie von den drängenden Problemen ab, die sich aus den KI-Technologien ergeben: dem Ökologischen Kollaps, der ausbeuterischen Ökonomie, den sozialen und psychischen Verheerungen, die der Einsatz ihrer Technologie anrichtet.

Vorzugsweise rechtslastige Politiker:innen wählen KI-Werkzeuge als Propagandamittel.

Das Iranische Regime konnte im Krieg gegen die USA die Propagandaschlacht mit animierten Legomännchen für sich entscheiden [9]. Die AfD legt mit "Alternita Studio" ein Werkzeug vor, das Nachrichtenkanäle scannen, Meldungen nach ihrer Viralität bewerten und vollautomatisch Posts für die einschlägigen Social-Media-Kanäle erzeugen soll [10].

KI-Technologien verkürzen die "Kill-Chain" in Kriegen und dienen staatlicher Repression.

Beim Einsatz von KI-Technologien in Kriegen wird meist eine Kette verschiedener Systeme genutzt, die aufeinander aufbauen: von Klassifikation und Verknüpfen von Daten aus verschiedenen Quellen bis hin zu Zielvorschlägen und Handlungsempfehlungen. Generative KI wird hierbei v. a. beim Entscheidungsprozess eingesetzt [11, 15].

Zu jedem Schritt in diesem Prozess können dabei Fehler geschehen und weitergereicht werden, z.B. durch veraltete Daten [12], Fehler bei Übersetzungen oder Verzerrungen (Bias) in Trainingsdaten.

Trotz hoher Fehlerraten findet menschliche Kontrolle dieser Entscheidungen ("human in the loop") teilweise nur flüchtig statt [13], da den KI-generierten Ausgaben trotzdem Vertrauen geschenkt wird ("automation bias") [14] und zivile Opfer dabei bewusst in Kauf genommen werden [15].

Die "Kill chain" wird dadurch deutlich verkürzt und die Rate von Angriffen - und damit Tötungen - beschleunigt [16].

In deutschen Städten wird zunehmend KI-unterstützte Videoüberwachung eingesetzt, um "auffälliges Verhalten" automatisiert zu erkennen. Aufgrund einer hohen Rate von Fehlalarmen handelt es sich hierbei teilweise um experimentelle Einsätze, die dem weiteren Training der Systeme dienen [17, 18]. Der Einsatz und das Training an Orten wie z.B. dem Hansaplatz in Hamburg führt dabei zu einer Verschärfung von Vorurteilen und Diskriminierung marginalisierter Gruppen. [19]

Eine flächendeckende KI-Überwachung wie aktuell in Argentinien kann zur Ausübung staatlicher Kontrolle genutzt werden, indem z.B. abweichende Meinungen und Proteste unterdrückt werden. [20]

KI-Technologien sorgen für Entwertung kreativer Arbeit.

Zum Training der meisten KI-Modelle werden Inhalte von Künstler:innen, Musiker:innen, Filmschaffenden, Journalist:innen, Schauspieler:innen etc. ohne ihre Zustimmung oder Kompensation verwendet. Diese Urheber sind in KI-generierten Inhalten für die Nutzenden nicht mehr erkenntlich und die Nutzung von KI-Modellen zur Erstellung neuer Inhalte ist dabei so leicht, dass kreative Arbeit entwertet wird und Einkommensquellen von Kreativen ausgetrocknet werden. [8]

Dadurch, dass immer mehr KI-generierte Inhalte im Internet erscheinen, werden nächste Generationen der Modelle auch auf KI-Ausgaben trainiert. Dies führt zu massiver Abnahme der Qualität [21] und erfordert, dass den Modellen immer wieder frische, von Menschen erzeugte Daten zugeführt werden. KI-Betreiber behelfen sich hierbei, indem sie in großem Umfang Bücher aufkaufen und ohne Einwilligung der Rechteinhaber für das Training verwenden [22].

KI-generierte Inhalte verbreiten Vorurteile, beeinflussen öffentliche Diskurse und schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Nutzung von Trainingsdaten aus dem Internet führt zu einem westlichen und kapitalistischen Bias (Voreingenommenheit, Verzerrung), aber auch Rassismus, Sexismus, Antifeminismus, Ableismus etc. sind in den Trainingsdaten vorzufinden. [23]

Die KI-Modelle reproduzieren und verstärken solche Vorurteile nur noch weiter, wodurch zusätzliche Verzerrungen entstehen [24]. Sie reproduzieren vergangene Muster, die in den Trainingsdaten bereits vorhanden waren.

Bereits marginalisierte Gruppen werden durch KI-Systeme z.B. bei Bewerbungen, Sozialleistungen oder im Justizsystem noch weiter benachteiligt [25].

Die Nutzung von KI-Modellen wird nicht nur durch gezielte Kampagnenarbeit (wie die Verwendung des Begriffs "KI") gefördert, sondern teilweise auch aufgezwungen, indem z.B. Google und andere Suchmaschinen KI-Zusammenfassungen über anderen Suchergebnissen darstellen. Dies bietet den Suchenden zwar theoretische Zeitersparnis, aber schränkt die Vielfalt der Ergebnisse ein.

KI-Anbieter haben zudem die Möglichkeit, die Ausgaben zu manipulieren, indem Parameter angepasst oder Prompts erweitert werden. Dies kann von den Big Tech-Unternehmen für Veränderung oder Filterung

der Inhalte bis hin zu politisch motivierter Zensur [26] verwendet werden und führt zu einem fortschreitenden Ausbau ihrer Macht. Eine bereits bestehende Kooperation von KI-Anbieter OpenAI und Springer zeigt eine Bevorzugung von Quellen entsprechender Nachrichtendienste in den Antworten von ChatGPT [26.1].

Generative KI kann leicht zur Erstellung von "AI-Slop", Fake-News, Deepfakes etc. verwendet werden, die mit fortschreitender technischer Entwicklung immer schwerer von realen Inhalten zu unterscheiden sind. Die Algorithmen in sozialen Netzwerken, die polarisierende Inhalte zur Erzeugung von Werbeeinnahmen bevorzugen, sorgen für eine selbstverstärkende Verbreitung solcher Inhalte [27].

Dies führt dazu, dass auch die Authentizität realer Aufnahmen angezweifelt werden [28, 29] und die Grenze zwischen Tatsachen und Meinungen immer mehr verwischt. Dies vergiftet öffentliche Debatten und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Eine Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten, wie sie bereits durch den EU AI Act gefordert wird, ist nicht unbedingt für Menschen erkennbar [30] und verschiebt die Verantwortung weg von den KI-Anbietern zu den Nutzenden.

Auch digitale Gewalt kann automatisiert erstellt und verbreitet werden. Gerade Deepfake-Technologien werden vornehmlich zur Erstellung sexualisierter und pornographischer Inhalte von Frauen und Mädchen, ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen, verwendet [31].

Die Nutzung von KI-Chatbots sorgt für Vereinzelung und kann zu psychischen Probleme führen.

Die permanente Verfügbarkeit und individuelle Ansprache (ermutigend, keine Widerrede etc.) von KI-Chatbots führt dazu, dass sie zunehmend als "Companion AI" von Menschen verwendet wird. Dies zerstört menschliche Beziehungen und führt zu einer fortschreitenden Vereinzelung [32]. Darüberhinaus geben Menschen auch private und sensible Daten an die KI-Modelle preis, die z.B. für Werbezwecke ausgenutzt werden können.

Wenn Chatbots als Ersatz für menschliche Beziehungen genutzt werden, kann dies sogar zu KI-assoziierten Psychosen oder Suiziden führen [33].

Die kapitalistische Funktionsweise von Chatbots, die Nutzer zu ständiger Fortführung der Chats verleiten ("Tokenmaxing"), kann auch eine Suchtgefahr bedeuten [34].

Die Nutzung von KI-Technologien führt zu De-Skilling und Wissensverlust.

KI-Modelle generieren aufgrund ihrer Funktionsweise zwar plausibel erscheinende und strukturell stimmig aussehende Inhalte, basieren aber nicht auf tatsächlichem Wissen und Textverständnis. Insbesondere bei komplexeren Fragestellungen kann dies zu einer hohen Fehlerquote führen [35]. Diese zu erkennen erfordert in vielen Fällen Fachkenntnis und Medienkompetenz.

Dies sorgt auch dafür, dass KI-generierten Inhalten mehr Vertrauen geschenkt wird als Informationen aus anderen Quellen ("automation bias") und sie weniger kritisch hinterfragt werden. Bei wiederholter Nutzung schließt dies auch die eigenen Kompetenzen ein (sog. De-Skilling [36]) und führt zu Wissensverlust [37].

Dies ist auch insofern bedenklich, da KI-Technologien zunehmend im Schulunterricht genutzt werden, und zwar sowohl von Lehrkräften als auch Schüler:innen [38]. Hierbei besteht die Gefahr, dass Schüler:innen dadurch eher lernen zu simulieren und passende Prompts für die KI-Modelle zu schreiben, statt sich die tatsächlichen Lehrinhalte anzueignen oder andere grundlegende Kompetenzen zu erlangen, die für eine Bewertung der KI-Antworten notwendig wären [39].

Quellen

[1] <https://www.heise.de/news/Amazon-plant-gigantisches-Gaskraftwerk-fuer-neues-KI-Rechenzentrum-11404032.html>

- [2] <https://www.heise.de/news/Atomstrom-fuer-KI-Rechenzentren-Microsoft-laesst-Three-Mile-Island-reaktivieren-9939236.html>
- [3] <https://netzipolitik.org/2026/genug-fuer-600-millionen-menschen-warum-verbraucht-ki-so-viel-wasser/>
- [4] <https://www.computerweekly.com/de/feature/Wachsender-Flaechenbedarf-fuer-Rechenzentren-und-Infrastruktur>
- [5] <https://de.wikipedia.org/wiki/Ressourcenfluch>
- [5.1] <https://time.com/6247678/openai-chatgpt-kenya-workers/>
- [6] Shoshana Zuboff, Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus
- [7] <https://illustratoren-organisation.de/kuenstliche-intelligenz/#1710858053177-65124b98-ac35>
- [8] <https://www.ndr.de/kultur/film/synchrone-sprecher-als-ki-futter-kampf-um-stimmrechte,synchrone-sprecherki-100.html>
- [9] <https://www.sueddeutsche.de/kultur/iran-lego-krieg-propaganda-trump-ki-li.3459686>
- [10] <https://digitalrechte.de/news/propaganda-by-design-wir-haben-uns-das-ki-kampagnentool-der-afd-naeher-angeschaut>
- [11] <https://ai-killchain.airwars.org/>
- [12] <https://www.theguardian.com/news/2026/mar/26/ai-got-the-blame-for-the-iran-school-bombing-the-truth-is-far-more-worrying>
- [13] <https://www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/>
- [14] https://www.democracynow.org/2026/8/13/heidy_khlaaf
- [15] <https://media.ccc.de/v/39c3-programmierte-kriegsverbrechen-uber-ki-systeme-im-kriegseinsatz-in-gaza-und-warum-it-fachleute-sich-dazu-auern-muessen>
- [16] <https://airwars.org/record-pace-of-strikes-in-iran-bombing-campaign-analysis>
- [17] <https://taz.de/Kuenstliche-Intelligenz-im-Einsatz/!6099559/>
- [18] <https://netzipolitik.org/2026/verhaltensscanner-in-hamburg-die-polizei-wird-zum-datenlieferant/>
- [19] <https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/aktuelles/pressemitteilungen/detail/news/ki-ueberwachung-am-hansaplatz-ein-warnsignal-in-richtung-ueberwachungsstaat/>
- [20] <https://www.heise.de/news/Argentinien-KI-gestuetzte-Ueberwachung-hat-unter-Praesident-Milei-zugenommen-11421270.html>
- [21] Alemohammad et al., Self-Consuming Generative Models Go MAD, 2023, <https://arxiv.org/abs/2307.01850>
- [22] <https://www.tagesschau.de/inland/regional/hessen/hr-massenankauf-im-antiquariat-wie-ki-konzerne-buecher-fressen-102.html>
- [23] z.B. <https://arxiv.org/abs/2110.01963>
- [24] <https://capulcu.noblogs.org/post/2023/11/17/chatgpt-als-hegemonieverstaerker/>
- [25] <https://www.amnesty.at/themen/technologie-digitalisierung-und-menschenrechte/gefaehrlich-hilfreich-wie-kuenstliche-intelligenz-unsere-menschenrechte-bedroht/>, <https://www.heise.de/hintergrund/Wie-KI-bei-der-Kandidatenauswahl-behinderte-Menschen-diskriminiert-6158869.html>
- [26] <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/deepseek-ki-china-zensur-chatbot-100.html>
- [26.1] <https://taz.de/KI-und-Demokratie/!6206568/>
- [27] z.B. vllt. <https://www.bi.team/publications/how-social-media-shapes-young-europeans-worldviews/>
- [28] <https://carnegieendowment.org/research/2026/07/generative-ai-and-atrocity-denial-in-war>
- [29] <https://www.iu.de/forschung/studien/medienkompetenz/>
- [30] <https://www.anthropic.com/news/claude-text-watermark>
- [31] <https://www.securityhero.io/state-of-deepfakes/>
- [32] taz, Das Geschäft mit der Einsamkeit, <https://taz.de/Mark-Zuckerbergs-Chatbot-Plaene/!6083644/>
- [33] <https://www.theguardian.com/technology/2024/oct/23/character-ai-chatbot-sewell-setzer-death>

- [34] FRANCES, Allen. Warning: AI chatbots will soon dominate psychotherapy. The British Journal of Psychiatry, 2025, S. 1-5.
- [35] https://www.ebu.ch/Report/MIS-BBC/NI_AI_2025.pdf
- [36] [5] Avigail Ferdman, AI deskilling is a structural problem, <https://link.springer.com/article/10.1007/s00146-025-02686-z>
- [37] <https://www.media.mit.edu/publications/your-brain-on-chatgpt/>
- [38] <https://deutsches-schulportal.de/bildungsforschung/wann-ki-beim-lernen-hilft-und-wann-sie-schadet/>
- [39] <https://www.sueddeutsche.de/kultur/vera-bachmann-schummeln-pruefung-chatgpt-hausarbeiten-li.3535125>

Antrag A06: Aufwandspauschale für Landessprecher*innen

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand HH-Mitte
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Aufwandspauschale für Landessprecher*innen

- 2 Der Landesvorstand erarbeitet ein rechtssicheres Konzept, nach dem die
3 Landessprecher*innen des Landesverbands die Möglichkeit haben, ab 2027 eine
4 Aufwandspauschale erhalten können.
- 5
- 6 Landessprecher*innen, die Bezüge aus einem Abgeordnetenmandat haben oder als
7 Mitarbeiter*innen bei der Partei oder einer Fraktion angestellt sind, sollen
8 keine Aufwandspauschale erhalten.
- 9
- 10 Die Höhe der Aufwandspauschale ist im Konzept des Landesvorstands festzusetzen,
11 soll unter 1000 € liegen und ist so zu wählen, dass aus ihr keine ökonomische
12 Abhängigkeit entsteht.

Begründung und Anmerkungen

Die Arbeit als Landessprecher*in ist enorm zeitintensiv und mit Lohnarbeit in Vollzeit quasi nicht vereinbar.

Das führt dazu, dass aktuell eher Genoss*innen mit überdurchschnittlichem Einkommen oder Genoss*innen, die Diäten aus Abgeordnetentätigkeit oder anderweitig Gehalt für ihre politische Arbeit erhalten, die Möglichkeit haben, dieses Amt zu übernehmen.

Als sozialistische Arbeiter*innenpartei kann das nicht in unserem Interesse liegen.

Wir wollen explizit keine Aufwandspauschale mit der Begründung, dass die Landessprecher*innen eine finanzielle Aufwendung für ihre Arbeit verdienen. Zwar würden sie die verdienen, das gilt aber auch für

viele andere Genoss*innen, die ehrenamtlich viele Stunden aufwenden und dafür nur Salzstangen und Sprudelwasser bekommen.

Während es möglich ist, andere Ämter mit mehr oder weniger zeitlichem Umfang umzusetzen und so zumindest in einem gewissem Maße neben Lohn- und Reproduktionsarbeit zu organisieren, verlangt die Arbeit als Landessprecher*in einen zeitlichen Umfang, der kaum reduzierbar ist.

Damit diese wohl anspruchsvollste Aufgabe im Landesverband auch offen für Menschen mit geringerem Einkommen ist, soll eine Aufwandspauschale Arbeitszeitreduktionen möglich machen.

Genoss*innen, die für ihre politische Arbeit bereits ein Einkommen als Mitarbeitende oder Abgeordnete erhalten, verstehen wir als ausreichend für ihre Arbeit entschädigt.

Antrag A07: Resolution: Kuba-Solidarität

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	AG Studierendenpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Resolution**

2 **Container für Kuba:**

3 **Hapag-Lloyd muß sofort liefern**

4

5

6 Die Hamburger Linke fordert Hapag-Lloyd unmißverständlich auf, ihren
7 vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen und die für Kuba bestimmten Container
8 mit dringend benötigten Gütern sofort auszuliefern. Der Senat als Anteilseigner
9 der Hamburger Reederei muß seinen Einfluß unverzüglich geltend machen.

10

11 Zur Zeit werden insgesamt rund 7.000 Container mit Ziel Kuba irgendwo in der
12 Karibik „zwischengelagert“. Sie stehen dort in der prallen Sonne und enthalten
13 unter anderem verderblichen Lebensmittel und Medikamente.

14 Mit ihrer Weigerung, die Container auszuliefern, sind Reedereien wie Hapag-Lloyd
15 vertragsbrüchig. Sie begründen dies mit der durch US-Präsident Donald Trump
16 erneut verschärften Blockade gegen Kuba. Obwohl sie davon nicht unmittelbar
17 betroffen sind, setzen sie die einseitigen Zwangsmaßnahmen vertragsbrüchig um,
18 um aus purem Geschäftskalkül heraus den lediglich für möglich gehaltenen
19 Folgestrafen durch die US-Regierung vorzubeugen.

20 Mit anderen Worten: Die Reedereien unterwerfen sich vorseilend der Trumpschen

Erpressungs- und Bedrohungspolitik.

Trumps Strategie des „maximalen Drucks“ gegen Kuba zielt darauf, die Insel wie eine Stadt in den finstersten Zeiten des Mittelalters hermetisch abzuriegeln. Es gelangen kaum noch Güter dorthin oder von dort weg. Als Folge fließt Strom nur an wenigen Stunden pro Tag, Kraftstoffe sind kaum erhältlich, der öffentliche Personenverkehr und die Krankenwagen sowie lebenswichtige Krankentransporte sind zum Erliegen gekommen, es fehlt an Ersatzteilen und Rohstoffen für die Wirtschaft sowie an Lebensmitteln, Medikamenten und anderen Produkten des täglichen Lebens.

Die Blockade bedroht, drangsaliert und mordet jeden Tag, jede Minute, jede Sekunde. Mit der erklärten Absicht, dass das kubanische Volk seine Souveränität aufgeben und sich dem Diktat aus Washington und der US-Konzerne unterordnen solle. Doch Kuba ist nicht allein, und Kuba kämpft.

Die US-Blockade wird von allen namhaften Völkerrechtler:innen als illegal kritisiert und seit über drei Dekaden jährlich von der UN-Vollversammlung mit übergroßer Mehrheit verurteilt. Der Kampf der kubanischen Bevölkerung für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität ist der Kampf für die Geltung des Völkerrechts, für Gerechtigkeit, Völkerfreundschaft und Frieden.

Ein Land, eine Stadt oder ein Unternehmen aus Europa, das sich an der Blockade beteiligt, untergräbt damit die über Jahrhunderte erkämpften Errungenschaften des Rechtsstaates und des Völkerrechts. Es öffnet mit diesem Rückfall in vorbürgerliche Zeiten Tür und Tor der Willkür, der Gewalt und der Roheit nach Art eines Donald Trump.

An diesem Staatsterrorismus darf sich Hamburg nicht beteiligen. Die Hafenstadt muß dafür einstehen, dass der kubanischen Bevölkerung Recht widerfährt und dass dem internationalen Recht Geltung verschafft wird zum Wohle Aller. Dies um so mehr, als die französische Reederei CMA-CGM vor kurzem begonnen hat, Container an Kuba auszuliefern, nachdem sich starker internationaler Protest erhoben und das US-Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) erklärt hatte, dass die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medizin nicht der Blockade unterliege.

Die Linke wird außerparlamentarisch und parlamentarisch nichts unversucht lassen, damit die von Hapag-Lloyd zurückgehaltenen Container nach Kuba verfrachtet werden. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine öffentliche Protestnote an Hapag-Lloyd zu verfassen und vor der Firmenzentrale im Ballindamm eine Kundgebung durchzuführen. Die Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, den Protest durch Anfragen und Anträge zu unterstützen.

Hoch die internationale Solidarität!

weitere Antragstellende

AG Studierendenpolitik

Antrag A08: Klimagerechtigkeit als völkerrechtliche Verpflichtung

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Nicole Caputo (BV Altona, del-BV:MQ), Jan Walenda (del-Jugendverband:OL), David Stoop (BV HH-Mitte, del-BV:OL, Abgeordnete), Luzian Massarrat (Landesvorstand, BV HH-Mitte, del-BV:OL), LAG Völkerrecht
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimagerechtigkeit als völkerrechtliche Verpflichtung 2 – Hamburgs Verantwortung für Klima, Menschenrechte 3 und Biodiversität

4 Die Klimakatastrophe ist längst Realität. Das außergewöhnlich trockene Frühjahr
5 2025, die schweren Hitzewellen der Jahre 2025 und 2026, der zweitwärmste Sommer
6 seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in Deutschland im Jahr 2026,
7 Rekordtemperaturen der Weltmeere sowie zunehmende Waldbrände in Deutschland und
8 Europa zeigen die Dringlichkeit entschlossenen Handelns.

9 Die Klimakatastrophe ist zugleich Ausdruck einer Wirtschaftsweise, die
10 ökologische Belastungsgrenzen sowie menschliche Arbeit und natürliche
11 Lebensgrundlagen den Interessen von Profit und Wachstum unterordnet. Ihre Folgen
12 sind sozial und international höchst ungleich verteilt. Menschen und Staaten,
13 die historisch am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben, sind häufig
14 besonders stark betroffen und verfügen aufgrund kolonialer Ausbeutung,
15 Verschuldung und ungleicher Handelsbeziehungen über geringere Möglichkeiten,
16 **Schutzmaßnahmen und die Bewältigung klimabedingter Schäden zu finanzieren.**

17 Eine linke Klimapolitik darf die ökologische Krise deshalb nicht als
18 individuelles Konsumproblem behandeln. Erforderlich sind demokratische Kontrolle
19 über Energie, Verkehr, Industrie und Infrastruktur sowie eine sozial gerechte
20 Verteilung der Kosten und Chancen der ökologischen Transformation. Eine linke
21 Klimapolitik muss deshalb auch die Eigentumsfrage stellen. Energieversorgung und
22 andere zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge dürfen nicht den Profitinteressen
23 privater Konzerne untergeordnet sein, sondern gehören in öffentliche
24 beziehungsweise gemeinwirtschaftliche Hand und unter demokratische Kontrolle von
25 Beschäftigten und Verbraucher*innen.

26 Gleichzeitig haben internationale Gerichte die völkerrechtlichen Verpflichtungen
27 der Staaten zum Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten grundlegend
28 konkretisiert. Daraus ergeben sich auch für Deutschland und Hamburg neue

29 politische Maßstäbe. Die Linke Hamburg fordert daher:

30 **Forderungen:**

31 ***Völkerrecht und Klimagerechtigkeit***

32 1. Die deutsche, europäische und Hamburger Klimapolitik muss sich weiterhin am
33 Ziel orientieren, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, auch wenn
34 eine Einhaltung dieser Grenze ohne zeitweilige Überschreitung nach aktuellem
35 Stand der Wissenschaft kaum noch erreichbar ist. Gerade deshalb müssen
36 Deutschland, die EU und Hamburg ihren größtmöglichen Beitrag zur Begrenzung
37 weiterer Erwärmung leisten. Maßstab hierfür sind der Stand der Wissenschaft
38 sowie die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen, dem Seerecht, den
39 Menschenrechtsabkommen und dem Völkergewohnheitsrecht.

40 2. Bundesregierung und Senat sollen das ITLOS-Gutachten, das IGH-Gutachten, das
41 Gutachten des Interamerikanischen Gerichtshofs sowie das KlimaSeniorinnen-Urteil
42 bei
43 klima-, energie-, wirtschafts- und handelspolitischen Entscheidungen
44 berücksichtigen und die unterschiedliche Rechtswirkung von Urteilen und
45 Gutachten transparent darstellen.

46 3. Deutschland und die EU müssen die internationale Klimafinanzierung deutlich
47 erhöhen. Historisch verantwortliche Industriestaaten und fossile Großunternehmen
48 sind stärker an der Finanzierung von Klimaanpassung, Verlusten und Schäden sowie
49 einer gerechten Transformation zu beteiligen. Die Weiterentwicklung rechtlicher
50 und politischer Instrumente der Wiedergutmachung besonders betroffener Staaten
51 ist zu unterstützen.

52 4. Der Schutz von Klima, Biodiversität und den natürlichen Lebensgrundlagen der
53 Zivilbevölkerung muss im Umwelt- und humanitären Völkerrecht gestärkt werden.
54 Schwere Umweltzerstörungen in bewaffneten Konflikten sowie durch wirtschaftliche
55 Großprojekte müssen konsequent untersucht und geahndet werden. Internationale
56 Investitionen und Großprojekte müssen an Umweltverträglichkeitsprüfungen,
57 Biodiversitätsschutz und wirksame Beteiligungsrechte der betroffenen Bevölkerung
58 gebunden werden. Deutschland soll sich für die Weiterentwicklung des
59 internationalen Umweltrechts und einen rechtsstaatlich klar bestimmten Ökozid-
60 Tatbestand einsetzen.

61 5. Die Linke lehnt die gegenwärtige massive Aufrüstung ab. Rüstungsproduktion,
62 militärische Infrastruktur und Militärbetrieb verursachen erhebliche Emissionen,
63 verbrauchen große Mengen an Energie und Ressourcen und binden öffentliche
64 Mittel, die für Klimaschutz, soziale Infrastruktur und den sozial-ökologischen
65 Umbau benötigt werden.

66 Deutschland und die EU müssen von einer Politik immer weiterer Aufrüstung
67 abrücken. Öffentliche Mittel sind vorrangig in Klimaschutz, soziale Sicherheit,
68 internationale Klimagerechtigkeit und eine friedliche nachhaltige Transformation
69 zu investieren.

70 6. Der Hamburger Zukunftsentscheid und das Ziel der Klimaneutralität 2040 müssen
71 zügig umgesetzt werden. Überprüfbare Zwischenziele allein reichen dafür nicht

aus. Der Hamburger Klimaplan muss zusätzlich an einem wissenschaftlich begründeten CO₂-Budget ausgerichtet werden, das die insgesamt noch zulässigen kumulierten Emissionen begrenzt und eine verbindliche Nachsteuerung ermöglicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das vom Sachverständigenrat für Umweltfragen für Deutschland berechnete CO₂-Budget zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad bereits aufgebraucht ist. Gerade daraus folgt die Verpflichtung, weitere Emissionen so schnell und umfassend wie möglich zu reduzieren. Vorrang haben tatsächliche Emissionssenkungen. Kompensation oder die Verlagerung von Emissionen dürfen diese nicht ersetzen.

7. Der Hitzeaktionsplan ist weiterzuentwickeln. Erforderlich sind mehr Stadtgrün, Entsiegelung, öffentliche Trinkwasserstellen, kühle Aufenthaltsräume, Schutzangebote für Wohnungslose und verbindlicher Hitzeschutz am Arbeitsplatz.

8. Mit der Rekommunalisierung der Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wurde eine wichtige Grundlage für eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung geschaffen. Der Volksentscheid muss vollständig umgesetzt und bislang nicht rekommunalisierte Wärmenetze in städtischen Besitz überführt werden. Energieerzeugung und -versorgung müssen so gestaltet werden, dass Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und wirksamer Klimaschutz zusammen gedacht werden. Sie müssen den Interessen der Beschäftigten und Verbraucher*innen dienen, den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben und neue fossile Abhängigkeiten vermeiden.

9. Wälder, Moore, Auen, Feuchtgebiete und Gewässer sind als Kohlenstoff- und Wasserspeicher zu schützen und wiederherzustellen. Waldbrandvorsorge, Früherkennung und die Ausstattung der Feuerwehren müssen verbessert werden.

10. Der Hamburger Hafen benötigt einen sozial und ökologisch verbindlichen Transformationsplan mit Landstrom, erneuerbaren Energien, klimaverträglicher Logistik und der Verringerung vermeidbarer Transporte.

11. Neue fossile Infrastruktur und langfristige fossile Abhängigkeiten sind abzulehnen.

Wasserstoff darf nur dort eingesetzt werden, wo eine direkte Elektrifizierung technisch nicht sinnvoll möglich ist, und muss aus erneuerbaren Energien stammen.

12. Hamburg darf nicht zum CO₂-Drehkreuz für die Fortsetzung fossiler Geschäftsmodelle werden. CCS darf allenfalls für technisch nicht vermeidbare Restemissionen geprüft werden. Emissionsvermeidung hat Vorrang. Planungen für CO₂-Abscheidung, Transport, Umschlag und Speicherung müssen veröffentlicht, umfassend auf Umwelt- und Klimarisiken geprüft und demokratischer Beteiligung unterworfen werden.

13. Beschäftigte müssen durch Mitbestimmung, Arbeitsplatzsicherheit und Qualifizierung abgesichert werden. Klimaschutz im Gebäudebereich muss warmmietenneutral erfolgen. Öffentliche Förderung ist an Tarifbindung und Klimaverträglichkeit zu knüpfen. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen sozial gerecht zurückgegeben werden. Dazu ist ein sozial ausgestaltetes Klimageld einzuführen, das insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren

118 Einkommen entlastet und ihnen zusätzliche finanzielle Möglichkeiten gibt, sich
119 vor den Folgen der Klimakrise zu schützen und notwendige Anpassungsmaßnahmen zu
120 finanzieren.

121 ***Hamburg als Stadt des internationalen Rechts***

122 14. Der Internationale Seegerichtshof muss als prägende Institution Hamburgs
123 sichtbar
124 werden. Der Senat soll gemeinsam mit ITLOS, Hochschulen, Schulen und
125 Zivilgesellschaft Bildungs- und Diskussionsangebote fördern sowie ein
126 regelmäßiges öffentliches Forum zu Klima-, Meeres- und Umweltvölkerrecht und
127 Klimagerechtigkeit einrichten.

128 ***Koloniales Erbe und internationale Verantwortung***

129 15. Die Strategie „Hamburg dekolonisieren!“ muss mit Klima-, Hafen-,
130 Wirtschafts- und
131 Handelspolitik verbunden werden.

132 16. Hamburg soll solidarische Partnerschaften mit besonders vom Klimawandel
133 betroffenen Städten und Regionen ausbauen und sich gegenüber Bund und EU für
134 ausreichende Klimafinanzierung, Entschuldung sowie die Weiterentwicklung von
135 Instrumenten der Wiedergutmachung einsetzen.

136 17. Deutschland und die EU müssen ihrer besonderen Verantwortung für die Folgen
137 der Klimakatastrophe auch gegenüber Menschen gerecht werden, die durch den
138 Klimawandel ihre Lebensgrundlagen verlieren und zur Flucht oder Migration
139 gezwungen werden. Deutschland muss sich für sichere und legale Aufnahmewege
140 sowie für einen wirksamen Schutz klimabedingt Vertriebener einsetzen und
141 insbesondere Menschen aus besonders betroffenen Regionen die Aufnahme
142 ermöglichen. Gleichzeitig müssen Klimafinanzierung, Anpassungsmaßnahmen und die
143 Bewältigung klimabedingter Schäden so gestärkt werden, dass Menschen möglichst
144 nicht gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen.

145 18. Öffentliche Beschaffung, städtische Beteiligungen und Wirtschaftsförderung
146 müssen
147 verbindlich an Menschenrechte, Klimaschutz, Biodiversität, Tarifbindung und
148 demokratische Beteiligung geknüpft werden.

Begründung und Anmerkungen

Die nachfolgenden Ausführungen erläutern die wissenschaftlichen, völkerrechtlichen und politischen Grundlagen dieses Antrags.

1. Die Klimakatastrophe ist eine ökologische, soziale und menschenrechtliche Krise

Die Klimakatastrophe bedroht weltweit die natürlichen Lebensgrundlagen und wirkt sich auch in Deutschland zunehmend auf Gesundheit, Landwirtschaft, Wälder, Gewässer und Infrastruktur aus. Steigende Durchschnittstemperaturen, häufigere Hitzewellen, langanhaltende Trockenperioden und extreme Niederschläge nehmen zu. Das außergewöhnlich trockene und warme Frühjahr 2025 und in Teilen auch 2026, die extremen Hitzewellen im Sommer 2026 führten zu einer starken Austrocknung von Böden und Vegetation, zu Belastungen für Wälder und Landwirtschaft und zu Rekordtemperaturen der Weltmeer. Laut Waldbrandstatistik des Bundeszentrums für Landwirtschaft wurden 2025 in Deutschland 1.175 Waldbrände registriert, bei denen rund 2.626 Hektar Waldfläche verbrannten, mehr als dreimal so viel wie im langjährigen Mittel von 844 Hektar. Bis Mitte August 2026 wurden allein in Nordrhein-Westfalen bereits 86 Waldbrände registriert. Im August waren beim größten Waldbrand in der Geschichte Nordrhein-Westfalens im Hürtgenwald rund 300 Hektar Wald betroffen und ca. 2.000 Menschen mussten zeitweise evakuiert werden (*Nach Waldbrand*, 2026). Nahezu gleichzeitig zerstörte ein Großbrand im Hohen Venn in Belgien nahe der deutschen Grenze rund 3.000 Hektar Naturfläche. Auch die schweren Waldbrände in Frankreich, Spanien und Italien zeigen, dass langanhaltende Hitze und Trockenheit das Risiko großflächiger Brände in weiten Teilen Europas erhöhen. Waldbrände werden überwiegend durch menschliches Handeln ausgelöst. Extreme Hitze, langanhaltende Trockenheit, ausgetrocknete Vegetation und starke Winde erhöhen jedoch das Waldbrandrisiko und begünstigen eine schnelle und oftmals schwer kontrollierbare Ausbreitung. Gleichförmige, artenarme und nicht standortgerechte Waldbestände können zusätzlich besonders anfällig sein. Notwendig sind deshalb der Umbau zu strukturreichen, standortgerechten und artenreichen Mischwäldern, der Schutz der biologischen Vielfalt, eine bessere Früherkennung sowie eine ausreichende Ausstattung von Feuerwehren und Katastrophenschutz.

Gleichzeitig geraten Ökosysteme unter Druck. Hitze, Dürre, Wasserknappheit, Bodenschäden und der Verlust von Lebensräumen gefährden die biologische Vielfalt. Geschädigte Wälder, Moore, Auen und Meere können weniger Kohlenstoff speichern und die Folgen des Klimawandels schlechter abmildern. Klima-, Biodiversitäts-, Boden- und Wasserschutz müssen deshalb gemeinsam gedacht werden.

Hitze und andere Folgen der Klimakatastrophe sind kein unabwendbares Schicksal, sondern Ausdruck einer menschengemachten und politisch verschärften Strukturkrise. Ihre Folgen zeigen sich nicht nur in einzelnen Extremereignissen. Gesundheitssysteme und Rettungsdienste werden stärker belastet, Arbeitsfähigkeit und öffentliche Infrastruktur beeinträchtigt, Ernten gefährdet und soziale Versorgungsstrukturen unter Druck gesetzt.

Wie gravierend die gesundheitlichen Folgen bereits sind, zeigt die extreme Hitzeperiode im Juni 2026. Nach Schätzungen des Robert Koch-Instituts starben in Deutschland im Sommer 2026 bis einschließlich Kalenderwoche 32 rund 14.000 Menschen hitzebedingt. Allein auf die besonders heiße Kalenderwoche 26 Ende Juni entfallen nach der Modellierung etwa 9.600 dieser Todesfälle. Besonders betroffen waren Menschen ab 75 Jahren (*Wochenbericht zur hitzebedingten Mortalität*, 2026). Da Hitze auf Totenscheinen meist nicht als unmittelbare Todesursache erfasst wird, beruhen diese Angaben auf statistischen Schätzungen der hitzebedingten Übersterblichkeit. Klimapolitik darf deshalb nicht erst auf Katastrophen reagieren, sondern muss langfristig vorsorgen und alle gesellschaftlichen Bereiche einbeziehen.

Die Folgen der Klimakatastrophe treffen die Bevölkerung nicht gleichermaßen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Erkrankungen oder Behinderungen, Wohnungslose sowie Beschäftigte, die im Freien oder in stark aufgeheizten Räumen arbeiten. Menschen mit niedrigen Einkommen leben häufiger in schlecht isolierten Wohnungen und verfügen über weniger Möglichkeiten, sich vor Hitze und steigenden Lebenshaltungskosten zu schützen.

Extreme Hitze beeinträchtigt darüber hinaus den gesellschaftlichen Alltag und die Funktionsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen. Sie führt zu Erschöpfung, Schlafproblemen und verminderter körperlicher und

geistiger Leistungsfähigkeit und erschwert insbesondere Kindern und Jugendlichen das Lernen in überhitzten Schulen. Länger anhaltende Hitzeperioden können Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Rettungsdienste und andere öffentliche Infrastrukturen zusätzlich belasten. Wie weit solche Belastungsketten reichen können, zeigte die extreme Hitze in Frankreich 2026, als die erhöhte Zahl von Todesfällen regional auch Bestattungsunternehmen und Leichenhallen an ihre Kapazitätsgrenzen brachte und zusätzliche Kühlmöglichkeiten erforderlich wurden (*Hitze und Gesundheit*, 08/26; *Wirkungskomplex*, 2023).

Mehrere planetare Belastungsgrenzen sind bereits überschritten. Die ökologische Krise betrifft damit nicht nur Umweltfragen, sondern auch soziale Gerechtigkeit, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Frieden und Menschenrechte. Sie gefährdet zunehmend die Funktionsfähigkeit zentraler gesellschaftlicher Systeme und kann bestehende soziale Konflikte und globale Ungleichheiten weiter verschärfen.

Die Klimakatastrophe ist politisch verursacht und nicht von den bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnissen zu trennen. Eine auf private Profitmaximierung, Konkurrenz und permanentes Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsweise setzt strukturelle Anreize für einen immer höheren Verbrauch von Energie und Ressourcen und verlagert ökologische und soziale Folgekosten auf die Allgemeinheit. Seit Jahrzehnten fließen öffentliche und private Mittel weiterhin in fossile Energien und klimaschädliche Produktionsweisen.

Auch die aktuelle Bundesregierung setzt keine ausreichende klimapolitische Kurskorrektur durch. Der unabhängige Expertenrat für Klimafragen kommt zu dem Ergebnis, dass das Klimaschutzprogramm 2026 die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt und insbesondere das Minderungsziel für 2040 sowie das Emissionsbudget für die Jahre 2031 bis 2040 mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlt werden. Er kritisiert unter anderem ein geringes Ambitions- und Innovationsniveau sowie Defizite insbesondere in den Bereichen Verkehr und Gebäude. Gleichzeitig drohen neue fossile Infrastrukturen und langfristige Abhängigkeiten von Erdgas notwendige Investitionen in Energieeinsparung, Elektrifizierung und erneuerbare Energien zu verzögern (*Pressemitteilung zur Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2026*, 03/26).

Auch in der Landwirtschaft belohnt das Fördersystem häufig vor allem Fläche und Betriebsgröße, nicht ökologische Qualität. Dadurch werden industrielle Tierhaltung und pestizidintensive Landwirtschaft indirekt mitfinanziert, während ein erheblicher Teil der Umwelt-, Gesundheits- und Folgekosten von der Allgemeinheit getragen wird. Eine sozial-ökologische Transformation erfordert deshalb den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen und eine Klimapolitik, die öffentliche Mittel konsequent auf den sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft ausrichtet.

2. Das Völkerrecht konkretisiert staatliche Klimaschutzpflichten

Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet die Vertragsstaaten, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, sie auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die nationalen Klimabeiträge müssen regelmäßig überprüft und verschärft werden. Da das Abkommen weitgehend auf selbst festgelegten Beiträgen beruht und nur begrenzte Durchsetzungsmechanismen vorsieht, haben internationale Gerichte und Menschenrechtsorgane in den vergangenen Jahren klargestellt, dass staatliche Klimaschutzpflichten auch aus dem Seerecht, den Menschenrechten und dem allgemeinen Völkerrecht folgen.

Internationaler Seegerichtshof in Hamburg

Der Internationale Seegerichtshof (ITLOS/ISGH) mit Sitz in Hamburg veröffentlichte am 21. Mai 2024 das

erste umfassende Klimagutachten eines internationalen Gerichts. Er stellte einstimmig fest, dass vom Menschen verursachte Treibhausgasemissionen als Verschmutzung der Meeresumwelt im Sinne des UN-Seerechtsübereinkommens eingeordnet werden können. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Verschmutzung zu verhindern, zu verringern und zu kontrollieren (Mayer, 2025).

Dabei legte ITLOS einen strengen Sorgfaltsmaßstab zugrunde. Die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen genügt nicht automatisch den weitergehenden Pflichten aus dem Seerechtsübereinkommen. Das Gutachten ist formal nicht bindend, besitzt jedoch hohe rechtliche Autorität und konkretisiert die Auslegung eines verbindlichen völkerrechtlichen Vertrags.

Menschenrechtliche Rechtsprechung

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied am 9. April 2024 im Verfahren Verein KlimaSeniorinnen Schweiz gegen die Schweiz, dass unzureichender Klimaschutz das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verletzen kann. Das Urteil ist für die Schweiz bindend; seine Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention ist darüber hinaus für alle Mitgliedstaaten des Europarats von erheblicher Bedeutung. Der Gerichtshof verlangt nachvollziehbare Klimaziele, rechtzeitige Maßnahmen und deren wirksame Umsetzung.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte bezeichnete die Klimakatastrophe in seinem Gutachten von 2025 als menschenrechtlichen Notstand. Er betonte den Zusammenhang von Klima, Biodiversität, einer gesunden Umwelt und Menschenrechten sowie den besonderen Schutz indigener Gemeinschaften, künftiger Generationen und anderer besonders gefährdeter Gruppen. Zugleich stellte er klar, dass sich kein Staat wegen eines vergleichsweise geringen Anteils an den weltweiten Emissionen seiner Verantwortung entziehen kann (*seriea_32_en.pdf*, o. J.).

Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof veröffentlichte am 23. Juli 2025 sein Gutachten zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Das Verfahren ging auf eine Initiative des pazifischen Inselstaates Vanuatu zurück. Er stellte fest, dass Staaten nach dem Klimavertragsrecht, dem Seerecht, den Menschenrechten und dem Völkergewohnheitsrecht verpflichtet sind, das Klimasystem zu schützen, erhebliche grenzüberschreitende Schäden zu verhindern, private Unternehmen wirksam zu regulieren und das Vorsorgeprinzip zu beachten (*Obligations of States in respect of Climate Change*, 2025).

Der IGH hob das 1,5-Grad-Ziel als maßgeblichen Bezugspunkt hervor und stellte klar, dass das Pariser Klimaabkommen andere völkerrechtliche Verpflichtungen nicht verdrängt. Auch ein vergleichsweise geringer Anteil an den weltweiten Emissionen entbindet keinen Staat von seiner Verantwortung. Für Deutschland sind dabei insbesondere historische Emissionen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und technologische Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Fossile Förderung, Förderlizenzen und staatliche Subventionen können unter bestimmten Voraussetzungen gegen völkerrechtliche Pflichten verstoßen. Staatliche Entscheidungen müssen sich an den internationalen Klimaschutzpflichten messen lassen.

Bei nachgewiesenen Pflichtverletzungen und zurechenbaren Schäden können Verpflichtungen zur Beendigung, Nichtwiederholung und Wiedergutmachung entstehen. Das Gutachten begründet keine automatische Reparationspflicht, stärkt aber die rechtliche Grundlage möglicher Ansprüche besonders betroffener Staaten. Es ist formal nicht bindend, besitzt als Stellungnahme des höchsten

Rechtsprechungsorgans der Vereinten Nationen jedoch herausragende Autorität.

Die Linke Hamburg begrüßt, dass die UN-Generalversammlung 2026 einen weiteren Prozess zur politischen Umsetzung des Gutachtens eingeleitet hat (*UN / CLIMATE CHANGE RESOLUTION | UNifeed*, 2026).

Die neuere Rechtsprechung zeigt insgesamt: Klimaschutz, Meeresschutz, Biodiversität und Menschenrechte können völkerrechtlich nicht mehr getrennt betrachtet werden.

3. Hamburg trägt eine besondere Verantwortung

Hamburg steht als Hafen- und Industriestadt, als ehemalige koloniale Handelsmetropole und als Sitz des Internationalen Seegerichtshofs an der Schnittstelle von globalem Handel, Klimaschutz und internationalem Recht. Mit dem Klimagutachten des Internationalen Seegerichtshofs wurde 2024 in Hamburg

erstmals durch ein internationales Gericht umfassend festgestellt, dass Treibhausgasemissionen als Meeresverschmutzung im Sinne des Seerechts einzuordnen sind und daraus strenge staatliche Sorgfaltspflichten folgen.

Der Internationale Seegerichtshof sollte deshalb nicht nur als internationale Institution wahrgenommen werden. Seine Arbeit muss in der Hamburger Öffentlichkeit, in Schulen, Hochschulen und der politischen Bildung stärker sichtbar werden. Hamburg sollte sich als Stadt des internationalen Rechts verstehen und daraus Konsequenzen für seine Klima, Wirtschafts- und Hafenpolitik ziehen.

Mit dem Hamburger Zukunftsentscheid vom 12. Oktober 2025 wurde beschlossen, die Klimaneutralität bereits bis 2040 zu erreichen. Die Linke war die einzige Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft, die den Zukunftsentscheid unterstützte.

Der Hamburger Senat wird seiner klimapolitischen Verantwortung bislang jedoch nicht ausreichend gerecht. Die Schätzbilanz für 2025 weist gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der Hamburger CO₂-Emissionen um 2,6 Prozent aus. Gerade vor dem Hintergrund des Zukunftsentscheids muss der Senat deshalb seine Klimapolitik deutlich verstärken und zusätzliche wirksame Maßnahmen ergreifen.

Der Hamburger Klimaplan muss deshalb zügig an dieses Ziel angepasst und konsequent auf einen wissenschaftlich begründeten 1,5-Grad-Pfad ausgerichtet werden. Klimaneutralität muss auf realen Emissionsminderungen beruhen. Kompensation oder die Verlagerung von Emissionen dürfen diese nicht ersetzen.

Sozial-ökologischer Umbau des Hafens

Der Hamburger Hafen ist ein Zentrum des internationalen Handels, zugleich aber Teil fossiler und emissionsintensiver Lieferketten. Seine Dekarbonisierung erfordert einen verbindlichen Transformationsplan mit Landstrom, erneuerbaren Energien, klimaverträglicher Logistik und der Verringerung vermeidbarer Transporte.

Grüner Wasserstoff sollte dort eingesetzt werden, wo eine direkte Elektrifizierung technisch nicht möglich ist. CCS darf nicht zur Verlängerung fossiler Geschäftsmodelle dienen und allenfalls für technisch nicht vermeidbare Restemissionen geprüft werden. Vorrang hat die Vermeidung von Emissionen. Alle Planungen für CO₂-Abscheidung, Transport und Speicherung müssen transparent sein sowie umfassend auf Klima- und Umweltrisiken geprüft werden.

Der ökologische Umbau muss sozial gerecht erfolgen. Beschäftigte benötigen Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmung und Qualifizierung. Energetische Sanierungen müssen warmmietenneutral gestaltet und öffentliche Fördermittel an Tarifbindung, Mitbestimmung und

Klimaverträglichkeit geknüpft werden.

Koloniales Erbe und Klimagerechtigkeit

Hamburgs Wohlstand ist historisch eng mit kolonialem Handel, der Ausbeutung kolonialisierter Menschen und dem Zugriff auf Rohstoffe des Globalen Südens verbunden.

Mit der Strategie „Hamburg dekolonisieren!“ hat die Stadt wichtige Schritte zur wissenschaftlichen und erinnerungspolitischen Aufarbeitung ihrer kolonialen Vergangenheit eingeleitet. Eine konsequente Auseinandersetzung mit diesem Erbe muss jedoch auch die bis heute fortwirkenden globalen Ungleichheiten sowie die Verantwortung für Klimagerechtigkeit, faire Handelsbeziehungen und internationale Solidarität einbeziehen.

Die Klimakatastrophe trägt dazu bei, dass Menschen ihre Lebensgrundlagen verlieren und innerhalb ihrer Staaten oder über Grenzen hinweg ihre Heimat verlassen müssen. Besonders betroffen sind vielfach Regionen, die historisch nur wenig zur globalen Erwärmung beigetragen haben. Deutschland und andere Industriestaaten tragen aufgrund ihrer historischen und gegenwärtigen Emissionen eine besondere Verantwortung.

Klimabedingt Geflüchtete bilden bislang keine eigenständige Schutzkategorie der Genfer Flüchtlingskonvention. Klimawandel und Naturkatastrophen allein begründen grundsätzlich keinen Flüchtlingsstatus nach der Konvention. Sie kann jedoch greifen, wenn Klimafolgen mit Verfolgung, Gewalt oder Konflikten zusammentreffen. Für Menschen, die infolge der Klimakatastrophe ihre Heimat verlassen müssen und keinen entsprechenden Schutzstatus erhalten, bestehen weiterhin Schutzlücken.

Deutschland und die EU müssen sich deshalb für die Weiterentwicklung internationaler Schutzinstrumente sowie für sichere und legale Aufnahmewege einsetzen. Gleichzeitig müssen Klimaschutz, Anpassungsfinanzierung und die Bewältigung von Verlusten und Schäden gestärkt werden, damit Menschen möglichst nicht gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen.

Klimareparationen sind rechtlich weder abschließend geklärt noch automatisch einklagbar. Das IGH-Gutachten bestätigt jedoch, dass bei nachgewiesenen Pflichtverletzungen und zurechenbaren Schäden Formen der Wiedergutmachung entstehen können.

4. Umweltzerstörung, Krieg und wirtschaftliche Interessen

Die Zerstörung von Ökosystemen steht häufig im Zusammenhang mit Krieg, wirtschaftlicher Ausbeutung und ungleichen Machtverhältnissen. Dabei geht es nicht allein um den Schutz der Natur. Böden, Wasser, landwirtschaftliche Flächen und funktionierende Ökosysteme sind unmittelbare Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Ihre Zerstörung kann langfristige Folgen für Gesundheit, Ernährungssicherheit und die Möglichkeit eines Wiederaufbaus haben.

Aufrüstung und Klimakrise

Die Klimakatastrophe bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Kein militärisches Verteidigungssystem kann dauerhaft Sicherheit gewährleisten, wenn Klima, Ökosysteme und grundlegende Lebensbedingungen zerstört werden.

Aufrüstung ist nicht nur selbst klimaschädlich. Rüstungsproduktion, militärische Infrastruktur und Militärbetrieb verursachen erhebliche Emissionen und verbrauchen große Mengen an Energie und Ressourcen. Gleichzeitig bindet die Aufrüstung Milliarden an öffentlichen Mitteln, die für Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer Energien, soziale Infrastruktur und internationale Klimagerechtigkeit fehlen.

Damit steht die gegenwärtige Aufrüstung auch politisch und finanziell dem notwendigen sozial-ökologischen Umbau entgegen. Greenpeace weist darauf hin, dass Aufrüstung den Systemwandel blockiert, der notwendig ist, um eine weitere Erderhitzung und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen

zu verhindern (*Aufrüstung fördert Klimakrise* | Greenpeace, 2021).

Umweltzerstörung in bewaffneten Konflikten

Die natürliche Umwelt und die Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung stehen unter dem Schutz des humanitären Völkerrechts. Für Angriffe und Zerstörungen gelten insbesondere die Regeln über militärische Ziele, Verhältnismäßigkeit und Vorsichtsmaßnahmen sowie besondere Schutzvorschriften für Güter, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unerlässlich sind.

Internationale Berichte dokumentieren im Gazastreifen erhebliche Schäden an Böden, landwirtschaftlichen Flächen sowie an Wasser-, Abwasser- und Umweltinfrastruktur. Dadurch werden Gesundheit, Ernährungssicherheit und die Möglichkeiten eines zukünftigen Wiederaufbaus erheblich beeinträchtigt (UNEP, 2024). Bereits vor dem gegenwärtigen Gaza-Krieg wurden entlang der Grenze Herbizide versprüht. Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Stoffe teilweise auf landwirtschaftliche Flächen im Gazastreifen getragen wurden und dort Ernten beschädigten. Auch im Februar 2026 äußerten die Vereinten Nationen erhebliche Besorgnis über Berichte, wonach israelische Streitkräfte Herbizide nördlich der Blue Line auf libanesischem Gebiet versprüht hätten (*Concerns Persist over Herbicide Spraying Reports on Blue Line between Lebanon and Israel* | UN News, 2026).

Diese Entwicklungen zeigen, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung stärker in den Blick genommen und mögliche Verstöße unabhängig untersucht werden müssen. Der ökologische Wiederaufbau muss Bestandteil jeder langfristigen Friedensperspektive sein.

Schutz vor zerstörerischen Großprojekten

Auch außerhalb bewaffneter Konflikte geraten sensible Ökosysteme durch großflächige Tourismus-, Bau- und Infrastrukturprojekte unter Druck. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht dazu führen, dass geschützte Lebensräume zerstört, lokale Bevölkerungen verdrängt oder demokratische Beteiligungsrechte umgangen werden.

Die Debatten über geplante Tourismusprojekte an der albanischen Küste sowie über das geplante Luxusresort an der Küste Apuliens verdeutlichen die Konflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen, Naturschutz, demokratischer Beteiligung und den Rechten der lokalen Bevölkerung (Lemkemeyer, 2026; Soos, 2026). In beiden Fällen gibt es erhebliche Kritik an Eingriffen in ökologisch sensible Gebiete und an den möglichen Folgen für Natur und lokale Bevölkerung.

Internationale Investitionen und Großprojekte müssen deshalb an wirksame Umweltverträglichkeitsprüfungen, Biodiversitätsschutz und die Beteiligungsrechte der betroffenen Bevölkerung gebunden werden.

Besonders schwere und langfristige Umweltzerstörungen werfen darüber hinaus die Frage nach einer stärkeren völker- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf. Die internationale Debatte über die rechtliche Erfassung schwerster Umweltzerstörungen und einen rechtsstaatlich klar bestimmten Ökozid-Tatbestand ist deshalb von besonderer Bedeutung.

Quellenverzeichnis:

Aufrüstung fördert Klimakrise | Greenpeace. (2021, November 12). <https://www.greenpeace.de/frieden/aufrestung-foerdert-klimakrise>

Concerns persist over herbicide spraying reports on Blue Line between Lebanon and Israel | UN News. (2026, Februar 6). <https://news.un.org/en/story/2026/02/1166907>

Hitze und Gesundheit. (08/26). <https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/>

Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/gesundheitliche-auswirkungen-hitze-node.html

Lemkemeyer, S. (2026, Juli 29). Streit in Italien: Widerstand gegen Luxushotel-Projekt von Bill Gates in Apulien wächst. *Der Tagesspiegel Online*. <https://www.tagesspiegel.de/internationales/streit-um-naturschutz-in-italien-widerstand-gegen-luxushotel-projekt-von-bill-gates-in-apulien-wachst-15888825.html>

Mayer, B. (2025). Request for an Advisory Opinion submitted by the Commission of Small Island States on Climate Change and International Law. *American Journal of International Law*, 119(1), 153–160. <https://doi.org/10.1017/ajil.2024.63>

Nach Waldbrand: Bundeskanzler Friedrich Merz besucht den Hürtgenwald. (2026, August 22). Kreis Düren. http://www.kreis-dueren.de/presse/bundeskanzler-merz-im-huertgenwald_2026-08-22.php

Obligations of States in respect of Climate Change. (2025, Juli). <https://icj-web.leman.un-icc.cloud/case/187>

Pressemitteilung zur Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2026: Erreichung der Emissionsminderungsziele erfordert Nachbesserungen am Klimaschutzprogramm 2026. (03/26). <https://expertenrat-klima.de/presse/pressemitteilung-zur-stellungnahme-zum-entwurf-des-klimaschutzprogramms-2026>

Seriea_32_en.pdf. (o. J.). Abgerufen 30. Juli 2026, von https://www.corteidh.or.cr/docs/opiniones/seriea_32_en.pdf

Soos, O. (2026, Juli 25). Albanien: Kushners Luxusprojekt steht auf der Kippe. *tagesschau.de*. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/albanien-flamingo-revolution-kushner-luxus-resort-100.html>

UN / CLIMATE CHANGE RESOLUTION | UNifeed. (2026, Mai 21). <https://media.un.org/unifeed/en/asset/d357/d3576682>

UNEP (Hrsg.). (2024). *Environmental impact of the conflict in Gaza: Preliminary assessment of environmental impacts*. UN Environment Programme.

Wirkungskomplex: Hitze. (2023, September 25). Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheit/umwelteinfluesse-auf-den-menschen/klimawandel-gesundheit/wirkungskomplex-hitze>

Wochenbericht zur hitzebedingten Mortalität. (2026, Juli). https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht_Hitzemortalitaet.html

Antrag A09: Recht steht über Macht – Den Internationalen Strafgerichtshof gegen Sanktionen verteidigen

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	LAG Völkerrecht
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Recht steht über Macht – Den Internationalen

Strafgerichtshof gegen Sanktionen verteidigen

Das Völkerrecht ist keine Verhandlungsmasse und kein Instrument geopolitischer Zweckmäßigkeit. Es bildet die ethische und rechtliche Lebensgrundlage der internationalen Gemeinschaft. Das Streben nach universeller Gerechtigkeit, der Schutz der Menschenwürde und die friedliche Beilegung von Konflikten beruhen auf dem Prinzip:

“Recht steht über Macht”

Die Satzung der Vereinten Nationen (UN-Charta) und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) sind eine Pflicht, dass schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Genozid niemals straflos bleiben dürfen. Unabhängig davon, wer sie bricht oder wer die Täter schützt.

Als Die Linke bekennen wir uns unvoreingenommen und bedingungslos zur Allgemeingültigkeit dieser Ordnung. Maßnahmen von Drittstaaten, die darauf abzielen, Richterinnen, Richter oder Ermittlungspersonal des IStGH durch Sanktionen, Einreiseverbote oder wirtschaftlichen Druck in ihrer Unabhängigkeit einzuschränken, stellen einen fundamentalen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit und die zivilisatorischen Errungenschaften des Völkerrechts dar.

Forderungen

1. Bedingungslose Anerkennung des Völkerrechts als höchster

Maßstab

Wir messen das Verhalten aller Staaten, ob Partner, Verbündete oder Opponenten am identischen Maßstab des Völkerrechts und des Völkerstrafrechts. Wir lehnen jede Relativierung völkerrechtlicher Immunitäten oder gerichtlicher Zuständigkeiten ab. Angriffen auf die Integrität des IStGH wird entschieden entgegengetreten.

2. Verteidigung der gerichtlichen Unabhängigkeit

Richterinnen und Richter des IStGH müssen frei von Furcht vor Repressalien, Exekutivsanktionen oder persönlicher Verfolgung urteilen können. Wer die Unabhängigkeit der Justiz angreift, schwächt das Fundament einer regelbasierten Staatenordnung und stärkt das Recht des Stärkeren. Unsere Partei steht unvoreingenommen an der Seite der internationalen Rechtsprechung.

3. Konsequente Ablehnung extraterritorialer Zwangsmaßnahmen

Extraterritoriale Sekundärsanktionen verletzen das völkerrechtliche Interventionsverbot (Art. 2 Abs. 1 UN-Charta). Wir fordern den konsequenten Einsatz europäischer Schutzmechanismen (EU-Blockadeverordnung VO 2271/96 sowie Anti-Coercion Instrument VO 2023/2675), um europäische Institutionen, Bürger*innen und Finanzstrukturen vor rechtswidrigem Zwang zu schützen.

4. Verantwortung auf kommunaler und regionaler Ebene

Auch auf kommunaler Ebene tragen wir Verantwortung dafür, dass extraterritoriale Sanktionen nicht durch vorseilenden Gehorsam (*Overcompliance*) Wirkung entfalten. Individuen müssen davor geschützt werden, dass öffentlich-rechtliche Kreditinstitute und Infrastrukturdienstleister auf den Druck drittstaatlicher

- 45 Sanktionen eingehen, um den diskriminierungsfreien Zugang zur öffentlichen
46 Grundversorgung zu garantieren.

Begründung und Anmerkungen

UN-Charta

Nach dem ethischen Grundprinzip der universellen Menschenrechte steht die Würde des Menschen an oberster Stelle. Diese Würde kann nur geschützt werden, wenn Rechtsverstöße institutionell geahndet werden. Die UN-Charta verpflichtet alle Mitglieder in Art. 2 Abs. 1 auf das Prinzip der souveränen Gleichheit. Die Anwendung unilateraler Sanktionen zur Beugung internationaler Gerichte hebt dieses Prinzip aus und ersetzt Recht durch Macht. Der IStGH ist kein Gremium einzelner Staaten, sondern ein durch das Römische Statut geschaffenes ständiges Gericht von 125 Vertragsstaaten. Gemäß Artikel 48 des Römischen Statuts genießen die Amtsträger des Gerichtshofs diplomatische Privilegien und Immunitäten. Diese Schutzrechte sind keine persönlichen Privilegien, sondern dienen der Wahrung der Justizunabhängigkeit (*UN Basic Principles on the Independence of the Judiciary*)

Antrag A10: Eigentum verpflichtet! Mieter*innen vor Verwahrlosung, Gefahren und Verdrängung schützen

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Toni Fochmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), Quentin Villwock (BV HH-Mitte, del-BV:OL, Landesschiedskommission), Lisa Grötzner (BV HH-Nord, del-BV:MQ), Kevin Vollbrich (BV HH-Nord, del-BV:OL), LAG Die Linke hilft, LAG Demokratische Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Eigentum verpflichtet! Mieter*innen vor 2 Verwahrlosung, Gefahren und Verdrängung schützen

3 Die Linke Hamburg setzt sich für einen umfassenden Schutz von Mieter*innen vor
4 verwahrlosten, gefährlichen und dauerhaft vernachlässigten Wohngebäuden ein. Wir
5 fordern den Hamburger Senat auf, ein entsprechendes Maßnahmenpaket auf den Weg
6 zu bringen und sich auf Bundesebene für die notwendigen gesetzlichen Änderungen
7 einzusetzen.

- 8 • **Regelmäßige und strafbewehrte Beibringungspflicht von Gutachten für**
9 **Wohngebäude auf Kosten des Vermieters**, insbesondere für ältere und bereits
10 auffällige Gebäude, um bauliche, hygienische und sicherheitsrelevante
11 Mängel frühzeitig zu erkennen. Diese Begutachtungspflicht soll je nach
12 Baualter in einem bestimmten Turnus regelmäßig wiederkehren und die
13 Eigentümer*innen binden. Sie darf nicht in Form von Betriebskosten den
14 Mieter*innen aufgebürdet werden. Die Behörden sollen dabei sicherstellen,
15 dass die Begutachtungen durch die Eigentümer*innen ordnungsgemäß

durchgeführt werden und bei Mängeln eine schnelle Instandsetzung erfolgt.

Um dies sicherzustellen, sollen die Behörden erhebliche Sanktionsmittel, beginnend mit Bußgeldern, an die Hand bekommen. Dem entspricht die Forderung der Hamburger Mietervereine Mieter helfen Mietern (MhM) und Mieterverein zu Hamburg nach einem "Wohnraum-TÜV" (<https://www.mieterverein-hamburg.de/mediathek/pressemitteilungen/teilabriss-der-holstenstrasse-197-mietervereine-fordern-erhalt-und-wiederaufbau-des-wohnhauses/>)

- **Personellen und finanziellen Ausbau der bezirklichen Wohnraumschutzdienststellen und ihre Weiterentwicklung zu einer stärker arbeitenden Wohnungsaufsicht.** Die Wohnraumschutzdienststellen müssen in die Lage versetzt werden, Beschwerden von Mieter*innen schnell und verbindlich zu bearbeiten, regelmäßige Kontrollen durchzuführen und die Beseitigung erheblicher Mängel konsequent durchzusetzen.
- **Ersatzwohnraum und Rückkehrrecht für betroffene Mieter*innen sichern und ausbauen.** Der bestehende Anspruch auf Erstattung von Mehrkosten wegen Unbewohnbarkeit der Mietwohnung soll zu einem Anspruch auf Ersatzunterbringung umgeformt werden. Mieter*innen, die aufgrund notwendiger Sanierungs- oder Wiederaufbaumaßnahmen ihre Wohnung verlassen müssen, sollen darüber hinaus ein verbindliches Recht auf Rückkehr zu sozialverträglichen Mietbedingungen erhalten. Da hierfür das Bürgerliche Gesetzbuch geändert werden muss, sollte sich Hamburg im Bundesrat dafür einsetzen.
- **Mietenkataster nach dem Vorbild Berlins schaffen.** In Berlin soll dieses 1. die vollständige Adresse der Wohnung, 2. Wohnfläche, Raumstruktur und Grundausstattung, 3. Namen und Anschrift der Vermieterin oder des Vermieters, 4. die Zahl der Haushaltsangehörigen, 5. Datum und Art eines Wohnberechtigungsscheins, 6. Beginn und vereinbarte Dauer des Mietverhältnisses, 7. die Nettokaltmiete, 8. die Betriebs-, Heiz- und Wasserkostenvorauszahlungen, 9. etwaige Modernisierungsumlagen und 10. die anteilige Grundsteuer enthalten. Darüber hinaus soll das Hamburger Kataster noch die Höhe eines etwaigen Möblierungszuschlags enthalten.
- **Kündigungen wegen Zahlungsrückständen bei bestehenden Mängeln ausschließen.** Wenn Mieter*innen wegen Mängeln die Miete mindern, dann sollte eine fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzug nach der Ankündigung der Mietminderung schon formell unwirksam sein. Da hierfür das Bürgerliche Gesetzbuch geändert werden muss, sollte sich Hamburg im Bundesrat dafür einsetzen.
- **Verwahrloste und dauerhaft nicht ordnungsgemäß bewirtschaftete Wohngebäude gemeinwohlorientiert sichern.** Wo Eigentümer*innen ihren Pflichten trotz behördlicher Anordnungen dauerhaft nicht nachkommen, müssen städtische Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Träger effektiv in die Lage versetzt werden, die Hamburger Immobilien dieser Eigentümer*innen zu übernehmen. Das schafft die Möglichkeit, solche Vermieter*innen vollständig aus dem Wohnungsmarkt zu vertreiben, statt ihnen nur einzelne Wohnungen/Häuser wegzunehmen.

Begründung und Anmerkungen

Der Fall der Holstenstraße 195/197 zeigt drastisch, welche Folgen es haben kann, wenn Wohngebäude über eine lange Zeit nicht ausreichend instand gehalten werden.

Was ist in der Holstenstraße passiert?

Schon seit Jahren sackten in dem Gebäude die Böden ab und Fenster passten nicht mehr in ihre Rahmen. Diese auf Instabilität deutenden Zeichen wurden jedoch durch den Eigentümer, welcher Villen in Hamburg und Sylt auf seiner Website anpreist, ignoriert. Am 17. Juni diesen Jahres kam es zu einer Verschlechterung der Lage, Risse taten sich in den Wänden auf. Hierüber wurde der Eigentümer am selben Tag informiert. Einen Ortstermin mit einem Statiker gab es erst über einen Monat später, am 23. Juli. Dann ging alles ganz schnell: Der Statiker erkannte, dass eine akute Einsturzgefahr bestand. Die Bewohner*innen wurden evakuiert und hatten dabei nur 10 Minuten Zeit, Dinge aus der Wohnung zu retten. Wertgegenstände, wichtige Dokumente und Persönliches, wie zum Beispiel Familienfotos, blieben so in den Wohnungen zurück. Mitsamt diesen Gegenständen wurde das hintere Haus bei einem Teilabriss am 11. August kontrolliert abgerissen.

Diese Situation ist eine systemische und liegt darin begründet, dass es bei Mietshäusern marktwirtschaftlich sinnvoll ist, die Instandhaltung bestehender Häuser so weit wie möglich zu verschleppen. Denn die Miete ist so oder so zu zahlen. Instandzusetzende Mängel hindern nicht einmal an einer Mieterhöhung, was zu der Situation führen kann und häufig tut, dass eine Mieterin einer mangelhaften Wohnung gezwungen ist, eine Mieterhöhung zu unterschreiben, während der Vermieter die Wohnung verwahrlosen lässt. Mieter*innen sind häufig diejenigen, die Mängel entdecken, dokumentieren, melden und über lange Zeit gegenüber Eigentümer*innen durchsetzen müssen. Zwar ist der*die Vermieter*in rechtlich verpflichtet, Mängel abzustellen, wenn er von den Mieter*innen dazu aufgefordert wird. Geschieht dies jedoch nicht, so müssen die Mieter*innen dies selbst tun oder gerichtlich durchsetzen. Diese gerichtliche Durchsetzung funktioniert nur über die Klage der einzelnen Mieter*innen.

Eine solche Klage ist immer ein asymmetrisches Verhältnis. Denn sie bedeutet, dass Einzelne, mit finanziellen Risiken behaftet, dem*der zumeist deutlich finanzkräftigen Vermieter*in gegenüberreten und unter Aufwendung von viel persönlicher Energie einen Rechtsstreit um ihren Lebensraum führen müssen. Für Vermieter*innen ist eine solche Klage im Regelfall nicht mit existenziellen Fragen behaftet und wird häufig durch Bedienstete bearbeitet. Zugleich ist eine solche Klage auch deshalb nie besonders attraktiv, weil sie im besten Fall nur dazu führt, dass der schon jetzt störende Mangel erst in einigen Jahren behoben wird. Deshalb ist auch zu beobachten, dass es nur in Ausnahmefällen zu Klagen auf Mängelbeseitigung kommt.

Auch eine mögliche Mietminderung ist schwierig durchzusetzen, weil sie sich nicht exakt berechnen lässt. Wird die Miete aber in einem zu hohen Maße gemindert, kann es zu einer wirksamen fristlosen Kündigung kommen, ein Instrument, welches in einem solchen Streitfall von Vermieter*innen gerne verwendet wird. Bei angemessenen Mietminderungen gibt es zudem häufig Abmahnungen, Kündigungsandrohungen und unwirksame Kündigungen. Dieser Weg, welcher die Sorge vor einem Wohnungsverlust mit sich bringt, ist für die meisten Mieter*innen nicht gangbar. Der Ausschluss von Kündigungen im Falle der Mietminderung wegen eines Mangels würde daher Mieterrechte stärken. Der Vermieter wäre auch nicht schutzlos gestellt, denn er könnte auf Feststellung klagen, dass tatsächlich kein Mangel bestehe oder die Mietminderung zu hoch sei.

Bei Mängeln in Hamburger Mietshäusern geht es häufig nicht um Kleinigkeiten: Feuchtigkeit und Schimmel, defekte Heizungen, undichte Dächer, mangelhafter Brandschutz oder andere schwere bauliche Mängel können die Gesundheit und Sicherheit der Bewohner*innen unmittelbar gefährden. In solchen Fällen kann man sich zwar an die Fachstellen für Wohnraumschutz bei den Bezirksämtern wenden. Dies ist

aber vielen Mieter*innen nicht bekannt. Zudem werden diese auch nicht immer schnell genug tätig, was mutmaßlich auch an Einsparungen und damit einhergehender Überlastung liegt.

Eine regelmäßige Begutachtung von Wohngebäuden kann deshalb ein wichtiges Instrument sein, um gefährliche Zustände frühzeitig zu erkennen. Sie darf jedoch nicht bei einer bloßen Prüfung enden. Festgestellte Mängel müssen innerhalb verbindlicher Fristen beseitigt werden. Dafür braucht es eine starke und handlungsfähige Wohnungsaufsicht in den Bezirken. Dafür braucht es auch Transparenz über Immobilieneigentum. Wer gegen Verwahrlosung, spekulativen Leerstand und Verdrängung vorgehen will, muss wissen, wem die entsprechenden Gebäude gehören und wer wirtschaftlich von ihnen profitiert.

Die Begutachtungs- und Sanierungspflicht würde auch dazu führen, dass Eigentümer*innen nicht mehr wie bisher für ihren wirtschaftlichen Vorteil Wohnraum verfallen lassen, dadurch Mieter*innen verdrängen und anschließend durch Abriss, Neubau oder hochpreisige Modernisierung höhere Renditen erzielen könnten.

Artikel 14 Abs. 2 GG stellt klar: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Eigentum an Wohnraum bedeutet daher auch Verantwortung für dessen Erhalt und für die Menschen, die darin leben. Es darf sich nicht lohnen, Wohnraum verfallen zu lassen, Mieter zu verdrängen und anschließend durch Abriss, Neubau oder hochpreisige Modernisierung höhere Renditen zu erzielen. Wo Eigentümer ihrer Verantwortung dauerhaft nicht nachkommen, muss die öffentliche Hand eingreifen und Wohnraum gemeinwohlorientiert sichern können.

Mit **Artikel 15 GG** stellt das Grundgesetz ausdrücklich die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden zur Verfügung. Nicht die Rendite des Eigentums, sondern das Recht der Menschen auf sichere, bezahlbare und dauerhafte Wohnungen muss im Mittelpunkt stehen.

Die grundsätzliche Vergesellschaftung von nicht selbstgenutztem Wohnraum sollte für eine demokratisch-sozialistische Partei Fernziel und Leitbild sein und bleiben. Schon heute jedoch müssen Mieter*innenrechte abgesichert, ausgebaut und umsetzbar gemacht werden.

Antrag A11: Verantwortungsvoller Umgang mit KI im öffentlichen Dienst

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	LAG Netzpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Verantwortungsvoller Umgang mit KI im öffentlichen 2 Dienst

- 3 Der unkontrollierte Hype um „KI“ zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen,
- 4 vertieft soziale Ungerechtigkeiten, automatisiert Vorurteile und entwertet
- 5 menschliche Wissens- und Kreativarbeit sowie menschliche Kommunikation und
- 6 Beziehungen. Globale Tech-Konzerne betreiben gigantische Rechenzentren auf
- 7 Kosten unseres Grundwassers und Klimas, während sie an der Börse zu absurden und
- 8 unheilbringenden Blasen heranwachsen.

Spätestens die neuesten Nachrichten darüber, dass US-KI-Firmen im großen Stil alte Bücher vernichten, sollten uns wachrütteln: Wir müssen diese Technologie kritisch hinterfragen und ihr Schadenspotenzial einhegen!
Im öffentlichen Dienst hat KI ein besonderes Gefahrenpotenzial, auf das dieser Antrag eingehen wird.
Der aktuelle Hype dreht sich in der Regel um generative KI.
Generative KI ist nichts weiter als ein statistisches Sprachmodell. Das bedeutet, dass Inhalte zwar plausibel aussehen, aber nicht auf tatsächlichem Wissen und Verständnis aufbauen, sondern nur auf Basis von Wahrscheinlichkeiten generiert werden (sog. „stochastische Papageien“).
Die Modelle wirken dabei als Blackboxen, da diese Wahrscheinlichkeiten meist nicht einsehbar und aufgrund der Größe und Komplexität der Modelle für Menschen nicht nachvollziehbar sind.
Darüber hinaus sind alle Modelle nicht-deterministisch, d. h. die gleiche Eingabe führt nicht zur exakt gleichen Ausgabe.

Die Linke Hamburg beschließt:

Der Einsatz von generativer KI sollte im Öffentlichen Dienst grundsätzlich auf ein Minimum beschränkt werden.
Wenn generative KI eingesetzt wird, sollten die Schäden für Umwelt und Gesellschaft minimiert werden. Die unterschiedlichen Technologien & Einsatzzwecke sind dabei getrennt voneinander zu bewerten.
Grundsätzlich ist menschlicher Einsatz dem Einsatz von KI vorzuziehen.

KI im behördlichen und verwaltungstechnischen Kontext

Der Einsatz von KI in Behörden und Verwaltungseinheiten sollte im Bereich der Analyse und Verarbeitung von personenbezogenen Daten und nicht ohne weitere Prüfung verwendet werden und das darauf basierende Profiling sollte nicht zum Einsatz kommen.
Dazu zählt der Einsatz im Jobcenter/Arbeitsamt, in Strafverfolgungsbehörden, in Gerichten und bei sämtlichen Überwachungstätigkeiten, z. B. an öffentlichen Plätzen und Gebäuden.
KI sollte nicht genutzt werden, um zu entscheiden, wer öffentliche Gelder erhält und wer nicht. Die Entscheidung hierüber sollte allein Menschen obliegen, die sich wiederum an den geltenden rechtlichen Anforderungen orientieren.

Kultur- und Kreativbranche im Vergaberecht

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss sichergestellt werden, dass Nicht-KI-generierte Kunst weiterhin eine Chance hat. Dabei schlagen wir vor, dass die Antragstellenden, die weniger oder keine KI verwenden, entsprechend bessergestellt werden. Dies dient auch dem Schutz vor KI-Slop.

KI darf Psychotherapeut:innen nicht ersetzen

Der Einsatz von KI sollte im Bereich der Psychotherapie und anderweitiger psychologischer Hilfsangebote unterbunden werden. Die Interaktion zwischen Menschen muss im Vordergrund stehen und darf nicht durch KI ersetzt werden. Zudem darf KI nicht für das Erstellen von Patientenprofilen genutzt werden.

Einsatz generativer KI für's Coden oder Automatisieren

Generative KI kann zur Unterstützung beim Automatisieren wiederkehrender Aufgaben genutzt werden. Hierbei muss insbesondere darauf geachtet werden, dass KI-Anwendungen niemals zur Entscheidungsfindung genutzt werden dürfen. Jegliche mit KI erstellte Automatisierung muss stets menschlicher Kontrolle unterliegen und klar definierten deterministischen Regeln folgen. Wenn Prozesse automatisiert werden, ist stets Raum für Einzelfälle und Ausnahmen zu lassen - Automatisierung darf nicht ausgrenzen! Automatisierte Prozesse müssen für Nutzende stets transparent als solche gekennzeichnet sein.

Welche KIs können genutzt werden?

Wenn KI im öffentlichen Dienst eingesetzt wird, müssen einige Dinge beachtet werden.

Durch Sensibilisierung, Fortbildungen etc. sollen die Mitarbeitenden entsprechend geschult werden, mit dieser Technologie verantwortungsbewusst umzugehen und sie nicht unreguliert einzusetzen.

Des Weiteren sollte darauf geachtet werden, dass bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllt werden, da diese Technologie extrem viel Energie und Ressourcen verbraucht.

Der Einsatz von US-Hyperscalern bzw. Monopolisten ist zu vermeiden, dazu zählen z. B. OpenAI, Microsoft, Google, Grok, Anthropic, Schwarz Digital.

Stattdessen sollten Anbieter genutzt werden, die folgende Punkte erfüllen:

- Open[?]Source/Open[?]Weights[?]Lösungen
- Energie[?]Sparsamkeit aus erneuerbaren Energieträgern
- Hohe Wassernutzungseffizienz (WUE)
- Firmensitz und Standorte in Europa
- Zero Data Retention - also keine Speicherung von Daten
- Lizenzierte oder offene Trainingsdaten für das Modeltraining

Begründung und Anmerkungen

Der massiv vorangetriebene Ausbau der sog. KI-Technologien wirkt als Brandbeschleuniger der Klimakrise.

Das Training und der Betrieb von Sprachmodellen erfordert enorme Energiemengen, die aus regenerativen Quellen nicht zu decken sind.

Um die gigantischen Rechenzentren zu betreiben, sind riesige Gaskraftwerke [1] in Planung und die Reaktivierung der Atomkraft droht [2]. Für den Betrieb sind zudem große Mengen Kühlwasser nötig. Zwar existieren wassersparende Kühlmethoden, die billigste Lösung bleibt aber die Verdunstungskühlung, bei der das Wasser schlicht in die Atmosphäre verdampft. [3]

Mit den Rechenzentren entstehen enorme tote Flächen, die weder der Regeneration der Biosphäre noch der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. [4] Die KI-Computer-Hardware verbraucht unverhältnismäßige Mengen metallischer Rohstoffe, wie Kobalt, Lithium, Nickel und Seltene Erden, deren Extraktion vor allem im globalen Süden Landschaften verwüstet, Arbeitskraft ausbeutet und diktatorische Herrschaftsverhältnisse stabilisiert. [5]

KI-Technologien blockieren den Aufbau einer gerechten Ökonomie.

Das "Training" der Modelle erfolgt meist in Ländern des globalen Südens. Die Datenarbeiter:innen müssen sich dabei durch riesige Mengen unkurierter Daten pflügen, um diese maschinenlesbar einzuordnen (zu labeln). Dabei sind sie mit allen Abgründen des Internets konfrontiert, unter anderem exzessiven Gewaltdarstellungen, Darstellung sexueller Gewalt – auch mit Kindern und Säugetieren [5.1]. Viele dieser Datenarbeiter:innen haben deshalb mit psychischen Problemen zu kämpfen. Die entstehenden Traumata belasten private und berufliche Beziehungen dauerhaft.

Die Extraktionslogik setzt sich bei der "Gewinnung" von Daten fort. Die KI-Unternehmen betreiben in großen Stil Dienste und Produkte zur Datenextraktion (das Android-Betriebssystem, Tesla-Fahrzeuge, Alexa, Smart-TVs seien hier genannt), beanspruchen zudem den gesamten Output des Internets für sich und erheben damit Anspruch auf alle unsere Lebensäußerungen. Das Ziel: automatisierte Vorhersagen über unser Verhalten treffen [6], und lebendige menschliche Arbeit so in maschinell kombinierbare Einheiten zerteilen, dass diese als »KI«-Produkt verkauft werden kann, an Kund:innen, die sich nicht mit den Nachteilen von lebendigen Menschen konfrontieren wollen.

Besonders trifft es kreativ Arbeitende wie Künstler:innen, Illustrator:innen [7], Filmschaffende, Texter:innen, Übersetzer:innen und Synchronsprecher:innen [8], die mit teils erheblichen Einkommenseinbußen rechnen oder ihre ökonomischen Existenz ganz aufgeben müssen. Den Ertrag streichen die Tech-Oligarchen ein und reinvestieren ihn sofort in größere Modelle, mehr Rechenleistung, weiteren Machtausbau.

Für Unternehmensführungen bietet KI ein willkommenes Mittel, noch mehr Leistung aus den Arbeitnehmenden herauszupressen, solidarisches Engagement durch die fortwährende Automatisierungs-Drohung einzuhegen oder sich von menschlicher Arbeit ganz zu befreien. Letzteres verbunden mit dem Risiko, in eine Pfadabhängigkeit zu geraten, die bei Einstellung oder Verteuerung des KI-Dienstes das eigene Ertragsmodell gefährdet.

Betreuer:innen von freien und Open-Source-Projekten im Software-Bereich treibt eine Flut von automatisierten Beiträgen (Code-Änderungen, Meldung von Sicherheitslücken, ...) in den Burnout. Das untergräbt die auf Wohlwollen und Vertrauen aufgebauten OpenSource-Projekte und die daran angeschlossenen Gemeinschaften.

Der Hardware-Hunger der Rechenzentren und die steigenden Preise für Speicher und Rechenleistung bedrohen zudem die Finanzierung von gemeinnützigen Software-Projekten. Diese müssen eingestellt oder kommerziell ausgerichtet werden.

Der KI-Hype und der Aufbau der KI-Technologien verschieben politische und ökonomische Macht von demokratischen Institutionen zu einzelnen rechtsradikalen Tech-Oligarchen.

Die politische Debatte beschränkt sich zur Zeit darauf, ob nun KI-Technologien aus den USA, China oder nur Europa eingesetzt werden sollen.

Die von KI-Doomern wie auch KI-Enthusiasten befeuerte Scheindebatte um eine mit Willen und Bewusstsein ausgestattete AI, die wahlweise den Untergang der Menschheit verursachen oder selbiger den Weg zu fernen Galaxien bereiten soll, betont in erster Linie die Mächtigkeit und Unausweichlichkeit der KI-Technologien. Zudem lenkt sie von den drängenden Problemen ab, die sich aus den KI-Technologien ergeben: dem Ökologischen Kollaps, der ausbeuterischen Ökonomie, den sozialen und psychischen Verheerungen, die der Einsatz ihrer Technologie anrichtet.

Vorzugsweise rechtslastige Politiker:innen wählen KI-Werkzeuge als Propagandamittel.

Das Iranische Regime konnte im Krieg gegen die USA die Propagandaschlacht mit animierten Legomännchen für sich entscheiden [9]. Die AfD legt mit "Alternita Studio" ein Werkzeug vor, das Nachrichtenkanäle scannen, Meldungen nach ihrer Viralität bewerten und vollautomatisch Posts für die einschlägigen Social-Media-Kanäle erzeugen soll [10].

KI-Technologien verkürzen die "Kill-Chain" in Kriegen und dienen staatlicher Repression.

Beim Einsatz von KI-Technologien in Kriegen wird meist eine Kette verschiedener Systeme genutzt, die aufeinander aufbauen: von Klassifikation und Verknüpfen von Daten aus verschiedenen Quellen bis hin zu Zielvorschlägen und Handlungsempfehlungen. Generative KI wird hierbei v. a. beim Entscheidungsprozess eingesetzt [11, 15].

Zu jedem Schritt in diesem Prozess können dabei Fehler geschehen und weitergereicht werden, z.B. durch veraltete Daten [12], Fehler bei Übersetzungen oder Verzerrungen (Bias) in Trainingsdaten.

Trotz hoher Fehlerraten findet menschliche Kontrolle dieser Entscheidungen ("human in the loop") teilweise nur flüchtig statt [13], da den KI-generierten Ausgaben trotzdem Vertrauen geschenkt wird ("automation bias") [14] und zivile Opfer dabei bewusst in Kauf genommen werden [15].

Die "Kill chain" wird dadurch deutlich verkürzt und die Rate von Angriffen - und damit Tötungen - beschleunigt [16].

In deutschen Städten wird zunehmend KI-unterstützte Videoüberwachung eingesetzt, um "auffälliges Verhalten" automatisiert zu erkennen. Aufgrund einer hohen Rate von Fehlalarmen handelt es sich hierbei teilweise um experimentelle Einsätze, die dem weiteren Training der Systeme dienen [17, 18]. Der Einsatz und das Training an Orten wie z.B. dem Hansaplatz in Hamburg führt dabei zu einer Verschärfung von Vorurteilen und Diskriminierung marginalisierter Gruppen. [19]

Eine flächendeckende KI-Überwachung wie aktuell in Argentinien kann zur Ausübung staatlicher Kontrolle genutzt werden, indem z.B. abweichende Meinungen und Proteste unterdrückt werden. [20]

KI-Technologien sorgen für Entwertung kreativer Arbeit.

Zum Training der meisten KI-Modelle werden Inhalte von Künstler:innen, Musiker:innen, Filmschaffenden, Journalist:innen, Schauspieler:innen etc. ohne ihre Zustimmung oder Kompensation verwendet. Diese Urheber sind in KI-generierten Inhalten für die Nutzenden nicht mehr erkenntlich und die Nutzung von KI-Modellen zur Erstellung neuer Inhalte ist dabei so leicht, dass kreative Arbeit entwertet wird und Einkommensquellen von Kreativen ausgetrocknet werden. [8]

Dadurch, dass immer mehr KI-generierte Inhalte im Internet erscheinen, werden nächste Generationen der Modelle auch auf KI-Ausgaben trainiert. Dies führt zu massiver Abnahme der Qualität [21] und erfordert, dass den Modellen immer wieder frische, von Menschen erzeugte Daten zugeführt werden. KI-Betreiber behelfen sich hierbei, indem sie in großem Umfang Bücher aufkaufen und ohne Einwilligung der Rechteinhaber für das Training verwenden [22].

KI-generierte Inhalte verbreiten Vorurteile, beeinflussen öffentliche Diskurse und schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Nutzung von Trainingsdaten aus dem Internet führt zu einem westlichen und kapitalistischen Bias (Voreingenommenheit, Verzerrung), aber auch Rassismus, Sexismus, Antifeminismus, Ableismus etc. sind in den Trainingsdaten vorzufinden. [23]

Die KI-Modelle reproduzieren und verstärken solche Vorurteile nur noch weiter, wodurch zusätzliche Verzerrungen entstehen [24]. Sie reproduzieren vergangene Muster, die in den Trainingsdaten bereits vorhanden waren.

Bereits marginalisierte Gruppen werden durch KI-Systeme z.B. bei Bewerbungen, Sozialleistungen oder im Justizsystem noch weiter benachteiligt [25].

Die Nutzung von KI-Modellen wird nicht nur durch gezielte Kampagnenarbeit (wie die Verwendung des Begriffs "KI") gefördert, sondern teilweise auch aufgezwungen, indem z.B. Google und andere Suchmaschinen KI-Zusammenfassungen über anderen Suchergebnissen darstellen. Dies bietet den Suchenden zwar theoretische Zeitersparnis, aber schränkt die Vielfalt der Ergebnisse ein.

KI-Anbieter haben zudem die Möglichkeit, die Ausgaben zu manipulieren, indem Parameter angepasst

oder Prompts erweitert werden. Dies kann von den Big Tech-Unternehmen für Veränderung oder Filterung der Inhalte bis hin zu politisch motivierter Zensur [26] verwendet werden und führt zu einem fortschreitenden Ausbau ihrer Macht. Eine bereits bestehende Kooperation von KI-Anbieter OpenAI und Springer zeigt eine Bevorzugung von Quellen entsprechender Nachrichtendienste in den Antworten von ChatGPT [26.1].

Generative KI kann leicht zur Erstellung von "AI-Slop", Fake-News, Deepfakes etc. verwendet werden, die mit fortschreitender technischer Entwicklung immer schwerer von realen Inhalten zu unterscheiden sind. Die Algorithmen in sozialen Netzwerken, die polarisierende Inhalte zur Erzeugung von Werbeeinnahmen bevorzugen, sorgen für eine selbstverstärkende Verbreitung solcher Inhalte [27].

Dies führt dazu, dass auch die Authentizität realer Aufnahmen angezweifelt werden [28, 29] und die Grenze zwischen Tatsachen und Meinungen immer mehr verwischt. Dies vergiftet öffentliche Debatten und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Eine Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten, wie sie bereits durch den EU AI Act gefordert wird, ist nicht unbedingt für Menschen erkennbar [30] und verschiebt die Verantwortung weg von den KI-Anbietern zu den Nutzenden.

Auch digitale Gewalt kann automatisiert erstellt und verbreitet werden. Gerade Deepfake-Technologien werden vornehmlich zur Erstellung sexualisierter und pornographischer Inhalte von Frauen und Mädchen, ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen, verwendet [31].

Die Nutzung von KI-Chatbots sorgt für Vereinzelung und kann zu psychischen Probleme führen.

Die permanente Verfügbarkeit und individuelle Ansprache (ermutigend, keine Widerrede etc.) von KI-Chatbots führt dazu, dass sie zunehmend als "Companion AI" von Menschen verwendet wird. Dies zerstört menschliche Beziehungen und führt zu einer fortschreitenden Vereinzelung [32]. Darüberhinaus geben Menschen auch private und sensible Daten an die KI-Modelle preis, die z.B. für Werbezwecke ausgenutzt werden können.

Wenn Chatbots als Ersatz für menschliche Beziehungen genutzt werden, kann dies sogar zu KI-assoziierten Psychosen oder Suiziden führen [33].

Die kapitalistische Funktionsweise von Chatbots, die Nutzer zu ständiger Fortführung der Chats verleiten ("Tokenmaxing"), kann auch eine Suchtgefahr bedeuten [34].

Die Nutzung von KI-Technologien führt zu De-Skilling und Wissensverlust.

KI-Modelle generieren aufgrund ihrer Funktionsweise zwar plausibel erscheinende und strukturell stimmig aussehende Inhalte, basieren aber nicht auf tatsächlichem Wissen und Textverständnis. Insbesondere bei komplexeren Fragestellungen kann dies zu einer hohen Fehlerquote führen [35]. Diese zu erkennen erfordert in vielen Fällen Fachkenntnis und Medienkompetenz.

Dies sorgt auch dafür, dass KI-generierten Inhalten mehr Vertrauen geschenkt wird als Informationen aus anderen Quellen ("automation bias") und sie weniger kritisch hinterfragt werden. Bei wiederholter Nutzung schließt dies auch die eigenen Kompetenzen ein (sog. De-Skilling [36]) und führt zu Wissensverlust [37].

Dies ist auch insofern bedenklich, da KI-Technologien zunehmend im Schulunterricht genutzt werden, und zwar sowohl von Lehrkräften als auch Schüler:innen [38]. Hierbei besteht die Gefahr, dass Schüler:innen dadurch eher lernen zu simulieren und passende Prompts für die KI-Modelle zu schreiben, statt sich die tatsächlichen Lehrinhalte anzueignen oder andere grundlegende Kompetenzen zu erlangen, die für eine Bewertung der KI-Antworten notwendig wären [39].

Quellen

[1] <https://www.heise.de/news/Amazon-plant-gigantisches-Gaskraftwerk-fuer-neues-KI->

Rechenzentrum-11404032.html

[2] <https://www.heise.de/news/Atomstrom-fuer-KI-Rechenzentren-Microsoft-laesst-Three-Mile-Island-reaktivieren-9939236.html>

[3] <https://netzpolitik.org/2026/genug-fuer-600-millionen-menschen-warum-verbraucht-ki-so-viel-wasser/>

[4] <https://www.computerweekly.com/de/feature/Wachsender-Flaechenbedarf-fuer-Rechenzentren-und-Infrastruktur>

[5] <https://de.wikipedia.org/wiki/Ressourcenfluch>

[5.1] <https://time.com/6247678/openai-chatgpt-kenya-workers/>

[6] Shoshana Zuboff, Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus

[7] <https://illustratoren-organisation.de/kuenstliche-intelligenz/#1710858053177-65124b98-ac35>

[8] <https://www.ndr.de/kultur/film/synchrone-sprecher-als-ki-futter-kampf-um-stimmrechte,synchrone-sprecher-ki-100.html>

[9] <https://www.sueddeutsche.de/kultur/iran-lego-krieg-propaganda-trump-ki-li.3459686>

[10] <https://digitalrechte.de/news/propaganda-by-design-wir-haben-uns-das-ki-kampagnentool-der-afd-naeher-angeschaut>

[11] <https://ai-killchain.airwars.org/>

[12] <https://www.theguardian.com/news/2026/mar/26/ai-got-the-blame-for-the-iran-school-bombing-the-truth-is-far-more-worrying>

[13] <https://www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza/>

[14] https://www.democracynow.org/2026/8/13/heidy_khlaaf

[15] <https://media.ccc.de/v/39c3-programmierte-kriegsverbrechen-uber-ki-systeme-im-kriegseinsatz-in-gaza-und-warum-it-fachleute-sich-dazu-auern-mussen>

[16] <https://airwars.org/record-pace-of-strikes-in-iran-bombing-campaign-analysis>

[17] <https://taz.de/Kuenstliche-Intelligenz-im-Einsatz!/6099559/>

[18] <https://netzpolitik.org/2026/verhaltensscanner-in-hamburg-die-polizei-wird-zum-datenlieferant/>

[19] <https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/aktuelles/pressemitteilungen/detail/news/ki-ueberwachung-am-hansaplatz-ein-warnsignal-in-richtung-ueberwachungsstaat/>

[20] <https://www.heise.de/news/Argentinien-KI-gestuetzte-Ueberwachung-hat-unter-Praesident-Milei-zugenommen-11421270.html>

[21] Alemohammad et al., Self-Consuming Generative Models Go MAD, 2023, <https://arxiv.org/abs/2307.01850>

[22] <https://www.tagesschau.de/inland/regional/hessen/hr-massenankauf-im-antiquariat-wie-ki-konzerne-buecher-fressen-102.html>

[23] z.B. <https://arxiv.org/abs/2110.01963>

[24] <https://capulcu.noblogs.org/post/2023/11/17/chatgpt-als-hegemonieverstaerker/>

[25] <https://www.amnesty.at/themen/technologie-digitalisierung-und-menschenrechte/gefaehrlich-hilfreich-wie-kuenstliche-intelligenz-unsere-menschenrechte-bedroht/>, <https://www.heise.de/hintergrund/Wie-KI-bei-der-Kandidatenauswahl-behinderte-Menschen-diskriminiert-6158869.html>

[26] <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/deepseek-ki-china-zensur-chatbot-100.html>

[26.1] <https://taz.de/KI-und-Demokratie!/6206568/>

[27] z.B. vllt. <https://www.bi.team/publications/how-social-media-shapes-young-europeans-worldviews/>

[28] <https://carnegieendowment.org/research/2026/07/generative-ai-and-atrocity-denial-in-war>

[29] <https://www.iu.de/forschung/studien/medienkompetenz/>

[30] <https://www.anthropic.com/news/claude-text-watermark>

[31] <https://www.securityhero.io/state-of-deepfakes/>

[32] taz, Das Geschäft mit der Einsamkeit, <https://taz.de/Mark-Zuckerbergs-Chatbot-Plaene!/6083644/>

[33] <https://www.theguardian.com/technology/2024/oct/23/character-ai-chatbot-sewell-setzer-death>

[34] FRANCES, Allen. Warning: AI chatbots will soon dominate psychotherapy. The British Journal of Psychiatry, 2025, S. 1-5.

[35] https://www.ebu.ch/Report/MIS-BBC/NI_AI_2025.pdf

[36] [5] Avigail Ferdman, AI deskilling is a structural problem, <https://link.springer.com/article/10.1007/s00146-025-02686-z>

[37] <https://www.media.mit.edu/publications/your-brain-on-chatgpt/>

[38] <https://deutsches-schulportal.de/bildungsforschung/wann-ki-beim-lernen-hilft-und-wann-sie-schadet/>

[39] <https://www.sueddeutsche.de/kultur/vera-bachmann-schummeln-pruefung-chatgpt-hausarbeiten-li.3535125>

Antrag A12: Internationale Solidarität auch bei Beschaffung und Merchandise konsequent umsetzen

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Lisa Grötzner (BV HH-Nord, del-BV:MQ), Kevin Vollbrich (BV HH-Nord, del-BV:OL), Toni Fochmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), LAG Klimagerichtigkeit, Hermann Kaienburg (AG Welthandel und Entwicklung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Internationale Solidarität auch bei Beschaffung und 2 Merchandise konsequent umsetzen

3 Die Linke Hamburg versteht sich als organisierende Klassenpartei. Unsere
4 Solidarität mit Arbeiter*innen endet nicht an Staatsgrenzen. Auch bei den
5 eigenen Beschaffungsentscheidungen tragen wir Verantwortung für die Arbeits- und
6 Produktionsbedingungen entlang globaler Lieferketten.

7 Deshalb verpflichtet sich Die Linke Hamburg, bei der Beschaffung von Textilien
8 und Merchandising-Artikeln – insbesondere T-Shirts, Turnbeuteln, Tote Bags,
9 Hoodies und vergleichbaren Produkten – Arbeits- und Umweltstandards bestmöglich
10 zu berücksichtigen.

11

12 Dabei gilt:

- 13 • Bei Beschaffungen sollen nach Möglichkeit Produkte ausgewählt werden, die
14 nach anerkannten Sozial- und Umweltstandards zertifiziert sind. Hierzu
15 zählen insbesondere GOTS, Fairtrade Cotton, Fair Wear Foundation, OEKO-TEX,
16 Grüner Knopf oder Cotton made in Africa beziehungsweise vergleichbare
17 glaubwürdige Standards.
- 18 • Die Linke Hamburg erkennt an, dass es weder vollständig faire Lieferketten

- 19 noch perfekte Siegel gibt. Zertifizierungen ersetzen keine politischen
20 Lösungen und garantieren keine vollständige Einhaltung aller Menschen-,
21 Arbeits- und Umweltrechte.
- 22 • Dennoch sollen bei allen zukünftigen Beschaffungen Produkte derjenigen
23 Unternehmen bevorzugt werden, die nachweislich größtmögliche Anstrengungen
24 zur Einhaltung von Menschenrechten, Gewerkschaftsfreiheit,
25 existenzsichernden Löhnen, Arbeitsschutz sowie ökologischen Standards
26 entlang ihrer Lieferketten unternehmen.
27

Begründung und Anmerkungen

Die Linke kämpft für internationale Solidarität und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. Dieser Anspruch muss sich auch im eigenen Handeln widerspiegeln.

Die globale Textilindustrie ist bis heute von kolonialen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen geprägt. Ein Großteil der Kleidung wird in Ländern produziert, in denen Beschäftigte unter prekären Bedingungen arbeiten. Niedrige Löhne, überlange Arbeitszeiten, mangelnder Arbeitsschutz, Diskriminierung, geschlechtsspezifische Gewalt, Einschränkungen gewerkschaftlicher Organisation sowie Kinder- und Zwangsarbeit gehören in vielen Produktionsländern weiterhin zum Alltag.

Gleichzeitig nimmt der Druck auf Produzierende durch Fast Fashion und Ultra Fast Fashion stetig zu. Immer kürzere Produktionszyklen und komplexe internationale Lieferketten erschweren die Durchsetzung von Arbeitsrechten zusätzlich. Millionen Beschäftigte – überwiegend Frauen – produzieren Kleidung unter Bedingungen, die häufig nicht einmal ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen.

Vollständig faire Lieferketten existieren unter den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht. Auch Zertifizierungen können Missstände nicht vollständig ausschließen und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Aussagekraft. Sie bleiben jedoch wichtige Instrumente, um Mindeststandards zu fördern, Transparenz zu erhöhen und Unternehmen zu Verbesserungen zu verpflichten.

Gerade weil Die Linke sich als organisierende Klassenpartei versteht und für internationale Solidarität eintritt, sollte sie dort, wo sie selbst Entscheidungen trifft, ihrer politischen Verantwortung gerecht werden. Bei der Beschaffung eigener Merchandise-Artikel sollte deshalb stets die sozial und ökologisch verantwortungsvollste verfügbare Option gewählt werden.

Dieser Antrag ersetzt nicht den politischen Kampf für verbindliche internationale Lieferkettengesetze, starke Gewerkschaften und existenzsichernde Löhne weltweit. Er ist jedoch ein konkreter Beitrag dazu, die eigenen politischen Ansprüche auch im praktischen Handeln umzusetzen.

Antrag A13: Keine Einsätze der Bundeswehr nach Innen und Außen: Deshalb die Rekrut*innen nicht alleine lassen.

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Axel Hopfmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), Katrin Lohse (Landesvorstand, BV HH-Nord, del-BV:MQ), Stadtteilgruppe Barmbek, Axel Hopfmann (Nord), Daniel Reimann (Nord), Wolfgang Schindler (Wandsbek), AKL, LAG B&G
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine Einsätze der Bundeswehr nach Innen und Außen: Deshalb die Rekrut*innen nicht alleine lassen.

*Nach Innen kann die Bundeswehr z.B. gegen Streikende, Blockierende, Betriebs- und Hausbesetzer*innen eingesetzt werden. Das würde gesellschaftliche Veränderungen durch friedliche Massenbewegungen aushebeln. Nach Außen kann Soldat*innen befohlen werden, auf die Bevölkerung, Bekannte und Soldat*innen der ausländischen Nachbarschaft zu schießen. Das wäre das Ende internationaler Solidarität.*

1.

Der Landesverband Hamburg unterstützt bereits junge Leute bei der Kriegsdienstverweigerung (siehe auch Beschluss Antrag A23). In der Konsequenz bereitet er sich auch auf die Reaktivierung der Wehrpflicht vor. Für die Zeit, die die Wehrpflichtigen im Militär verbringen, werden ihnen unterstützende Gespräche und Rat zur Bewältigung des Alltags bei der Truppe bis hin zu Rechtsberatungen angeboten. Dazu wird ein regelmäßiges Treffen eingerichtet.

2.

Wird bekannt, wann und wo in Hamburg Rekrut*innen eingezogen werden, begleitet die Linke diese mit Rat dazu, wie sie sich gegen Disziplinierung und Schikanen behaupten können. Dazu werden selbstverständlich geeignete Medien bereitgestellt.

3.

Das Treffen zur Beratung von Wehrpflichtigen entwickelt Forderungen, die sich gegen Disziplinierung und Einschüchterung richten, demokratische Forderungen, materielle und gezielt antimilitaristische Forderungen. Zum Beispiel:

- freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Kaserne,
 - Ausstattung der Vertrauensleute der Mannschaften mit Rechten, die denen der Betriebsräte entsprechen,
 - Freizeitausgleich für Sonderdienste,
 - Auflösung der Militärgerichtsbarkeit ("Truppendienstgerichte"),
 - Auflösung der Bundeswehruniversitäten,
- weiter reichende Forderungen wären u.a.:

- Abschaffung der Kasernierung, der Formalausbildung, statt „Kadavergehorsam“ selbstverwaltende Organisation des Militärs durch die Soldatinnen und Soldaten,
- Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Offiziere durch die Soldatinnen und Soldaten.

(Das ist keine abschließende Aufzählung.)

4.

Das Treffen zur Beratung von Wehrpflichtigen regt die gewerkschaftliche Organisation der Wehrpflichtigen an, um zumindest eine Vertretung für die unmittelbaren Interessen zu haben.
Ein Arbeitskreis beim DGB ist einer Vertretung durch eine Einzelgewerkschaft vorzuziehen.

5.

In dem Fall, dass es bei diesen Aktivitäten in nennenswertem Umfang zu Kontakten außerhalb der Partei kommt, stößt dieses Treffen zur Beratung von Wehrpflichtigen die Bildung einer antimilitaristischen Soldat*innengruppe an. Diese ist parteiunabhängig.

Die Grundlagen im Sinne dieses Antrags werden von dem Treffen zur Beratung von Wehrpflichtigen laufend aktualisiert und fortentwickelt.

Begründung und Anmerkungen

Im politischen Mainstream gilt die NATO als ein Bündnis, das die Freiheit, die Menschenrechte und die Demokratie verteidigt. Ein genauerer Blick zeigt, dass die NATO unter ihren Mitgliedern über mehrere Jahre Militärdiktaturen hatte (Portugal, Griechenland, Türkei) und auch heute mit Ungarn und der Türkei Regime duldet, deren demokratische Orientierung mindestens fragwürdig ist. Die NATO hat sich auch nicht auf Verteidigung beschränkt, sondern Angriffskriege im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien geführt, sowie in Afghanistan und Libyen (angeblich nur zur Verteidigung der Menschenrechte). NATO Mitgliedsstaaten haben eine Vielzahl von Angriffskriegen geführt, ohne dass dies innerhalb der NATO je als Problem gesehen wurde. Schon ohne tiefgehende Analyse wird deutlich, dass der politische Mainstream mit einer Falschbehauptung operiert. Neben der aggressiven Ausrichtung der NATO nach außen kann Militär auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Das erlaubt Art. 87a, Abs. 3 und 4 des Grundgesetzes. Die dortigen Formulierungen sind dehnbar genug, dass sie z.B. von einer undemokratischen, rechten Regierung leicht zu missbrauchen wären. Solche Einsätze sind schon von der Bundeswehr geübt worden. Bekannt wurde dies angesichts ein Übungslage, bei der ein Streik bei Henschel in Kassel zum Gegenstand eines militärischen Einsatzes wurde. Eine "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit", wie sie die Linke richtigerweise fordert, ist nicht nur durch eine entsprechende Ausrüstung mit Geräten und Waffen herzustellen. Gerade dabei ist die Unterscheidung zwischen Offensiv- und Verteidigungsfähigkeit schwierig bis unmöglich. Ein entscheidender Ansatzpunkt muss daher das Bewusstsein der Soldat*innen sein. Wehrpflichtige werden weit überwiegend aus der Klasse der Lohnabhängigen rekrutiert. Die Stärke der Herrschenden ist es, Lohnabhängige in Uniform auf solche in Zivil schießen zu lassen. Gleichzeitig ist

dies jedoch die Achillesferse. Um die Zuverlässigkeit der Soldat*innen im Sinne der Militaristen zu gewährleisten, werden eine Vielzahl von Mechanismen eingesetzt. Disziplinierung und Einschüchterung gehören ebenso dazu, wie die systematische Isolierung der Soldat*innen von der Zivilbevölkerung. So hat z.B. die Kasernierung keinen militärischen Sinn. Gewerkschaftliche Soldat*innengruppen sind ein sehr bescheidener Ansatz. Doch in politisch zugespitzten Situationen kann ihre Bedeutung wachsen.

Die Erfahrungen aus dem kalten Krieg haben gezeigt, dass Kriegsdienstverweigerung die Armee nicht schwächt. Eher noch werden "kritische Elemente" dadurch aus der Truppe ferngehalten. Gleichzeitig muss Kriegesdienstverweigerung als Recht auf Freiheit der eigenen Entscheidung, als Schutz vor staatlichem Eingriff in das Privatleben und aus allgemein humanitären Gründen verteidigt, und die Einschränkung der Verweigerung rein auf gewissensbezogene Gründe so schnell es geht überwunden werden. An ihre Stelle sollte die Anerkennung jeglicher persönlicher, politischer, glaubensbezogener und humanitärer Gründe rücken.

Der strategische Ansatz muss sein, die Isolation der Soldat*innen von der Zivilbevölkerung wo immer möglich zu durchbrechen. Die Verbindung der Lohnabhängigen mit und ohne Uniform soll hergestellt und vertieft werden. Die Bundeswehr muss konsequent demokratisiert werden. Militaristischer Indoktrination durch die Armeeführung, als "politischer Unterricht" verbrämt, soll etwas entgegengestellt werden. Einschüchterung und Disziplinierung soll nicht ohne Widerstand hingenommen werden. Dies ist nicht allein Aufgabe der Partei Die Linke. Bei passender Gelegenheit sollte eine entsprechende Bündnisarbeit aufgenommen werden.

Antrag A14: Wohnungspolitik für Hamburg

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Brigitte Basler (BV Altona, del-BV:MQ, Landesfinanzrevisionskommission), Marie Kleinert (BV Altona, del-BV:MQ, Abgeordnete), Natalia Wilhelmi (Landesvorstand, BV Altona, del-BV:MQ), Suzana Kamperidis (Landesvorstand, BV Altona, del-BV:MQ), Ralf Dorschel (BV Altona, del-BV:OL), Yavuz Fersoglu (BV Altona, del-BV:OL), Annabel Sophie Reich (BV Altona, del-BV:MQ), Valentin Schroeteler (BV Altona, del-BV:OL, zzz_Absage 10.10.26, zzz_Absage 11.10.26), Norbert Grosz (BV Altona, del-BV:OL), Rolf Entgelmeier (BV Altona, del-BV:OL), Kolja Rosemann (BV Altona, del-BV:OL), Jan Libbertz (BV Eimsbüttel, del-BV:OL, Abgeordnete), Heike Faust-Benecke (BV Eimsbüttel, del-BV:MQ), LAG Demokratische Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wohnungspolitik für Hamburg

2 Unsere Partei hat drei herausragende Ziele in der Mietenpolitik für ein
3 lebenswertes Hamburg:

4

5 1. SAGA wieder gemeinnützig machen

6 Wir wollen die SAGA wieder stärker gemeinwirtschaftlich ausrichten – ggfs. auch

mit dem politischen Mittel eines Volksentscheids. Überschüsse der SAGA sollen vorrangig für Neubau, Instandhaltung, Klimaschutz und eine dauerhaft preisdämpfende Mietenpolitik eingesetzt werden. Die SAGA soll wohnungspolitisches Instrument der Stadt sein und nicht vorrangig der Finanzierung des allgemeinen Haushalts dienen. Kein Senat soll die Mieten für seine politischen Zwecke missbrauchen.

2. Hamburg enteignet

In Hamburg sollen die Wohnungen den Menschen zum Wohnen dienen. Es darf keinen Platz in unserer Stadt für Wohnungskonzerne und -eigentümer*innen geben, die mit unseren Mieten Gewinne machen. Sie dürfen nicht darüber bestimmen, wer sich das Leben in unserer Stadt leisten kann. Deshalb unterstützen wir die Initiative „Hamburg enteignet“ und ihr Ziel, große profitorientierte Wohnungsbestände in eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung zu überführen.

3. Mietenkampagne

Mit dem Mietendeckel, dem Verbot von Staffel- und Indexmieten, der konsequenten Verfolgung und Bestrafung von Leerstand sowie Wuchermieten und gemeinnützigem, öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau werden wir die schlimmsten Auswüchse der Mietenpolitik bekämpfen. Wir unterstützen die Aktionen der Bezirksverbände, die diese Forderungen in Stadtteilen, Quartieren und Nachbarschaften sichtbar machen und setzen gemeinsam die bundesweite Mietenkampagne um. Gleichzeitig unterstützen wir auch die bundesweite Kampagne „Mietendeckel jetzt.“

Begründung und Anmerkungen

Weitere Antragstellende: Bezirksvorstand Eimsbüttel

Wohnsituation in Hamburg:

Hamburg ist eine Stadt der Mieterinnen und Mieter. Ende 2025 lebten 1.869.473 Menschen in der Stadt. Gleichzeitig gab es 1.010.584 Wohnungen. Die Eigentumsquote ist niedrig: Nach dem Mikrozensus 2022 lebten nur 20,3 Prozent der Hamburger Haushalte in selbst genutztem Wohneigentum.

Der Wohnungsbestand verteilt sich auf sehr unterschiedliche Eigentümergruppen. Der Zensus 2022 weist 34,1 Prozent aller Wohnungen als Eigentum von Privatpersonen aus, weitere 18,7 Prozent liegen in Gebäuden von Wohnungseigentümergeinschaften. Eine belastbare amtliche Zahl der „kleinen Eigentümer:innen“ selbst gibt es nicht. Als Näherungsgröße zeigt der Zensus: 174.346 der 260.630 Hamburger Gebäude mit Wohnraum gehörten Privatpersonen. Das sind 66,9 Prozent der Gebäude; daraus lässt sich aber nicht die Größe der Gebäude oder die Zahl der Vermieter*innen ableiten.

Die SAGA verfügte Ende 2025 über 140.313 Mietwohnungen. Die Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften geben für ihren Bestand aktuell rund 135.000 Wohnungen an. Zusammengekommen prägen damit kommunale und genossenschaftliche Anbieter*innen einen erheblichen Teil des Hamburger Mietwohnungsmarkts.

Auch große private Wohnungskonzerne besitzen erhebliche Bestände in Hamburg. Vonovia weist zum 30. Juni 2026 für den Regionalmarkt Hamburg 18.742 Wohnungen aus. Heimstaden verfügte nach dem Zukauf von 513 Wohnungen im Jahr 2022 über mehr als 4.000 Hamburger Wohnungen. Hinzu kommen Bestände weiterer großer, finanzmarkt- oder konzernorientierter Eigentümer, etwa Covivio. Für diese Unternehmen liegt jedoch keine einheitliche, aktuelle und öffentlich belastbare Hamburger Bestandszahl vor. Allein

Vonovia und Heimstaden halten damit zusammen mehr als 22.700 Wohnungen in Hamburg.

Bei den Mieten muss zwischen Bestands- und Neuvermietungsmieten unterschieden werden. Der Hamburger Mietenspiegel 2025 weist für den erfassten Bestand eine mittlere Nettokaltmiete von 9,94 Euro je Quadratmeter aus. Wer dagegen 2025 eine Wohnung neu anmieten musste, traf auf deutlich höhere Marktmieten: Die Wohnungsmarktstudie des Gymnasiums Ohmoor ermittelte im Durchschnitt 15,62 Euro je Quadratmeter. Die SAGA lag 2025 mit durchschnittlich 7,56 Euro je Quadratmeter deutlich darunter; auch Genossenschaftswohnungen liegen im Durchschnitt klar unter dem allgemeinen Marktniveau.

Die soziale Folge der hohen Wohnkosten ist erheblich. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg weist für Hamburg eine Wohnarmutsquote von 26,8 Prozent aus. Gemeint sind Menschen, deren verfügbares Einkommen nach Abzug der Wohnkosten unter der Armutsgrenze liegt. Auf die Hamburger Bevölkerung übertragen entspricht das grob einer halben Million Menschen. Die früher genannte Zahl von 250.000 ist daher für diese Kennziffer unzutreffend.

SAGA:

Hamburg hat ein Juwel in seinen Händen. Die SAGA versorgt ganz Hamburg mit über 140.000 Wohnungen. Wohnungen, in denen Hamburgerinnen und Hamburger günstig leben könnten. Wohnungen, die Ursprung einer pulsierenden Nachbarschaft sein könnten. Wohnungen, in denen Familien wachsen könnten.

Doch der Hamburger Senat entscheidet sich für Ausbeutung. Die SAGA ist ein wirtschaftlich sehr starkes Unternehmen. 2025 erzielte der Konzern einen Jahresüberschuss nach Steuern von 238,1 Millionen Euro – obwohl er rund 700 Millionen Euro in Neubau, Modernisierung, Bestandspflege sowie den Ankauf von Grundstücken und Projektentwicklungen investierte. Der Jahresüberschuss entspricht rechnerisch rund 1.700 Euro je SAGA-Mietwohnung; diese Rechnung darf allerdings nicht mit einem „Gewinn pro Wohnung“ gleichgesetzt werden, weil das Konzernergebnis nicht ausschließlich aus der Wohnungsvermietung stammt. Dem Senat reicht dieser Gewinn noch nicht. Alle 15 Monate werden die Mieten erhöht, um mit den Gewinnen Haushaltslöcher zu schließen und eine verfehlte Finanzpolitik zu rächen. Alle paar Monate stellt sich der Finanzsenator vor die Kameras und rechnet grinsend vor, wie hoch die Gewinne aus den Mieten in den kommenden Jahren steigen sollen.

Wir wollen die Wohnungen der SAGA nicht verkommen lassen. Wir wollen nicht unsere Nachbarinnen und Nachbarn ausnehmen. Mit der SAGA können wir eine lebendige Stadt gestalten. Dafür muss die SAGA den Hamburgerinnen und Hamburgern gehören. Wird die SAGA in eine gemeinnützige Gesellschaftsform überführt, können all diese Ziele zum Wohle unserer Stadt erfüllt werden.

Hamburg enteignet:

Hamburgs hohe Mieten werden weder durch Neubau noch durch eine gemeinwohlorientierte SAGA alleine gesenkt. Der bestehende Wohnungsmarkt ist auf die Interessen von Investor*innen ausgerichtet. Ob kleine oder große Wohnungsbestände: Wohnungen zu vermieten soll möglichst viel Geld einbringen. Das Geld kann nur von den Mieterinnen und Mietern kommen. Gerade große Wohnungskonzerne treiben die Mieten in die Höhe, lassen Wohnungen verkommen und ignorieren oder verstoßen bewusst gegen geltendes Recht.

Während Architekt*innen unsere Häuser planen, Bauarbeiter*innen die Häuser errichten, Techniker*innen die Räumlichkeiten ausstatten und Mieter*innen arbeiten gehen, um all das zu finanzieren, halten die Eigentümer*innen die Hände auf. Hier wird nicht nur der Gedanke einer Leistungsgesellschaft ins Absurde geführt, es zeigt sich auch gleich die Wurzel des Problems: Arbeit wird nicht wertgeschätzt und einzig die Rechte am Eigentum werden belohnt. Diese Rechte am Eigentum verschaffen immer größere Gewinne ohne jede Leistung erbringen zu müssen. Daran leiden wir Hamburgerinnen und Hamburger, die Wirtschaft und alle gerecht Denkenden. Drehen wir den Spieß endlich um, holen uns unsere Stadt zurück

und enteignen die großen Wohnungskonzerne.

Mietenkampagne:

Bezahlbares Wohnen entscheidet sich nicht allein im Rathaus oder in der Bürgerschaft. Wir wollen die Auseinandersetzung um die Mieten in die Stadtteile, Quartiere und Nachbarschaften tragen.

Wir unterstützen Haustürgespräche, Sozialangebote und alle weiteren Aktionen der Bezirksverbände um den Kampf für bezahlbare Mieten zum Thema unserer Nachbarschaften zu machen. Gemeinsam wollen wir unsere Nachbar*innen mobilisieren, sie über ihre Rechte aufklären und zum Kampf für eine bessere Gesellschaft motivieren. Damit bereiten wir die Grundlage für die erfolgreiche Durchsetzung der bundesweiten Mietenkampagne.

Unsere Vorarbeit sorgt für Überzeugung und Verständnis. Wir bringen unsere Nachbarinnen und Nachbarn für eine Wohnungspolitik zusammen, die Ihre Interessen vertritt. Wir überzeugen unsere Nachbarinnen und Nachbarn davon, den Kampf für ihre Interessen aufzunehmen. Es gilt, jahrzehntelange Propaganda aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben, Vertrauen in eine bessere Zukunft und in die eigene Kraft zu schaffen. Dafür müssen wir auf die Straße, an die Haustüren und ins Gespräch kommen.

Antrag A15: Regelanfrage

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	LAG Innenpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Wir sind gemeint! Gemeinsam, informiert und** 2 **solidarisch gegen die Regelanfrage**

- 3 Der Landesvorstand informiert die Mitglieder der Landespartei über die zum 1.
4 August eingeführte Regelanfrage. Hierbei erläutert er, was diese für die
5 Mitglieder bedeutet, wie sich die Mitglieder im Falle einer Betroffenheit wehren
6 können und weist auf bestehende Beratungsangebote hin.
- 7 Der Landesverband unterstützt das Bündnis gegen Berufsverbote.
- 8 Der Landesverband unterstützt Mitglieder im Falle einer Betroffenheit bei einer
9 Verfolgung ihrer Rechte, solange die Betroffenheit aus der Verfolgung von Zielen
10 resultiert, welche mit denen der Partei übereinstimmen. Diese Unterstützung soll
11 im Falle von hinreichenden Erfolgsaussichten der Rechtsverfolgung und einem
12 ansonsten fehlenden Rechtsschutz der Betroffenen auch eine finanzielle sein.

Begründung und Anmerkungen

Die Einführung der Regelanfrage wurde am 17. Juni 2026 in der Bürgerschaft beschlossen. Hiergegen wandte sich von den demokratischen Parteien in der Bürgerschaft nur Die Linke. Die Regelanfrage ist in § 34a des Hamburgischen Sicherheitsüberprüfungs- und Geheimschutzgesetzes (HmbSÜGG) geregelt. Seit dem 1. August 2026 wird die Regelanfrage von Hamburger Behörden umgesetzt.

Dies hat für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erhebliche Folgen:

Bei jeder Einstellung oder Verstetigung der Beschäftigung (also zum Beispiel Übernahme nach der Ausbildung) in den öffentlichen Dienst erfolgt die Regelabfrage. Ebenso geschieht dies bei einem Wechsel innerhalb des öffentlichen Dienstes in einen „besonders schützenswerten öffentlichen Bereich“ (Polizei, JVA-Bedienstete, Justiz, alles mit Minderjährigen, sicherheitsrelevante Infrastruktur, ausländerrechtliche Angelegenheiten und weitere Bereiche – siehe § 34a Abs. 2 Satz 6 SÜGG). Auch beispielsweise studentische Hilfskräfte an den Hamburger Universitäten zählen dazu. Bisher nicht betroffen sind (angehende) Beschäftigte der öffentlichen Unternehmen (zum Beispiel die SAGA).

Die Regelanfrage erfolgt derart, dass im Falle einer grundsätzlich beschlossenen Einstellung die Personalstelle das Landesamt für Verfassungsschutz um „Erkenntnisse“ zu der konkreten Person anfragt. Diese Erkenntnisse erstrecken sich auf Eintragungen in den Akten aller Ämter für Verfassungsschutz in ganz Deutschland. Im Falle von vorliegenden Eintragungen in der Akte informiert der Verfassungsschutz die Personalstelle. Diese entscheidet daraufhin, ob die Einstellung trotz Eintragungen erfolgen soll. Vor einer ablehnenden Entscheidung ist die betroffene Person von der Personalstelle anzuhören.

Dieser Vorgang ist höchst kritisch zu sehen. Denn das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz hält beispielsweise schon eine antikapitalistische Grundhaltung für verfassungsfeindlich, weil es diese unzulässigerweise mit einer Ablehnung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde verknüpft. Aus diesem Grund und mit Blick in die Berichte des Landesamts ist anzunehmen, dass unter anderem beispielsweise das Bündnis „Wer hat, der gibt“ und die Volksinitiative „Hamburg Enteignet“ vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Anzunehmen ist weiter die Beobachtung einer Vielzahl von linken Organisationen in Hamburg. Denn auch antifaschistische Bestrebungen aus der Zivilbevölkerung werden vom Verfassungsschutz traditionell überwacht. Die Landesämter in anderen Bundesländern beobachten ebenso teils sehr extensiv die linke Szene. Auch deren Informationen, welche in einer gemeinsamen Datenbank gesammelt werden, sind bei der Regelanfrage betroffen.

Es ist vor diesem Hintergrund anzunehmen, dass viele unserer Mitglieder und andere links orientierten Personen in Organisationen aktiv sind, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden und dass sie daher bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst von der Regelanfrage betroffen sein werden. Zwar ist bisher auf Grund der kurzen Dauer noch keine Linie der Personalämter im Umgang hiermit erkennbar. Auch ist bisher unklar, wie weitgehend die Informationen sind, die Betroffene im Zuge ihrer Anhörung erhalten. Es ist aber davon auszugehen, dass aus Gründen des Quellenschutzes und um die weitere Sammlung von Informationen nicht zu gefährden, keine weitergehenden Auskünfte erfolgen werden, zumindest nicht an die Betroffenen. Und es ist weiter davon auszugehen, dass die Personalämter im Regelfall nicht darauf erpicht sein werden, aus ihrer Sicht „gefährliche Verfassungsfeinde“ einzustellen. Unsere Mitglieder müssen über diese Umstände umfassend informiert werden.

Vor diesen Hintergründen ist auf dem aufgezeigten Wege eine Rückkehr der Berufsverbote des Radikalenerlasses zu befürchten, welche die Hamburger Bürgerschaft im Jahr 2018 als unrühmliches Kapitel bezeichnet hatte. Noch im Sommer 2022 bat Carola Veit als Präsidentin der Bürgerschaft in deren Namen die damaligen Betroffenen um Entschuldigung.

Zu beachten ist, dass – vor Allem junge – Progressive schon ohne eine tatsächlich stattfindende Beobachtung betroffen sind. Denn die bloße Drohung mit einem möglichen Berufsverbot führt bei vielen jungen Leuten, die sich um ihre berufliche Zukunft sorgen, bereits zur Selbstzensur.

Dem „Bündnis gegen Berufsverbote“, das schon im Vorfeld gegen die Regelanfrage mobilisiert hatte, und das weiterhin politisch zu diesem Thema arbeitet, gebührt unsere Unterstützung. Auch ansonsten müssen wir helfen, Widerstand gegen die Regelanfrage zu organisieren. Ebenso müssen wir unsere Solidarität mit Betroffenen zeigen.

Im Falle der Ablehnung der Einstellung oder der Übernahme in den öffentlichen Dienst oder des Wechsels innerhalb des öffentlichen Dienstes können Betroffene sich zunächst außergerichtlich und anschließend gerichtlich gegen diese Ablehnung zur Wehr setzen. Dabei können auch die „Erkenntnisse“ der Verfassungsschutzbehörden gerichtlich überprüft werden. Auf diese Möglichkeit, inklusive der möglichen Unterstützung, etwa durch die Gewerkschaften und das Bündnis gegen Berufsverbote, ist vom Landesverband hinzuweisen. Eine erste kostenlose Beratung wird vom Bündnis gegen Berufsverbote im Linkenbüro in der Schopstraße in Eimsbüttel angeboten. Solch eine Gegenwehr ist jedoch mit finanziellen Kostenrisiken verbunden, spätestens jedenfalls, wenn ein Widerspruch eingelegt wird. Für Betroffene, die aber gerade nicht den angestrebten Arbeitsplatz erhalten haben und auch nicht gewerkschaftlich oder durch eine sonstige Rechtsschutzversicherung abgesichert sind, können diese Kosten enorm abschreckend wirken. Aus diesem Grund soll sich die Partei an den Kosten eines solchen Verfahrens ihrer Mitglieder beteiligen, so hinreichende Erfolgsaussichten vorliegen. Im Erfolgsfall werden die Kosten staatlicherseits erstattet, sodass sie in diesen Fällen der Partei nicht zu Last fallen würden.

Antrag A16: Wissen schafft Zukunft: Für die Ausfinanzierung der Hamburger Hochschulen zum Allgemeinwohl

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	AG Studierendenpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wissen schafft Zukunft: Für die Ausfinanzierung der 2 Hamburger Hochschulen zum Allgemeinwohl

3 „Wissenschaft wird als solidarische Bemühung von Menschen in methodisch
4 ausgewiesener und zielbewußter Erkenntnisarbeit gegen die Irrationalität der
5 natürlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unternommen, damit die Erde als
6 der einheitlich gemeinsame Lebensraum einer brüderlichen Menschheit in Frieden
7 bewohnt und mit Vernunft genutzt wird.“

8 (Peter Fischer-Appelt/Johannes Berger: Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele
9 der Bundesassistentenkonferenz, 1968)

10 „Dabei haben wir immer betont, dass die finanzielle Ausstattung der Hochschulen
11 nur eine Bedingung, aber nicht die alleinige Voraussetzung für die Schaffung
12 oder den Erhalt von exzellenter Forschung ist. Begrenzte öffentliche Mittel
13 können nämlich auch Initiator für eine stärkere Fokussierung und Profilbildung
14 sein. Das wiederum kann dabei helfen, Exzellenz entstehen zu lassen. Dadurch
15 wird es ermöglicht, leichter, besser und enger mit der Wirtschaft
16 zusammenzuarbeiten.“ (F.H. Melsheimer, Präses der Handelskammer Hamburg. In:
17 „hamburgerwirtschaft“, Juli 2014)

18

19 Die Linke Hamburg unterstützt die Proteste der Hochschulen und ihrer Mitglieder

gegen die vom Hamburger Senat forcierten Kürzungen und für die auskömmliche Finanzierung.

Seit Jahrzehnten verweigert der Hamburger Senat den Hochschulen ausreichende Finanzmittel – entgegen der sozialen Öffnung, gewachsenen Aufgaben und Kosten.

Mit dem Haushaltsentwurf der Stadt für 2027/28 drohen jetzt weitere Verschärfungen: Ganze Studiengänge stehen vor dem Aus, Gebührenerhöhung und Studienplatzabbau würden die soziale Selektion massiv verschärfen, Stellenstopps treiben Stress und Arbeitsverdichtung bei Beschäftigten weiter voran, Streichung von Promotionsstellen würde den akademischen Mittelbau und damit Lehre und Forschung schwächen.

Ein sofortiger politischer Kurswechsel ist erforderlich: Für die Lösung der gesellschaftlichen Krise brauchen wir mehr Wissenschaft – zum allgemeinen Wohl statt der mit den massiven Kürzungen aufgedrängten Drittmittel- und Profitorientierung. Dafür haben bereits im Juni 2026 über 7.000 Menschen demonstriert: Wissen schafft Zukunft!

Bildung und Wissenschaft ausbauen statt abbauen – zum Allgemeinwohl

Die auskömmliche Grundfinanzierung ist notwendige Basis für demokratische Wissenschaft. Das geht alle an! Denn es geht um:

- sozial offene Hochschulen für die Bildung mündiger Persönlichkeiten – für alle!
- zivile Entwicklung: Massiver Ausbau von Friedenwissenschaft mit Friedensforschungsinstituten und Zivilklauseln (Verbot von Militärforschung) als gemeinsame Leitlinie
- wissenschaftliches Engagement für einen „New Deal“ mit massiven staatlichen Investitionen in den Sozialstaat
- Inklusion – überall in der Gesellschaft, mit Bildung und für demokratische Teilhabe
- Geschichtsbewusste Kulturarbeit mit dem humanistischen Erbe in Schrift, Ton, Bild, Form und Darstellung – zur Völkerverständigung
- Ingenieur- und Naturwissenschaften im Dienst des Menschen, u.a. zur Bewältigung und sozialen Überwindung der Klimakrise
- Menschenwürdige, öffentliche Gesundheitsversorgung und -bildung mit dem Menschen und nicht dem Profit im Mittelpunkt
- Engagierte Rechtswissenschaft für die Verwirklichung von Menschen- und Grundrechte
- Demokratische Infrastruktur- und Stadtentwicklung für soziale, nachhaltige und inklusive Bau- und Raumgestaltung

Wer die Wissenschaft dauerhaft unterfinanziert, schränkt die Hochschulen ein, für eine Gesellschaft zu arbeiten, in der alle menschenwürdig leben können. Das Geld dafür ist reichlich vorhanden! Bereits jetzt verjähren in Hamburg hunderte Millionen nicht eingezogener Steuergelder – allein 2025 gut 263 Mio. €. Eine Erhöhung der Steuer auf Vermögen oder Erbschaft und die Rücknahme der massiven Rüstungsausgaben würden politische Gestaltungsmöglichkeiten erheblich ausbauen. Es braucht sinnvolle öffentliche Investitionen statt der „Schuldenbremse“. Fakt

ist: Jeder investierte Euro in die Wissenschaft bringt zwei bis drei Euro an
Wirtschaftswachstum und schafft gute Arbeitsplätze.

Kämpfen lohnt sich!

Die Geschichte zeigt: Wissenschaft in Bewegung wirkt! Vom demokratischen Ausbau
der Hochschulen von 1968, über die Abschaffung der Studiengebühren und die
großen Ausfinanzierungsprotesten 2011 bis heute: Die sofortige Korrektur des
Haushaltsentwurfs zu Gunsten von Bildung und Wissenschaft sowie von Sozialem,
Gesundheit, Kultur, Nachhaltigkeit und Arbeit ist dringend erforderlich.

Die Linke beteiligt sich an der für November geplanten, hochschulübergreifenden
Demonstration für:

- Sofortige Erhöhung der Hochschul-Grundetats zum Ausgleich des strukturellen Defizits.
- Eine dynamische, inflationsangepasste Grundfinanzierung mindestens in Höhe der realen Kostenentwicklung bei Tarifsteigerungen und Sachkosten sowie der realen Aufgaben.
- Die Bereitstellung von Ressourcen zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Studiensystems, die am Gemeinwohl orientiert ist.
- Den Ausbau von Studienplätzen zur Stärkung der sozialen Öffnung.
- Gute Studien- und Arbeitsbedingungen – beispielgebend für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

In diesem Sinne wird sich die Linke Hamburg in die Haushaltsauseinandersetzung
außerparlamentarisch und parlamentarisch einmischen: Jetzt erst recht für eine
soziale und zivile Wende!

Zur Mobilisierung der Linken für die Demonstration im November wird ein Budget
von 1500,00 Euro Hamburg bereitgestellt.

Antrag A17: Für mehr Sensibilität und Wissen im Umgang mit Diskriminierung - Antisemitismus stoppen

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	LAG Gegen jeden Antisemitismus, LAG Demokratische Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Verantwortung übernehmen und Glaubwürdigkeit
wahren:**

Eine mögliche Strategie zur Aufklärung und Bekämpfung

über/von Antisemitismus

Wir begrüßen den Beschluss des Bundesparteitages vom 21.6.2026 „Gegen jeden Antisemitismus“. Zur Umsetzung dieses Beschlusses in Hamburg wird der Landesvorstand aufgefordert, mindestens zweimal im Jahr Bildungs- und Dialogveranstaltungen zu planen und durchzuführen, die über Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen aufklären und damit zur Bekämpfung jüdenfeindlicher Narrative beitragen. Weiter wird der Landesvorstand aufgefordert, allen in der oder für die Partei in Hamburg Ämter bekleidenden Genoss*innen, regelmäßig durch dafür erprobte Organisationen wie z.B. die RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus), die Amadeu-Antonio-Stiftung, möglichst unter Einbeziehung von Organisationen, die für die jüdische Community in Hamburg repräsentativ sind, Schulungen anzubieten und diese auch in den Kanon der Aktivist*innen-Schulung einzubauen. Damit sensibilisieren wir uns als Landesverband, um Antisemitismus zu erkennen, zu benennen und ihm entschlossen entgegenzutreten. Eine kritische Auseinandersetzung mit eigenen, verinnerlichten antisemitischen Überzeugungen soll angeregt und begleitet werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft Gegen jeden Antisemitismus steht dabei beratend zur Seite.

Begründung und Anmerkungen

Jüdinnen*Juden in Hamburg erleben gerade in jüngster Zukunft vielerlei gewaltvolle Übergriffe. Auch im Partei*innenumfeld gibt es Bedrohungslagen, jüdische Genoss*innen treten aus, weil sie sich nicht sicher fühlen. Das kann Die Linke so nicht hinnehmen und muss Betroffene ernst nehmen. Dazu verpflichtet uns nicht nur das Erfurter Programm oder unser historisches Erbe, sondern vor allem unsere Menschlichkeit. Wir müssen Jüdinnen*Juden wie jede andere marginalisierte Gruppe unserer Gesellschaft schützen. Aus erster Hand wissen wir, dass z.B. jüdische Studierende alltäglich belästigt werden, zum Teil Polizeischutz bekommen oder sogar ihren Namen ändern, um sich sicherer zu fühlen. Einige Aggressionen kommen dabei traurigerweise ebenfalls aus linken Kreisen, auch wenn das regelmäßig bestritten wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass jüdische Menschen, ob gläubig oder nicht, oder ihre solidarisch Verbündeten, bedroht und diffamiert werden. Die Linke Hamburg muss ihren Teil dazu beitragen, dass alle Menschen, unabhängig von Glauben, Herkunft oder anderer Identitätsmerkmale sicher hier vor Ort leben können. Wir würden es darüber hinaus begrüßen, wenn diese Art von Sensibilisierung und Bildung auch auf andere Formen und Bereiche von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgeweitet wird, um alle marginalisierten und von Diskriminierung betroffenen Menschen besser zu schützen.

Antrag L01: Es reicht! Kürzt euch doch selbst!

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Es reicht! Kürzt euch doch selbst!**

2 Auf dem Bundesparteitag 2025 haben wir als Die Linke entschieden, die Hoffnung
3 organisieren zu wollen.

4 Und auf dem Bundesparteitag 2026 haben wir als Die Linke entschieden, dass dafür
5 der Widerstand organisiert werden muss.

6 Und das ist dringend notwendig. Die Kriegsgefahr steigt, die Verbote der
7 Klimakatastrophe zeigen sich immer deutlicher, die soziale Spaltung wächst und
8 die Rechte ist weiter auf dem Vormarsch. In der aktuellen Gesellschaftsunordnung
9 des autoritären Neoliberalismus stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir gerade
10 eine Krise des Kapitalismus erleben, sondern allenfalls wie viele.

11 Die Angriffe der Bundesregierung auf grundlegende Errungenschaften eines
12 solidarischen Miteinanders verkauft uns die Regierung Merz euphemistisch als
13 „Modernisierung des Sozialstaats“. Sie spricht von notwendigen harten
14 Entscheidungen, und dass wir über unseren Verhältnissen leben würden, und lobt
15 sich ohne rot zu werden im nächsten Satz für steigende Rüstungsausgaben.

16 Heute ist es die Aufrüstung, doch der Neoliberalismus findet immer ausreichend
17 Gründe für das Schreddern des Sozialstaats, wie New Labour und die Agenda 2010
18 eindrucksvoll bewiesen haben. Allerdings schaffen die Auflösung der sogenannten
19 Weltordnung, die Zunahme internationaler Krisen und Kriege sowie der aus dem
20 Gleichgewicht geratene internationale Handel zwei parallele Phänomene. Zum einen
21 ist das Kapital in diesen Zeiten geringen Wachstums auf der Suche nach sicheren
22 -am besten staatlich abgesicherten- Anlageformen, zum anderen steigt die Angst
23 in der Bevölkerung vor tatsächlichen oder auch nur wahrgenommenen Bedrohungen.
24 So wird ein gesellschaftliches Klima geschaffen, in dem selbst vermeintlich
25 progressive Stimmen die Wiedereinführung der Wehrpflicht fordern und ein
26 Drohnen-Startup nach dem anderen das Kapital der Investoren einwirbt, die sich
27 damit ein Stück vom Kuchen des 110 Milliarden Euro umfassenden
28 Verteidigungshaushalts sichern wollen.

29 Für uns hingegen bleibt nur die Aussicht auf mehr und längeres Arbeiten, eine
30 gekürzte Rente, weniger Wohngeld, keinen Therapieplatz, höhere Pflegekosten,
31 Überlastung der Hausärzt*innen, Entprofessionalisierung der Sozialen Arbeit,
32 weniger Unterhaltsvorschuss, Totalsanktionen, das Reißen jeder Klimaziele und
33 Grenzschießungen.

34 Die Regierung Merz organisiert den Generalangriff auf die sozialen
35 Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Das betrifft zuerst die sogenannten
36 „freiwilligen Leistungen“, wie die Integrationsangebote für Migrant*innen,
37 Hilfen für Wohnungslose, Drogen- und Suchtkrankenhilfe, die offene Kinder- und
38 Jugendarbeit, Frauenhäuser und weitere. Die Kürzungen der Leistungen im
39 Krankheits- und Pflegefall treffen ein sowieso schon angeschlagenes
40 Gesundheitssystem. Die geplante „Rentenreform“ mit der Absenkung des
41 Rentenniveaus, aber auch der Angriff auf die Hinterbliebenenrente werden die
42 jetzt schon gestiegene Altersarmut noch einmal verschärfen. Darüber hinaus droht
43 durch die Ausweitung der Arbeitszeit sowie Aufweichung des Kündigungsschutzes
44 eine Rolle rückwärts bei den Rechten der Arbeitnehmer*innen.

Diese Kürzungen wurden und werden auf Bundesebene vorbereitet, und zwar mit ausdrücklicher Unterstützung des Hamburger Finanzsenators Dressel, der selbst weitere Einschnitte beim Sozialstaat fordert. Es ist daher nur konsequent, dass der eingeschlagene Weg der Bundesregierung im Hamburger Haushalt weitergegangen wird. Der Anfang September in der Bürgerschaft vorgestellte Entwurf ist eine Katastrophe für die soziale Infrastruktur der Stadt. Die Ausgaben für Kinder und Jugendliche sowie die Schulbegleitung werden bereits jetzt zurückgefahren. Das droht die sozialen Fortschritte der letzten Jahrzehnte in den Bereichen Kinderrechte und Inklusion nachhaltig zu beschädigen. Gekürzt werden soll bei sozialer Integration, Obdachlosen- und Suchthilfe. Besonders hart trifft die Kürzungspolitik des Senats die Universitäten. Ihnen wird ein rigider Sparzwang aufgedrückt, der in der Konsequenz dazu führt, dass an Unis wie der HCU mehr als 20 Prozent des Personals verloren gehen wird. Statt in Bildung und Wissenschaft zu investieren, kürzt der Senat in diesen so wichtigen Feldern besonders radikal. Die Gebühren für Kitas und Schülern sollen erhöht werden. Gleichzeitig sind die Behörden kaum noch in der Lage die staatlichen Aufgaben zu organisieren und zu kontrollieren.

Es reicht!

Ob Gewerkschaften, Sozialverbände, Betroffeneninitiativen oder linke Aktivist*innen; sie alle sagen laut „Es reicht!“ und stellen sich dieser Politik der sozialen Kälte entgegen. Sie organisieren sich in Bündnissen und Netzwerken, auf Demos und Kundgebungen und im direkten Gespräch mit den Menschen. Sie bringen ihren Protest auf die Straße und vor das Hamburger Rathaus.

Kürzt euch doch selbst!

Das Geld für eine andere Politik wäre vorhanden, wenn der Senat denn willens wäre, den Rotstift einmal nicht bei den Armen dieser Stadt anzusetzen, sondern bei der eigenen Symbol- und Klientelpolitik. Über 260 Millionen Euro Steuerrückstände sind 2025 verjährt, Gesamtrückstände von 1,2 Milliarden werden nicht eingetrieben, weil die Finanzämter chronisch unterbesetzt sind. 600 Millionen Euro soll die Rettung des Elbtowers kosten, und 250 Millionen Euro gibt die Stadt für den Neubau der Kühne Oper aus. Und jährlich 3,4 Milliarden Euro gehen nach konservativer Schätzung jedes Jahr alleine durch die Aussetzung der Vermögenssteuer verloren.

Widerstand und Hoffnung

Dem Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften muss mit einem Generalangriff der sozialen Bewegung begegnet werden. Die Linke versteht sich als Teil dieser Protestbewegung gegen den sozialen Kahlschlag und gegen die zynische Rhetorik einer Kriegstüchtigkeit im Namen der Friedenssicherung. In der parlamentarischen Arbeit beraten wir uns intensiv mit Gewerkschaften und Sozialverbänden für eine gemeinsame Linie im Sinne der Beschäftigten und der Menschen unserer Stadt. Als Partei arbeiten wir mit verschiedenen Initiativen und zivilgesellschaftlich Engagierten im Bündnis unkürzbar gegen Sozialabbau und Aufrüstung. Und als Mitglieder unserer Partei arbeiten wir jeden Tag daran, im Gespräch mit unseren Nachbar*innen und Kolleg*innen und bei Aktionen unserer Bezirksverbände und Stadtteilgruppen, die Menschen zu überzeugen in Widerspruch und Widerstand gegen die unsoziale Politik von CDU, SPD und Grüne in Bund und

91 Land zu gehen.
92 Die Linke versteht sich als Pol der Hoffnung. In diesen krisenhaften Zeiten
93 können wir uns nicht darauf beschränken, Widerstand gegen geplante Kürzungen zu
94 organisieren, denn der Erhalt des Status Quo allein wäre auch nur der Erhalt von
95 Kinder- und Altersarmut, Niedriglöhnen, Rassismus und Polizeigewalt. Als Linke
96 müssen wir diejenige politische Kraft sein und bleiben, die den Menschen wieder
97 glaubhaft vermitteln kann, dass ein besseres Leben für sie, eine gerechtere Welt
98 für uns alle weiterhin möglich ist. Das ist unsere Aufgabe, sei es in der
99 Gestaltung konkreter Politik vor Ort wie auch in dem Aufzeigen der Möglichkeiten
100 einer demokratisch sozialistischen Gesellschaft.
101 Denn nur eine solche Gesellschaft wird die zukünftigen Herausforderungen
102 meistern können.
103 Nur eine solche Gesellschaft kann das gute Leben für Alle organisieren – in der
104 solidarischen Stadt von morgen!

Antrag L02: Von der antifaschistischen Haltung in die Handlung kommen

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	LAG Antifa
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Von der antifaschistischen Haltung in die Handlung 2 kommen

3 Die Rechtsentwicklung in Deutschland ist inzwischen unverkennbar. Für politisch
4 Linke ist es essenziell, anzuerkennen, dass dies keine zufällige Entwicklung,
5 sondern das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik ist. Im Schatten von
6 stagnierenden Löhnen, steigenden Preisen, Aushöhlung des Sozialstaats,
7 Unterversorgung der Kommunen und Verunsicherungen über die Weltlage, finden
8 populistische Rhetorik, Sündenböcke und Rassismus Anklang. Konservative Parteien
9 setzen Inhalte durch, die nicht von dem Programm der AfD zu unterscheiden sind.

10 Wieder sehen wir, dass die herrschende Klasse hierbei als Steigbügelhalter für
11 den Faschismus agiert: Sie finanzieren nicht nur faschistische Parteien wie die
12 AfD, sondern auch außerparteiliche Organisationen, Lobbyorganisationen,
13 Desinformationskampagnen und Weiteres.

14
15 Der Kampf gegen den Faschismus ist untrennbar mit dem Kampf gegen seine
16 gesellschaftlichen Voraussetzungen verbunden. Wenn Löhne unter Druck geraten,
17 Mieten steigen und sich Reichtum und Macht konzentrieren, können rechte Kräfte

soziale Ängste rassistisch und nationalistisch umdeuten. Unsere Antwort ist die solidarische Organisation der arbeitenden Klasse über Herkunft, Geschlecht und Aufenthaltsstatus hinweg. Antifaschismus heißt deshalb auch, soziale Kämpfe zu stärken und gemeinsam mit Gewerkschaften, Mieter*inneninitiativen, migrantischen Organisationen und sozialen Bewegungen gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen.

Extrem rechte, rassistische, sexistische und queerfeindliche Politik finden immer mehr Anklang in der bürgerlichen Mitte, der arbeitenden Klasse und der Jugend. Die Inklusion in der Schule ist in Gefahr, Obdachlose, Migrant*innen, Mitglieder der LGBTQIA+ Community und politisch Linke sind immer häufiger gewalttätigen Angriffen ausgesetzt, Lehrer*innen werden unter Vorwand der Neutralitätspflicht von politischer Aufklärungsarbeit und dem Schutz der Demokratie abgehalten. Auch wenn wir aus Solidarität und nicht aus Eigennutz handeln muss klar sein: Im Falle eines faschistischen Regimes in Deutschland wird es uns alle treffen.

Auch in Hamburg nimmt die rechte Präsenz zu. Rechtsextreme, rassistische, völkische und sozialdarwinistische Positionen werden sichtbarer und selbstverständlicher. Sowohl auf der Straße, im Parlament, als auch im Alltag. Das lässt sich nicht allein an Zahlen messen. Rechte Bedrohung bedeutet für viele Hamburger*innen schon heute, angefeindet, eingeschüchtert, ausgeschlossen und angegriffen zu werden.

Den Mitgliedern der Partei Die Linke ist diese Entwicklung bekannt; die Haltung des Antifaschismus ist einer der Grundsätze unserer Politik. Doch der Antifaschismus darf nicht bloß eine innere Haltung bleiben. Die Geschichte zeigt: Selbst, wenn sich antifaschistische Kräfte zahlreich organisieren und gegen den Faschismus ankämpfen, können sie unterliegen. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und früh damit beginnen, die antifaschistische Organisation verstärkt als Priorität verstehen, um uns den faschistischen Kräften in unserer Gesellschaft mit Wissen, Haltung und Militanz entgegenzustellen.

Wer von extrem Rechten eingeschüchtert, bedroht, angegriffen, ausgegrenzt wird, soll sich auf uns verlassen können. Bei der Verteidigung der Grund- und Menschenrechte, der erkämpften demokratischen, emanzipatorischen Errungenschaften – der Arbeiter*innenbewegung, der Frauenbewegung und anderer fortschrittlicher Bewegungen -, beim Kampf gegen die Angriffe auf Vielfalt, gegen Ausgrenzung, gegen die völkische Umgestaltung des Bildungswesens oder die Angriffe auf die Freiheit der Kunst unterstützen wir euch. "Wir kämpfen an eurer Seite", muss unsere Botschaft, aber vor allem unsere Praxis sein.

Forderungen

Der Landesparteitag beschließt:

- Die LAG Antifa, unterstützt und finanziert vom Landesvorstand, hält regelmäßige, landesweite, antifaschistische Konferenzen ab. Im Mittelpunkt

soll die Frage nach erfolgreichen Strategien im Kampf gegen Faschismus stehen.

Thematisiert werden soll auch, wie die Linke durch den besonderen Schutz, den sie als Partei genießt, außerparteiliche Strukturen unterstützen kann. Eingeladen werden Expert*innen und Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen, sozialen und migrantischen Vereinen, Initiativen, Gruppen, Bündnissen und Organisationen, gewerkschaftliche Aktive, aber auch andere Landesarbeitsgemeinschaften, da wir Antifaschismus als Querschnittsthema verstehen und interdisziplinär betrachten müssen. Zur Planung und Umsetzung dieser wird ein offener Arbeitskreis gegründet, in welchem die LAG Antifa, der Landesvorstand und weitere an der Planung interessierte Landesarbeitsgemeinschaften, Bündnisse, Organisationen, Initiativen, Vereine und Gruppen vertreten sind. Dieser trifft sich in regelmäßigen Abständen und setzt die erste Konferenz bis spätestens 01/2027 um.

- Der Landesvorstand erarbeitet in Zusammenarbeit mit der LAG Antifa sowie externen Expert*innen ein Strategiekonzept zum Thema Recherchearbeit zu rechten Strukturen und Aktivitäten in und um Hamburg. Hierbei ist es elementar wichtig, sich mit bestehenden Strukturen zu vernetzen, die Arbeit dieser zu würdigen und sich Unterstützung von diesen einzuholen. Das Konzept liegt spätestens zum nächsten Landesparteitag im April 2027 vor.
- Die Bezirksfraktionen werden angehalten, während Wahlkämpfen regelhaft sowie bei vermehrter Aktivität von rechten Parteien nach Bedarf kleine Anfragen nach Infoständen rechter Parteien zu stellen.
- Die Partei begibt sich von der antifaschistischen Haltung in die Handlung. Dies bedeutet einerseits die verstärkte Mobilisierung zu und Beteiligung an antifaschistischen Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams, andererseits auch die Befähigung und Ermutigung der Parteimitglieder durch Aktionstrainings, Workshops zum Umgang mit Repressionen, digitaler Sicherheit und Datenschutz, Demo-Anmeldungen, Erste Hilfe auf Demos und weiteren Themen. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand – in Zusammenarbeit mit Expert*innen und der LAG Antifa – solche anzubieten.
- Bei Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Aktivitäten extrem rechter nutzen der Landesvorstand und die Partei Rechercheergebnisse, mobilisieren mittels sozialer Medien und Plakaten, leisten Aufklärungsarbeit durch Flyer und Broschüren. Dies gilt insbesondere für Infostände und Demonstrationen rechter Parteien oder Organisationen.
- Der Landesvorstand unterstützt die Anreise zu Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams, die weiter entfernt stattfinden, finanziell und bewirbt dies transparent bei Parteimitgliedern.
- Der Landesparteitag bittet den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaftsfraktion auf der Grundlage des Gutachtens der Gesellschaft für Freiheitsrechte weitere Initiativen für ein AfD Verbot zu entwickeln und zu ergreifen.

Begründung und Anmerkungen

Konferenzen

Neuere Veröffentlichungen weisen darauf hin, dass antifaschistische Arbeit möglicherweise zu kurz greift und weiter gefasst werden sollte. Darüber hinaus hat sich das Klima nicht nur in Hamburg deutlich verändert. Die Zivilgesellschaft und die Demokratie stehen enorm unter Druck, sowohl von Rechtsaußen als auch von Kräften der vermeintlich politischen Mitte.

Projekte aus dem Fördertopf „Demokratie-Leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) werden zunehmend inhaltlich mitbestimmt, was jeder demokratischen Praxis widerspricht und den eigentlichen Zweck, Demokratie zu stärken, Vielfalt zu fördern und Extremismus vorzubeugen, in den Hintergrund rückt. Stattdessen wird sich eine konservative Trägerlandschaft gewünscht.

Schon Ende letzten Jahres wurden Konten der Roten Hilfe gekündigt, vermutlich in vorseilendem Gehorsam, als die USA „Antifa Ost“ auf die Sanktionsliste von Terrororganisationen gesetzt hatte. Im April wurde der Berliner VVN-BdA das Konto gekündigt und bei einer Sparkasse eine Kontoeröffnung verweigert. Aktuell droht der VVN-BdA die Aberkennung der Gemeinnützigkeit (verbunden mit erheblichen Steuernachzahlungen), da sie ihr Konto dem Aktionsbündnis "widersetzen" zur Verfügung gestellt hat.

In Hamburg wurde im Juni in der Bürgerschaft für die Regelanfrage beim Verfassungsschutz gestimmt. Für alle Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst muss der Verfassungsschutz mitteilen, welche Erkenntnisse zu vermeintlichen verfassungsfeindlichen Aktivitäten vorliegen. Dies ist eine moderne Version des Radikalenerlasses aus den 1970ern, wo allein wegen Zweifeln an der Verfassungstreue faktisch Berufsverbote gegen Lehrer*innen verhängt wurden.

Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz hatte eine Klage gegen unseren Bürgerschaftsabgeordneten Deniz Celik eingereicht, da dieser festgestellt hat, der VS sei durch „Vertuschung, V-Leute-Skandale und durch den Schutz rechter Netzwerke aufgefallen“.

Unser Ziel ist, dass die Zivilgesellschaft und insbesondere antifaschistische Initiativen, Vereine und Gruppen geschützt und die antifaschistische Arbeit und Praxis aufrechterhalten werden. Gemeinsam mit Vertreter*innen dieser wollen wir uns konkret damit auseinandersetzen, was wir als Partei zum antifaschistischen Kampf und zur Selbstermächtigung der Zivilgesellschaft beitragen können.

Recherchearbeit

Recherchearbeit ist und bleibt ein essenzieller Teil antifaschistischer Arbeit und erfordert zunehmend mehr Ressourcen. Autonome antifaschistische Recherchegruppen leisten teilweise seit Jahrzehnten unerlässliche Arbeit für den Antifaschismus. Die Linke hat über ihre Stellung als Partei Werkzeuge und Mittel, die autonome Gruppen nicht haben. Mit einer eigenen Initiative im Bereich der Recherche machen wir uns unabhängig von staatlichen und Milliardenmedien, legen ein Fundament für jegliche Art der antifaschistischen Arbeit und kommen von der Reaktion in die eigene Handlung.

Wir streben eine Zusammenarbeit mit außerparteilichen Strukturen an, um auf strategische und nachhaltige Art und Weise die extreme Rechte durch gewissenhafte Beobachtung zu stören und zu schwächen. Eine gute Recherchearbeit ermöglicht eine frühere und effektivere Mobilisierung zu Gegenprotesten, kann militante Netzwerke der extrem Rechten aufdecken, dokumentiert das Zeitgeschehen und sorgt gleichzeitig dafür, dass sie sich beim öffentlichen Austragen ihrer faschistischen

Ideologien zunehmend in die Defensive gedrängt fühlen.

Vorbereitung der Mitglieder

Wie und warum funktioniert erfolgreicher Widerstand? Schaut man sich erfolgreiche Widerstandsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte an, gibt es einen Punkt, der heraussticht: Sie waren rechtzeitig organisiert. Sie waren bereit, alles zu geben und gegen unterdrückerische Bestrebungen zu kämpfen. Wer als Jugendliche*r über die NS-Zeit lernt, fragt sich häufig "Was hätte ich getan?". Diese Frage ist wichtig, aber mindestens genauso wichtig sind die Fragen "Was kann ich überhaupt tun?"

Der Faschismus in Deutschland klopft nicht mehr nur an die Tür, er richtet sich gerade in unserem Wohnzimmer ein. Die Bestrebungen hin zu einem autoritären Staatsumbau, der dem Faschismus den Weg ebnet, sind offensichtlicher als je zuvor.

Die Regelanfrage in Hamburg, neue Polizeigesetze in anderen Bundesländern und das neue Geheimdienstgesetz auf Bundesebene sind erst der Anfang. Es ist unsere Aufgabe als einzig konsequent antifaschistische Partei, unsere Mitglieder zu befähigen und zu ermutigen, sich selbst vor diesen Bestrebungen zu schützen und sich mit allen Mitteln der Rückkehr des Faschismus entgegenzustellen. Unser Widerstand wird die nächsten Jahre nur erfolgreich sein, wenn unsere Mitglieder vorbereitet sind.

Mobilisierung

Neo-Nazis und andere Rechtsextreme fühlen sich immer bestärkter. Vermehrt sehen wir spontane Infostände der AfD und inhaltliche sowie "soziale" Veranstaltungen rechter Organisationen in und um Hamburg. Nicht immer erfahren antifaschistische Strukturen rechtzeitig von diesen Veranstaltungen und immer öfter gibt es nicht genug Kapazitäten, jede einzelne rechte Veranstaltung zu stören. Das führt dazu, dass die Partei AfD sowie andere rechte Strukturen in der Gesellschaft Fuß fassen; als "normal" angesehen werden. Die Straße gehört uns Linken und es ist essenziell für den Kampf gegen den Faschismus, sie entsprechend zu prägen. Hierfür müssen wir entsprechende Veranstaltungen und Infostände lautstark und kämpferisch durch Gegenproteste stören und die Propaganda der AfD durch Aufklärungsarbeit in Form von Flyern, Plakaten und Infoständen widerlegen. Die Ergebnisse unserer Recherchearbeit werden uns dabei zu Gute kommen.

Gerade in den Randbezirken Hamburgs, im Hamburger Umland und vor allem in den ostdeutschen Bundesländern ist die Rechtsentwicklung deutlicher spürbar. Deshalb ist es wichtig, zu Demos und Protesten in diesen Gegenden zu mobilisieren, politische Aufklärungsarbeit zu leisten und politisch aktive Linke hier nicht allein zu lassen. Wir möchten dabei lokale Strukturen unterstützen, ermächtigen und ermutigen.

AfD-Verbot

Die Partei "Alternative für Deutschland" ist eine faschistische Bestrebung, welche gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft verstößt, in ihrer Ganzheit undemokratisch ist und dringend verboten werden muss. Insbesondere das neue Gutachten der "Gesellschaft für Freiheitsrechte" zu einem möglichen Verbotsverfahren bekräftigt dies und soll als Grundlage für ein solches dienen. Gleichzeitig ist die AfD lediglich ein Symptom der fortschreitenden Rechtsentwicklung der Gesellschaft. Sie ist nicht alleinige Verursacherin, sondern ein starker Katalysator derselben. Ein Verbotsverfahren ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es bedarf weiterhin einer greifbaren, sozialistischen und antifaschistischen Politik, um die Menschen auf die echten Probleme der Gesellschaft und mögliche Lösungsansätze dieser aufmerksam zu

machen und zu organisieren.

Antrag L03: Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht umsetzen!

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Dieter Lesemann, Emily Stiers (ZS (Stimmrecht) AG Klimagerechtigkeit, del-ZS:MQ-Ers01), Erik Böhm (ZS (Stimmrecht) AG Klimagerechtigkeit, del-ZS:OL), Wiebke Jürgens (BV Wandsbek, del-BV:MQ), LAG Klimagerechtigkeit, Landesvorstand, Laura Bader, Sandra Bläß, LAG Demokratische Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! 2 Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht 3 umsetzen!

4 Wir alle erleben derzeit mit Hitzewellen, Dürren, Waldbränden und Stürmen direkt
5 Auswirkungen der Klimakatastrophe. Mit über 12.000 geschätzten Hitzetoten in
6 Deutschland im Sommer 2026 wurde eine Übersterblichkeit erreicht, die die
7 während der Coronakrise übersteigt. Währenddessen hat Deutschland seinen Anteil
8 am CO2-Budget zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels bereits aufgebraucht (so der
9 Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, März 2025), dabei hat
10 das Bundesverfassungsgericht im März 2021 die Verpflichtung des Staats zu
11 wirksamem Klimaschutz aus den Freiheitsrechten künftiger Generationen
12 abgeleitet. Hamburgs CO2-Emissionen wiederum sind 2025 um 2,6% im Vergleich zum
13 Vorjahr gestiegen. (Schätzbilanz von Umweltbehörde und Statistikamt Nord, Juni
14 2026) Die mindestens benötigte Verringerung von 98% gegenüber 1990 stagniert
15 also bei einem Niveau von 41,3%. Hamburg und damit dem rot-grünen Senat, der
16 eigentlich die Klimaneutralität bis 2045 umsetzen wollte, bescheinigte der WWF
17 im Bundesländer-Ranking zur Energiewende im September 2025 noch den letzten
18 Platz bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

19 Doch gerade wegen dieser ernsten Lage lohnt es, um jede Veränderung und um jedes
20 Zehntelgrad zu kämpfen. Wir müssen sofort handeln, schnellstmöglich
21 Klimaneutralität erreichen und die Stadt an bereits eingetretene Folgen der
22 Klimakatastrophe anpassen. Das sehen auch große Teile der Hamburger Bevölkerung
23 so und stimmten vor einem Jahr eindeutig für den Zukunftsentscheid – und somit
24 für sozialverträgliche Klimaneutralität bis 2040 gekoppelt an jährliche
25 Emissionsziele. Darauf reagierte Tschentscher mit dem verantwortungslosen
26 Statement, dass in der aktuellen Legislaturperiode bis 2030 keine grundlegende
27 Umplanung nötig sei. Der letzte Zwischenbericht zeigt zwar, dass einige Bereiche
28 inhaltlich sinnvoll angegangen werden, aber nicht mit ausreichender Intensität

und Priorität und somit die vom Senat teilweise schon formulierten Versprechen nichts wert sind. Außerdem ist seitdem für die Öffentlichkeit weitestgehend intransparent, welche Maßnahmen die Regierung ergreift und plant. Gleichzeitig kritisierte der Senat, dass der Zukunftsentscheid bei seiner Gesetzesänderung keine konkreten Pläne zur Umsetzung eines sozialverträglichen Klimaschutzes mitgeliefert hat. Diesem Vorwurf wollen wir hiermit einen Katalog von Maßnahmen entgegensetzen.

Die Linke fordert seit langem Klimaneutralität bis 2035 und legt dabei einen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit. Untrennbar davon ist, dass es einen Systemwandel braucht, der die Klimakatastrophe an ihrer strukturellen Ursache bekämpft, mit planetaren Grenzen vereinbar ist und die Überreichen als Haupt verursachende in Verantwortung nimmt. Aus diesem Grund muss die Umsetzung von den Verursacher*innen und der Stadt als Verantwortliche für die Daseinsvorsorge getragen werden, statt weiter Gelder in teure, klimaschädliche und geschichtsvergessene Prestigeprojekte zu investieren. Außerdem muss die breite Bevölkerung mit ihren Perspektiven und Lebensrealitäten in der Veränderung begleitet und darin einbezogen werden, unter anderem durch Klimaanpassung, stabilisierende Sozialmaßnahmen, Umverteilung und Demokratisierung.

Deswegen fordern wir als Linke vom Senat, endlich entschlossene, wirkungsvolle Klimapolitik zu machen und den Zukunftsentscheid umzusetzen! Klimaschutz muss außerdem immer im gesamtgesellschaftlichen Kontext gedacht werden. Dazu liefern wir einen themenübergreifenden Maßnahmenkatalog und verpflichten uns selbst, in den Arbeits- und Bezirksgruppen der Partei auch über den Landesparteitag hinaus an Lösungen zu arbeiten.

Strom, Wärme, Gebäude

Zur Erreichung der Hamburger Klimaziele und den durch den Zukunftsentscheid vorgegebenen Zeitpunkt der Klimaneutralität 2040 ist sowohl eine Transformation des Gebäudesektors als auch die Dekarbonisierung und Energieverteilung im Energiesektor notwendig.

Von ca. 985.400 Wohnungen (Stand 2022) sind ca. 21% selbst bewohntes Eigentum und ca. 77% Mietwohnungen, sodass sich das Hauptaugenmerk der Gebäudemaßnahmen auf die letztgenannten richten muss. Wirksamer Klimaschutz ist nicht nur Wohlstandssicherung, er schützt auch vor den kaum noch kalkulierbaren Folgekosten des Klimawandels. Klimaschutz muss politisch ganzheitlich, sozial gerecht und konsequent umgesetzt werden. Die steigende Zahl einkommensschwacher, armutsgefährdeter, oder Sozialhilfe empfangender Haushalte ist überproportional durch Wohn- und Energiekosten belastet. Besonders vor diesem Hintergrund muss die Energiewende zwingend sozial ausgewogen geplant und ausgeführt werden!

Maßnahmen:

Energieerzeugung

1. Pflichtbelegung mit Solarenergie auf allen geeigneten Dach- und Fassadenflächen öffentlicher Liegenschaften mit Blick auf vorrangigen Einsatz von PVT-Kollektoren (PV + Thermie). Wärmenutzung (Warmwasser, Heizung) in kalten Jahreszeiten und Nutzung des Thermieanteils zur passiven nächtlichen Kühlung im Sommer (Reduzierung elektr. betriebener Klimaanlage) schneller und ambitionierter mit deutlich erhöhtem Ausbauziel verfolgen.
2. Messbarer, transparenter, kurzfristiger Ausbau von PV, vorrangig PVT-Anlagen auf öffentlichen Parkplätzen. Bei Einsatz von PVT-Anlagen mit Zwischenspeicherung des sommerlichen Wärmeüberschusses in großen saisonalen Speichern.
3. Die Stadt Hamburg erhält das vorrangige Nutzungsrecht, um auf allen privaten (Firmen-)Parkplätzen, die nicht zur energetischen Eigenversorgung genutzt werden, aufgeständerte dezentrale Kraftwerke mit PV – bevorzugt PVT – zu errichten und zu betreiben.
4. Rückkühlung der sich zunehmend aufheizenden, stehenden Gewässer (Seen, Teiche) und Verhinderung starker Algenbildung durch Einsatz von Wasser-Wasser-Wärmepumpen.
5. Mehr Tempo beim Ausbau von (möglichen) Standorten für (Fluss-) Wasserwärmepumpen.
6. Für Gebiete ohne Fernwärmeanschluss: Förderung und Aufbau von regenerativen dezentralen Quartiers- oder Wohngebietsbezogenen Wärmeerzeugungsanlagen bei gleichzeitigem Aufbau von Nahwärmenetzen, soweit möglich als Quartiersgenossenschaftsanlagen.
7. Schnellere, leichtere und bürokratiearme Flächensuche und Ausweisung inkl. der Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen.
8. Bevölkerungsbeteiligung an der Energiewende, wie Bürgerenergiegesellschaften, Bürgerforen, transparente und inklusive Kommunikation, Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen, gerechte Transformationsprozesse.
9. Windkraftparks generell nur mit Speichersystemen oder Elektrolyseuranlagen zur Erzeugung von Wasserstoff genehmigen und bestehende Windparks schnellstmöglich entsprechend nachrüsten. Begründung: Windanlagen sollen bei Überschuss-Stromerzeugung nicht mehr vom Energieversorger abgeschaltet werden, sondern Überschussstrom muss gespeichert werden.

Energienutzung

10. Verstärkter Fernwärmenetzausbau durch einfachere und leichtere Genehmigungsverfahren beschleunigen.
11. Nahwärmenetzausbau und gleichzeitiger Ausbau dezentraler Wärmeerzeugung in Genossenschaftsmodellen durch einfachere und leichtere Genehmigungsverfahren beschleunigen.
12. Fernwärme aus regenerativen Energien: Der Fernwärmepreis muss immer unterhalb des günstigsten Wärmepreises aus fossilen Quellen angesiedelt sein. (Derzeit ist in einigen Stadtgebieten Fernwärme die teuerste Energie).

114 13. Unabhängige und kostenlose Energieberatung für alle Miethaushalte mit
115 geringen Einkommen . (Derzeit nur für Bezieher*innen von Grundsicherung,
116 Sozialhilfe, Wohngeld, BAföG, Kinderzuschlag und Haushalte unterhalb der
117 Pfändungsfreigrenzentabelle)

118 14. Erweiterung, Verlängerung (nach Juli 2027) und stärkere Bewerbung des
119 Zuschussprogramms (90% max. 500 €) für Balkonkraftwerke für Haushalte mit
120 geringem Einkommen. (Definition siehe vorherigen Punkt) Ausweitung der max.
121 Leistung von 800 auf 1.000–1.200 W/p.

122 15. Einführung einer gestaffelten regressiven Förderung dieser Maßnahme für
123 Haushalte mit Einkommen oberhalb der Pfändungsfreigrenze.

124 16. Verpflichtung der Immobilienwirtschaft, für alle vermieteten Bestandsgebäude
125 größer als 3–4 Wohneinheiten einen hydraulischen Abgleich inkl. Nachweis
126 durchzuführen inkl. Heizlastberechnung in Anlehnung an die 2024 ausgelaufene
127 EnSiMiMaV (Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristige
128 Maßnahmen). Die Maßnahme betrifft alle Bestandswohngebäude im aktuellen
129 unsanierten Zustand.

130

131 **Gebäude**

132 17. Energetische Sanierung der kommunalen Liegenschaften und der kommunalen
133 Wohnungsbaubauten. bis spätestens 31.12.2039.

134 18. Verpflichtende, unabhängige Energieberatung inkl. des möglichen Einsatzes
135 von Dach- und Fassadenbegrünung mit Nachweis für alle Vermietungs-, Wohngebäude
136 ab 3–4 Wohneinheiten, inkl. eines verbindlichen nach sozialen Indikatoren und
137 Vorgaben ausgestalteten Sanierungsfahrplans (energetische Sanierung der
138 Gebäudehülle). Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei unsanierten und sich extrem
139 aufheizenden und abkühlenden Dachgeschossen. Eine Fassadenbegrünung senkt
140 Außenwandtemperaturen an Hitzetagen um bis zu 15°C und kühlt durch
141 Feuchtigkeitsabgabe. Fazit: Reduzierung elektrisch betriebener Klimageräte.

142 19. Anreize schaffen für eine schnellere Umsetzung von energetischer Sanierung
143 von Wohngebäuden mit dem Steuerungsinstrument einer stetig steigenden CO2-Abgabe
144 (fossile Brennstoffe), die ausschließlich von Vermieter*innen getragen werden,
145 nach dem schwedischen Modell.

146 20. Umgehend eine Sanierungsstrategie entwickeln, die Energieeffizienz und die
147 soziale Bedürftigkeit bewertet und geringe Einkommen entlastet. Gebäude wo viele
148 Menschen mit geringen Einkommen (Sozialleistungen oder Einkommen unterhalb der
149 Pfändungsfreigrenze) von Energiearmut und/oder hohen Wohnkosten betroffen sind,
150 haben Vorrang in der Sanierungsreihenfolge.

151 21. Die soziale Sanierungsstrategie (Sozial vor Technik) muss zwingend die
152 Mieter*innenseite schützen und warmmietenneutral erfolgen. Nach aktuellem
153 Mietrecht z.B. durch geringere oder wegfallende Modernisierungsumlagen.

154 22. Auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die seit Inkrafttreten der
155 Heizkostenverordnung 1981, stufenweise abgeschaffte Bruttowarmmiete – nach dem
156 seit 2000 erfolgreichen schwedischen Modell – wieder eingeführt wird.

157

158 **Verkehr**

159 Der Verkehrssektor ist mit einem Anteil von fast 30% (Verursacherbilanz 2024) an
160 den Hamburger CO2-Emissionen ein entscheidender Hebel für den Klimaschutz.
161 Während andere Bereiche bereits Emissionen einsparen, wird im Bereich der
162 Mobilität keine CO2-Reduzierung erzielt.

163 Saubere, sichere und effiziente Fortbewegung muss für alle zugänglich werden,
164 unabhängig von Einkommen, Einschränkungen und dem Wohnort. Daher muss der
165 Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) ausgebaut und die äußeren
166 Stadtteile gut angebunden werden. Diese Mobilitätsformen müssen neben dem
167 motorisierten Individualverkehr als gleichberechtigt anerkannt werden. Aus
168 diesem Grund kann die ausschließliche Elektrifizierung des Individualverkehrs
169 kann nicht die Antwort auf die notwendige Transformation des Verkehrssektors
170 sein, wenn sie dazu führt, dass sie die genannten Maßnahmen verdrängt. Nur, wenn
171 wir die ökologische Notwendigkeit mit echter sozialer Teilhabe vereinen,
172 schaffen wir die gesellschaftliche Akzeptanz für eine moderne und klimaneutrale
173 Mobilität. Die politische Vernachlässigung und die geplanten Mittelkürzungen
174 sind unvereinbar mit wirkungsvollem Klimaschutz und entsprechend abzulehnen!

175

176 **Maßnahmen:**

177 23. Die Ziele sind nicht nur mit „bequemen Maßnahmen“ erreichbar: Push
178 (Abschreckungs)-Instrumenten (Verteuerung, Parkraumverknappung) und Pull-
179 Maßnahmen (Anreize) müssen kombiniert eingesetzt werden.

180 24. Stadtweiter Ausbau der E-Ladestruktur.

181 25. „Nur-Anwohner*innen“-Parken ausweiten.

182 26. Parkgebühren erhöhen und damit gleichzeitig kommunale Einnahmen generieren
183 sowie Fahrzeuge in der Stadt verringern.

184 27. Umfassende Elektrifizierung, Taktverdichtung und Ausbau des ÖPNV, sinnvoller
185 Baustopp der U5 (Siehe die neue Studie zur U-5) und geplante Strecken durch
186 Straßenbahn ersetzen, mehr Busse, Verlässlichkeit, Sicherheit und Informationen
187 durch mehr Bahnpersonal und Awareness/Security sowie die Barrierefreiheit
188 garantieren,

189 28. keine weiteren Fahrpreiserhöhungen, stattdessen unverzüglicher Einstieg in
190 die schrittweise Realisierung eines für alle kostenlosen ÖPNV bis 2030, wie dies
191 für Schüler*innen bereits heute der Fall ist, zusätzlich finanziert durch die
192 Unternehmenssteuern.

193 29. P+R-Stellplätze und kostenlose Fahrradboxen standardmäßig an Bahnhöfen/-
194 stationen installieren.

195 30. Radwege und Radschnellwege ausbauen, schützen und instandhalten.

196 31. Sharingangebote verbessern (Car-/Bikesharing, hvv switch mehr fördern und
197 mit der Bevölkerung gestalten),und bessere Park-Systeme mit festen

- 198 Abstellstationen einführen Fußgänger*innenverkehr: versiegelte Wege und Flächen
199 so barrierearm gestalten, dass keine Hindernisse aufgrund des Untergrundes
200 entstehen (kein Kopfsteinpflaster, ebene Wege und Flächen), sinnvoll geführte,
201 durchgängige und von Betroffenen gestaltete Leitsysteme, auch innerhalb von
202 Gebäuden. Alle Zebrastreifen müssen ausreichend ausgeleuchtet sein und
203 signalgesteuerte Übergänge mit kurzen Wartezeiten versehen sein.
- 204 32. Infrastruktur an die vermehrt autoarme Nutzung anpassen, Gehwege sind nicht
205 als Parkplätze zu nutzen.
- 206 33. Innerstädtisch grundsätzlich Tempo 30.
- 207 34. Betriebliches Mobilitätsmanagement: Verpflichtung großer Hamburger
208 Arbeitgeber (über 500 Beschäftigte) sowie großer Einrichtungen (Theater, Kinos,
209 Einkaufscenter, Hallen/Stadien, Universitäten) mit mehr als 500 Besucher*innen
210 am Tag, Verkehrskonzepte zu entwickeln, die darauf abzielen, dass die
211 Beschäftigten und die Besucher*innen mit dem HVV, dem Fahrrad oder zu Fuß
212 kommen, dazu HVV-Unterstützung (könnte 41.153 t/a CO₂-Emissionen ersparen).
- 213 35. Grünes H₂/E-Fuels in Schwerlast-, Schiff- und Flugverkehr einsetzen. Darüber
214 hinaus sind auch Biokraftstoffe in Betracht zu ziehen, die keine Agrarflächen
215 beanspruchen.
- 216 36. Der Flugverkehr muss reduziert werden, indem er auf die Schiene verlagert
217 wird. Kurzstreckenflüge unter 500 km müssen verboten werden.
- 218 37. Privatflüge, die nicht als Notfalleinsätze dienen, sollen nicht mehr
219 zugelassen werden. Das Verbot von Nachtflügen muss konsequent durchgesetzt
220 werden
- 221 38. Zur Entlastung des Regional- und Güterverkehrs ist eine zweite Schienen-
222 Elbquerung zwingend notwendig.
- 223 39. Keine Atomtransporte durch Hamburg.
- 224 40. Der Altonaer Bahnhof muss für den Fernverkehr erhalten bleiben.

225

226 **Landwirtschaft**

227 Landwirtschaft und Ernährung spielen bei der Klimakatastrophe ebenfalls eine
228 bedeutende Rolle. Aus diesem Grund braucht es in viel größerem Umfang
229 ökologischen Landbau und innerhalb dessen Regionalität sowie Reduzierung der
230 Tierproduktion. Die chemisch basierte agro-industrielle Landwirtschaft trägt mit
231 der aus ihr folgenden Bodendegradierung und dem Methanausstoß aus der
232 Massentierhaltung genauso zum Ausstoß klimaschädlicher Emissionen bei wie die
233 Herstellung von chemischen Düngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln, die diese
234 Form der Landwirtschaft benötigt. Durch eine geänderte, organische Bearbeitung
235 der Böden mit vielfältigen Fruchtfolgen hingegen binden diese Böden bedeutend
236 mehr Kohlenstoff als konventionell bearbeitete. Mit dem Einsatz von Grün- und
237 anderen natürlichen Düngern sowie der Re-Mineralisierung durch
238 Gesteinsmehlausbringung werden die Emissionen bei der Düngemittelherstellung

239 verringert.

240

241 **Maßnahmen:**

242 41. Die Stadt Hamburg transformiert nach dem Vorbild der Stadt Kopenhagen mit
243 der Kopenhagen House of Food-Stiftung mit begleitender Beratung die
244 Nahrungsmittelversorgung öffentlicher Küchen zu einem Bio-Anteil in den
245 Grundzutaten bis zu 90%. Die Beratung zielt auf die gleichzeitige Transformation
246 des Ernährungsaufbaus und der Kochprozesse, mit der eine Umstellung ohne
247 Kostensteigerung möglich ist und es nicht zu 20–30% Kostensteigerungen kommt,
248 die bei einem einfachen Austausch der Nahrungsmittel zu erwarten wären. Mit
249 weiteren Vorgaben zu Saisonalität, Vielfalt, Abfallminimierung, grünem Transport
250 und Verpackung kann die öffentliche Lebensmittelbeschaffung einen großen Beitrag
251 zur Förderung regionaler Bio-Betriebe leisten und somit zum Schutz von Klima,
252 Umwelt und Artenvielfalt in Hamburg und seiner Umgebung beitragen. Zusätzlich
253 wird ein großer Beitrag zur gesunden Ernährung der Hamburger Bürger*innen in
254 allen Kantinen in öffentlicher Hand geleistet, z.B. in Bildungseinrichtungen,
255 Krankenhäusern, usw.

256 42. Die Stadt Hamburg fördert verstärkt regionale und biologische Landwirtschaft
257 sowie Initiativen für Urban Gardening und Solidarische Landwirtschaft (SoLaWis)
258 und trägt so nicht nur zu einer Ernährung mit höheren Nährwerten und
259 verringerten Schadstoffen, sondern auch zu Böden, die deutlich mehr CO₂
260 speichern können, Abfallminimierung und Transportverringerung bei.

261

262 **Land- und Forstnutzung**

263 Die Art und Weise, wie Land genutzt wird, sich diese Nutzung ändert oder
264 Forstwirtschaft auf ihm betrieben wird, hat einen starken Einfluss auf die
265 Treibhausgasbilanzierung.

266 Während z.B. Wälder, Äcker, Grünland und Moore Treibhausgase aufnehmen und als
267 Kohlenstoffsенke wirken, entstehen durch Siedlungen, Entwaldung oder die
268 Entwässerung von Moorböden Emissionsquellen.

269 **Maßnahmen:**

270 43. Durch Umwidmung von Randflächen und die Verdichtung bestehender
271 Grünkorridore schafft die Stadt Hamburg zusätzliche Waldflächen und forstet
272 diese als Klimawälder auf. Sie schützt die über 4258 ha Wald, über die sie
273 derzeit verfügt, und passt diese an den Klimawandel an. Für einen
274 transformativen Ansatz gilt es, zusätzlich zu prüfen, inwieweit weitere Flächen
275 in Waldflächen umgewidmet werden können.

276 44. Als effektivster CO₂-Speicher aller Landlebensräume hilft die
277 Wiedervernässung von Mooren nicht nur bei der Einsparung von CO₂-Emissionen,
278 sondern auch dabei, CO₂ wieder aus der Atmosphäre zu ziehen. Mit den Mooren im
279 Norden (Wandsbek) und im Südwesten (Harburg) wie dem Wittmoor, dem Stapelfelder

280 Moor und dem Nincoper Moor hat Hamburg hier entsprechendes Potential. Neben 188
281 ha als Moor deklarierten Flächen gibt es auf dem Hamburger Stadtgebiet
282 geschätzt weitere 185 ha Moorböden unter landwirtschaftlicher Nutzung.
283 Zusammengekommen wären ca 370. ha wiedervernässbar.

284 45. Wiedervernässung von Mooren steht im Flächen- und somit im
285 Interessenkonflikt mit landwirtschaftlicher Nutzung. Ein Ansatz zum finanziellen
286 Ausgleich kann hier die Kombination von Paludikulturen (z.B. Röhricht für
287 Dachreet) in Kombination mit Photovoltaik sein, der gleichzeitig noch zusätzlich
288 zur CO₂-Einsparung mitwirkt. Unter anderem durch Abschattung kann die
289 Verdunstung gedämpft werden und sommerlichem Austrocknen und dem mit diesem
290 Umstand verbundenen Emittieren von Methan entgegenwirken. Die Stadt Hamburg
291 unterstützt im Rahmen der Wiedervernässung bei Prüfung und Umsetzung dieses
292 Ausgleichsansatzes.

293 46. Im Interessenkonflikt zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und dem
294 Flächenbedarf für den Photovoltaik-Ausbau kann die Kombination, die sogenannte
295 Agri-Photovoltaik, durch Schutz vor durch den Klimawandel zunehmenden negativen
296 Umwelteinflüssen wie überhöhter Verdunstung, zu starke Einstrahlung und
297 Sturmschäden ein Ansatz mit positiver Wirkung sein. Hier müssen
298 landwirtschaftliche Betriebe bei der Umsetzung beraten und unterstützt werden.

299

300 **Abfallwirtschaft**

301 Der Sektor Abfallwirtschaft kann ebenso einen wichtigen Beitrag zur
302 Emissionsreduzierung leisten.

303 Hierbei spielen besonders Abfallvermeidung, verstärkte Kreislaufwirtschaft und
304 Nutzung von Abwärme aus der Müllverbrennung für das Fernwärmenetz eine Rolle.

305 **Maßnahmen:**

306 47. Die Stadt Hamburg führt über die Stadtreinigung ein einheitliches,
307 städtisches Mehrwegsystem für den Außer-Haus-Verzehr ein. Analog zu Glas- und
308 Altpapiercontainern werden an zentralen Stellen durch die Stadtreinigung
309 Pfandcontainer für die vereinfachte, nicht an Öffnungszeiten und Betriebe
310 gebundene Rückgabe aufgestellt. Durch die Reduzierung des Mülls wird nicht nur
311 CO₂ vermieden, sondern auch die Sauberkeit in der Stadt gesteigert und die
312 Kosten für die kommunale Entsorgung reduziert.

313 48. Zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und daraus resultierendem
314 Abfall muss Hamburg sich dafür einsetzen, dass Containern straffrei wird.

315 49. Zu Verminderung des Ressourcenverbrauchs und im Sinne des neu geltenden
316 Rechts auf Reparatur fördert die Stadt Hamburg Leih- und Reparaturläden

317 50. Die Nutzung und Begasung von Holz mit dem hoch klimaschädlichen Gas
318 Sulfuryldifluorid im Hafen ist zu verbieten.

319

Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

Der Industriesektor ist einer der größten Verursacher energiebedingter Emissionen, des Artensterbens und war 2024 Auslöser von 26% des CO₂-Ausstoßes in Hamburg. Besonders ausschlaggebende Emissionsursachen und damit Hebel für Transformation liegen in den Produktionsprozessen. Es sind also massive Veränderungen nötig, bei denen immer zu bedenken ist, dass sie 132.000 industriebeschäftigte Menschen einschneidend in ihrem Alltag betreffen. Dabei möchten wir sie begleiten, auffangen und den Wandel mit ihnen gemeinsam gestalten.

Im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen entstehen Emissionen meist als Nebenprodukt des laufenden Betriebs. Dieser Bereich ist sehr heterogen und reicht vom kleinen Handwerksbetrieb über Handels- und Bürogebäude bis zu öffentlichen Einrichtungen. Entsprechend vielseitig und auf Situationen zugeschnitten müssen auch die Lösungen in diesem Sektor sein.

Viele grundlegende Punkte wie energetische Umstellung von Produktionsabläufen und Optimierung von Anlagentechnik geht der Senat bereits an, setzt aber oft auf Freiwilligkeit, befristete Unterstützung und wartet auf Bund und EU. Ein Anstieg industrieller Emissionen um 6% von 2023 zu 2024 zeigt, dass industrielle Transformation als "Das Gleiche in Grün" nicht ausreicht. Wir müssen die Systemfrage stellen und Formen des Wirtschaftens entwickeln, die Mensch und Umwelt vor den Profit stellen. Dieser Unsicherheit des Übergangs zwischen der Umformung der jetzigen Industrie und dem Aufbau einer neuen Wirtschaft können wir nur durch schrittweise Gestaltung im Prozess gemeinsam begegnen – als Partei und im Dialog mit den Menschen.

Maßnahmen:

51. Produktionsprozesse dekarbonisieren: Energiebedarf industrieller Wertschöpfung senken, fossil betriebene Prozesse auf Strom, Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien umstellen. Abwärmenutzung. Ergänzend nicht-elektrifizierbare Prozesse, beispielsweise in Metall- und Mineralölindustrie, auf grünen Wasserstoff umstellen.

52. Grüner Wasserstoff in öffentlicher Hand, klar reguliert und ausschließlich für industrielle Nutzung.

53. Betriebliche Wärmeversorgung und Prozesswärme auf erneuerbare Energien umstellen, dezentral über Wärmepumpen und Biomasse sowie netzgestützt über dekarbonisierte Fernwärme.

54. Gewerbeprozesse energieeffizient umstellen.

55. Holzprodukte zur Energiegewinnung verbieten

56. Optimierung von Anlagentechnik: u.a. hydraulischer Abgleich, Effizienzanzeigen an Heiz- und Kühlanlagen, intelligentes Gebäudemanagement, kontinuierliches Energiemanagement. Einrichtung von (an die jeweilige Betriebsgröße angepassten) Effizienzstandards und -pflichten.

57. Förderung an verbindliche Pläne mit klaren Transformationspfaden in den Bereichen Dekarbonisierung, Betriebs- und Anlagentechnik sowie Gebäudesanierung

koppeln. Hierfür auch Nutzung und Ausbau von ökologisch ausgerichteten Industriepartnerschaften und -netzwerken. Aktuelle Beratungsangebote entfristen, ausbauen, regelmäßig wiederholen und mit Monitoring/Audits kombinieren.

58. Förderinstrumente für energetische Sanierung erweitern, auch vermehrt für private Nichtwohngebäude, und dabei die vielfältigen Ausgangslagen berücksichtigen bzw. Prozesse entbürokratisieren.

59. Förderung von demokratisch kontrolliertem Betriebseigentum durch (Re)Kommunalisierung oder genossenschaftlichem Eigentum: Die Rekommunalisierung der Hafeninfrastruktur und der Ausbau von Energiegenossenschaften, Bürger*innenenergie sowie eine öffentliche Beteiligung an Solar- und Windanlagen.

60. Nachhaltigkeitspotenziale vom Hafen voranbringen: Sanierung und effizientere, intensivere Nutzung bestehender Flächen statt neu zu bauen, Gütertransporte von der Straße auf Schiene und Wasserwege verlegen, Landstrom weiter ausbauen und Nutzungspflicht für Kreuzfahrt- und Containerschiffe sofort umsetzen, Reedereien auf emissionsfreie Antriebe und Kraftstoffe verpflichten

61. Reduzierung digitaler Außenwerbung und Abschaltung nächtlicher gewerblicher Beleuchtung, um Energie zu sparen

Rechenzentren als Potenzial nutzen

Hamburgs rund 50 Rechenzentren, laut BUKEA 26 private und 24 öffentliche, mit einer IT- Leistung von ca. 100 MW und einem Stromverbrauch von ca. 680 GWh/a als mögliche Abwärmequellen betrachten. Konservativ gerechnet kann so eine kurz- bis mittelfristig in Wärmenetzen nutzbare Abwärme von ca. 150–250 GWh/a erreicht werden, was für die Beheizung von ca. 12.500–20.000 Wohnungen (12 MWh/a/Wohneinheit) ausreicht. Diese Potenziale gezielt sozial nutzen und energetisch ineffiziente Mietwohnungen sowie einkommensschwache Haushalte in Heizkosten und gegen CO₂-Belastung unterstützen.

62. Dafür muss der Senat ein „Hamburger Programm zur 100% erneuerbaren Strom- und Abwärmenutzung bei Rechenzentren“ entwickeln, wozu gehört:

1. kurzfristig ein vollständiges Rechenzentrumkataster mit allen Standort-, Strom- und Abwärmerelevanten Daten erstellen.

2. Die Genehmigung für neue Rechenzentren darf nur mit einem verpflichtenden Abwärmenutzungsplan erteilt werden. Bereits bestehende Rechenzentren haben ihn innerhalb einer Übergangsfrist zu erarbeiten und vorzulegen.

3. Betriebsgenehmigungen für neue Rechenzentren sollen nur mit nachgewiesenem Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz erteilt werden. Wegen der relativ niedrigen Abwärmepertemperaturen (30–50°C) sind kalte Nahwärmenetze als energetisch effizientere Variante zu bevorzugen.

4. Rechenzentren zur Transparenz verpflichten, jährlich alle relevanten Energie- und Abwärmedaten im Rahmen eines Monitorings zu veröffentlichen.

63. Keine neuen Gaskraftwerke zur Stromversorgung von Rechenzentren.

64. Vorrang für öffentliche, europäische Infrastruktur statt Abhängigkeit von

406 Großkonzernen. Auf effiziente, standortübergreifende Kooperation statt
407 Konkurrenz setzen.

408

409 **Anstöße für eine neue Wirtschaft, die Menschen und die Umwelt ins Zentrum rückt**

410 65. Neben Verursacherbilanz auch eine verbrauchsbasierte Bilanzierung stellen,
411 die ermittelt, welche Emissionen Hamburger*innen durch ihre Nachfrage
412 verursachen, und somit weitere Handlungsfelder eingrenzt.

413 66. Vernetzt mit Forschung und Expert*innen neue Maßstäbe für wirtschaftlichen
414 Erfolg und Wohlstand entwickeln, die Menschen, Nachhaltigkeit und Resilienz
415 statt Wachstum und Profiten ins Zentrum rücken. Einheitliche Indikatoren
416 festlegen und Fortschritte prüfen. Maßstäbe wie der Genuine Progress Indicator
417 GPI, der Planetary pressures-adjusted Human development Index PHDI oder die SDG
418 17 als Vorbilder.

419 67. Governance der Stadt nachhaltig und Sozial- und Klimaverträglichkeit zur
420 Priorität machen, u.a. bei Subventionen, Partnerschaften, Finanzierung und
421 Forschung.

422 68. Abbau klimaschädlicher Industrie, aber Menschen in den Übergängen begleiten.
423 Betriebe bei Transformation zu nachhaltigen Sektoren unterstützen und z.B.
424 Umschulungen statt Entlassungen befördern. Sozialsysteme stärken, um in
425 Erwerbslosigkeit und Umorientierung zu unterstützen.

426 69. Gezielt umweltfreundliche, transformationsbefördernde Wirtschaftsfelder
427 durch finanzielle Förderung und Bildungsprogramme stärken (städtische
428 Initiativen stärken und ausweiten), neben Klimatechnik auch Reparatur, Verleih
429 und Kreislaufwirtschaft.

430 70. Suffizienzstrategien entwickeln: Immaterielle(re) Berufsfelder wie
431 Gesundheit, Bildung, Dienstleistung und Kultur stärken, Überproduktion und damit
432 zusammenhängende Arbeitsstunden und Produktion unter Sicherung der Arbeitsplätze
433 und Löhne herunterfahren.

434 71. Angst vor der Zukunft bekämpfen, indem wir sie mit den Menschen gemeinsam
435 gestalten. Gesprächsformate mit und zwischen Beschäftigten, Gewerkschaften und
436 Erwerbslosen organisieren. Bürger*innenräte gründen, die neue wirtschaftliche
437 Richtung gemeinsam einschlagen, konkret statt akademisiert reflektieren und
438 Schritt für Schritt Ziele ermitteln.

439

440 **Klimaanpassungsmaßnahmen**

441 Klimaanpassungsmaßnahmen sind kein Thema der Zukunft mehr, sondern müssen
442 Menschen schnellstmöglich vor der Klimakatastrophe schützen, die uns bereits
443 trifft. Klimaanpassung ergänzt den Klimaschutz, ersetzt ihn aber nicht: Ohne
444 konsequente Emissionsminderung verschlimmern sich die Umstände weiter und der
445 Anpassung werden immer stärkere Grenzen gesetzt. Zugleich sind die Folgen des
446 Klimawandels sozial ungleich verteilt: Besonders vulnerable Gruppen wie Ältere,

447 Pflegebedürftige, Kinder, Vorerkrankte, Behinderte, einkommensschwache Haushalte
448 und Wohnungslose sind überproportional betroffen und werden seltener durch
449 Klimaanpassungsmaßnahmen geschützt (z.B. gedämmte Wohnungen). Alle Maßnahmen
450 sind sozialverträglich und gerecht umzusetzen.

451 Hamburg verfügt seit 2025 über eine Strategie zur Klimaanpassung und einen
452 Hitzeaktionsplan. Dass zu wenig passiert, liegt also nicht an fehlendem Wissen,
453 sondern an zu wenig Verbindlichkeit, Finanzierung, Priorisierung, sozialer
454 Absicherung, transparenter Kommunikation und Verantwortung.

455

456 **Maßnahmen:**

457 **Ökologische Anpassungsmaßnahmen**

458 72. Förderungen von Fassadenbegrünung, (Solar-)Dachbegrünung und
459 Entsiegelungsprojekte sollen weitergeführt, proaktiv und bürokratiearm
460 angewendet werden.

461 73. Verbindlicher und konsequenter Plan für Entsiegelung von Flächen.

462 74. Grünflächenversorgung (z.B. in Form von Grünpatenschaften) nach
463 Umweltgerechtigkeit sinnvoll priorisieren (grün-unterversorgte, sozial
464 benachteiligte Quartiere).

465 75. Ausweitung von Flächen mit Bäumen und sinnvolle Verschattung von
466 öffentlichen Flächen, Straßen, Wegen, Fußgängerzonen, Spielplätzen mit Bäumen,

467 76. Kühlung/Beheizung kritischer Infrastruktur (aus Erneuerbaren), vor allem
468 Schulen, Kindergärten, Pflegeheime, Senior*innentreffs, Jugendtreffs,
469 Krankenhäuser.

470 77. flächendeckende Trinkwasserspender, gekennzeichnet und priorisiert in dicht
471 bewohnten, sozial benachteiligten Quartieren errichten, an öffentliche und
472 kostenfreie WCs anbinden, Zielwert für Versorgungsdichte festlegen.

473 78. Wasserknappheit vorbeugen, Trinkwasser sparende Methoden,
474 Wassernutzungshierarchie für Trockenperioden festlegen (Bevölkerung und
475 kritische Infrastruktur, z.B. Krankenhäuser, vor Industrie).

476 79. Einrichtung eines Monitorings zur Nutzung des Grundwassers zu
477 Grundwasserständen, Nutzungsmengen und Qualität von unabhängigen Stellen sowie
478 eine davon abhängige Nutzungsbegrenzung für die Industrie und eine generelle
479 Befristung von Vertragsdauern für die Grundwassernutzung

480 80. Die Stadt Hamburg muss eine Strategie zur effektiven Nutzung von Grauwasser
481 entwickeln. Dazu muss die Regenwassernutzungserlaubnis von der reinen
482 Grünflächenbewässerung auch auf die Nutzung für WC-Spülungen und Waschmaschinen
483 ausgeweitet werden. Neubauten (Wohn-, Nichtwohn- und öffentliche Bauten), sind
484 nur noch mit Einbau einer solchen erweiterten Regenwassernutzungsanlage zu
485 genehmigen. Es ist zu prüfen, inwieweit bei Bestandsbauten eine solche
486 erweiterte Regenwassernutzungsanlage nachgerüstet werden soll. Zeitgleich ist
487 die Förderrichtlinie (zur Zeit max. 3.000,- € Zuschuss) zu überprüfen und
488 gegebenenfalls zu erweitern.

489 81. Dusch- und Warmwasser fließen mit Temperaturen von ca. 30 - 40°C ins

490 Abwasserrohr. Diese nutzbare thermische Energie muss hocheffizient über
491 Abwasserwärmerückgewinnung (AWR) recycelt werden. Hierzu sind -vornehmlich
492 dezentral - Abwasserwärmerückgewinnungsstrategien auf Gebäude- und Quartiersebene
493 zu entwickeln. So sollen Neubauten (Wohn-, Nichtwohn-, öffentliche Bauten) und
494 neue Quartiere nur noch mit AWR- Anlagen genehmigt werden. Bei Bestandsbauten
495 ist vor Sanierungs- und umfangreichen Instandhaltungsmaßnahmen die Nachrüstung
496 zu prüfen und wo immer möglich einzubauen.

497

498 **Soziale Klimaanpassung**

499 82. Rechte für Mieter*innen an Klimafolgen anpassen; sommerlicher Wärmeschutz
500 auch im Bestand möglichst aus erneuerbaren Energien umsetzen (vor allem auch
501 SAGA/Sozialimmobilien); Wohnungskühlung und Wärmeschutz warmmietenneutral
502 umsetzen, um klimabedingte Verdrängung zu verhindern und soziale Gerechtigkeit
503 zu garantieren.

504 83. Kühle Orte niedrigschwellig, kostenfrei, diskriminierungsfrei und ohne
505 Konsumzwang öffnen

506 84. Hitze-Hilfsprogramm für wohnungslose Menschen (analog zu Winternotprogramm);
507 aktiv aufsuchende, mehrsprachige Angebote für isolierte Ältere, Pflegebedürftige
508 und schwer erreichbare Gruppen.

509 85. Priorisierung von unterversorgten und sozial benachteiligten Quartieren bei
510 allen Maßnahmen.

511 86. gesundheitsorientierte Stadtplanung, die ökologische und allergologische
512 Aspekte zusammen denkt und Biodiversität als Schwerpunkt sieht, damit Erholung
513 und Regeneration für alle Menschen möglich ist.

514 87. Klimaanpassung verbindlich unter Sozialverträglichkeitsgebot des
515 Zukunftsentscheids fassen, soziale Gerechtigkeitslücken-Analyse durchführen;
516 Förderprogramme sozial staffeln.

517

518 **Katastrophenschutz, Kommunikation und Monitoring**

519 88. Verstärkter und schneller Ausbau von Sprühwasservernebelungsanlagen nach dem
520 Vorbild des Nebelfelds am Jungfernstieg (Temperatursenkung ca. 5 - 10°C) im
521 Rahmen des Hamburger Hitzeschutzplans. Die derzeitige Prüfung von 5 Standorten
522 im HH- Mitte soll auf alle Innenstadtteile und Bereiche mit großer verdichteter
523 Bauweise erweitert werden. Hierbei sollen die Pumpen mit lokal erzeugter
524 Solarenergie oder durch Anschluss an das auf Ökostrom umgestellte Hamburger
525 Energienetz betrieben werden.

526 89. Inklusiven, barrierefreien Katastrophenschutz verankern: Warnung/Evakuierung
527 in leichter Sprache, mehrsprachig, visuell/taktil; Vorhaltepflcht lebens- und
528 versorgungsrelevanter Ressourcen für Pflege und Kliniken; barrierefreie, hitze-
529 und starkregensichere Mobilität der Bevölkerung ermöglichen (auch bei
530 Evakuierungen).

531 90. Fördern von relevanten Ehrenämtern wie Technisches Hilfswerk, freiwillige
532 Feuerwehr oder DLRG und Strukturen durch die Finanzierung von Festanstellungen
533 stärken.

- 534 91. Präventive Maßnahmen (Kellerräume abdichten und Rückstausicherungen für alle
535 Gebäude) und zukunftsweisenden Hochwasser-, Sturm- und Überschwemmungsschutz
536 ausbauen.
- 537 92. Quartiers-Notfalltreffpunkte (Notfallinformationspunkte) für Blackout- und
538 Extremwetterlagen einrichten und kommunizieren.
- 539 93. Kommunikation zu richtigem Verhalten in Extremwetterlagen und Katastrophen
540 verbindlich in Lehrplan aufnehmen, regelmäßig und altersgerecht vermitteln,
541 Informationsmaterial zugänglich an das Elternhaus weitergeben.
- 542 94. Besser über UV- und Hitzefolgen und -schutz am Arbeitsplatz aufklären.
- 543 95. Kommunikation und Aufklärung digital, inklusiv und bürger*innennah ausbauen.
- 544 96. Stand der Entwicklung berichten und durch Kartierungen von bspw. Stadtgrün
545 und Entsiegelung für Bevölkerung nachvollziehbar machen und soziale
546 Verwundbarkeit durch Hochwasser und Starkregenereignisse aufzeigen.
- 547 97. Hochwasserprävention an Gebäuden (Rückstausicherungen, Souterrain-Schutz).
548 Schwammstadt-Prinzip und unterirdische Retention verbindlich und konsequent
549 umsetzen.

Begründung und Anmerkungen

Anlass und Grundlage für unseren Antrag und Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der stetig wachsenden Klimakatastrophe ist die erfolgreiche Volksabstimmung zum Hamburger Zukunftsentscheid, der sich am 12. Oktober 2026 jährt.

Mit dem Zukunftsentscheid und den daraus resultierenden Änderungen im Hamburger Klimaschutzgesetz (HmbKliSchG) wurde der Senat unmissverständlich aufgefordert, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 70% und bis spätestens 2040 um 98% (Klimaneutralität) sozialverträglich zu senken.

Aufgrund der andauernden massiven spalterischen und angstverbreitenden Parolen seitens einflussreicher Wirtschafts- und Lobbyverbände (und Teilen der Politik), stand die Entwicklung und Ausarbeitung dieses Maßnahmenkatalogs für das gesamte Team unter der folgenden obersten Prämisse:

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen:

Bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe muss der soziale Ausgleich an erster Stelle stehen.

“Klimaschutz darf nicht zur sozialen Belastung werden, sondern muss insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten.“

(Claudia Kempfert / Klimabeirat Hamburg)

Wir alle machen immer wieder die Erfahrung, dass Anträge vor der Abstimmung durch das Gremium auf den Parteitag immer leidenschaftlich diskutiert werden und um die Punkte gerungen wird. Die Erkenntnis zeigt jedoch, dass sie in sehr kurzer Zeit wieder in der Versenkung verschwinden. So auch der Leitantrag des 9. LPT am 28. und 29.09.2025 zum Zukunftsentscheid. Darum haben wir uns entschlossen, diesen umfangreichen Maßnahmenkatalog wie ein praxisorientiertes Werkzeug zu entwickeln. Er soll allen Zusammenschlüssen, Bezirken, Stadtteilgruppen zur Verfügung gestellt werden, damit sie einzelne oder mehrere Punkte herausnehmen und für eigene Aktionen weiterentwickeln können.

Dieser Maßnahmenkatalog erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern bietet eine strukturierte, vielfältige Auswahl von Optionen zu verschiedenen Sektoren der Klimakatastrophe. Als dynamisches Dokument soll und muss der Katalog kontinuierlich an neue Ereignisse und Entwicklungen der

Klimakatastrophe angepasst und weiterentwickelt werden. Rückmeldungen, Ergänzungen und Erfahrungsberichte aus der Praxis sind ausdrücklich erwünscht, um die Wirksamkeit zu erhöhen und lokale Handlungsspielräume zu stärken.

Antrag R01: Tagesordnung

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu Regularien und Ablauf des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Tagesordnung der 2. Tagung des 10. Landesparteitags

- 2 TOP 1: Eröffnung und Konstituierung
- 3 TOP 2: Begrüßungsrede
- 4 TOP 3: Berichte
- 5 TOP 4: Aussprache/Generaldebatte
- 6 TOP 5: Entlastung des Landesvorstands
- 7 TOP 6: Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
- 8 TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands
- 9 TOP 8: Satzungsändernde Anträge
- 10 TOP 9: Weitere Anträge
- 11 TOP 10: Schlusswort

Antrag R02: Zeitplan

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu Regularien und Ablauf des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Zeitplan der 2. Tagung des 10. Landesparteitags

- 2 **Samstag, 10. Oktober 2026**
- 3 9:00 Uhr: Mandatsprüfung
- 4 10:00 Uhr: TOP 1: Eröffnung und Konstituierung
- 5 10:15 Uhr: TOP 2: Begrüßungsrede

- 6 10:30 Uhr: TOP 3: Berichte: Berichte aus den Plena
- 7 10:50 Uhr: TOP 3: Berichte: Rechenschaftsbericht Landesvorstand
- 8 11:10 Uhr: TOP 3: Berichte: Finanzbericht Landesvorstand
- 9 11:20 Uhr: TOP 3: Berichte: Bericht der Finanzrevisionskommission
- 10 11:30 Uhr: TOP 3: Berichte: Bericht der Bürgerschaftsfraktion
- 11 11:50 Uhr: TOP 4: Aussprache/Generaldebatte
- 12 13:20 Uhr: TOP 5: Entlastung des Landesvorstands
- 13 13:30 Uhr: + + + PAUSE + + +
- 14 14:30 Uhr: TOP 6: Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
- 15 16:00 Uhr: + + + PAUSE + + +
- 16 16:30 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Beschluss über die Größe des
- 17 Landesvorstands
- 18 16:45 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Wahl Landessprecher*innen
- 19 17:30 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Wahl Landesschatzmeister*in
- 20 17:50 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Wahl Landesgeschäftsführer*in
- 21 18:10 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Wahl Jugendpolitische*r
- 22 Sprecher*in
- 23 18:30 Uhr: Ende des ersten Tages
- 24 **Sonntag, 11. Oktober 2026**
- 25 9:00 Uhr: Mandatsprüfung
- 26 10:00 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Wahl weiterer Mitglieder,
- 27 Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung
- 28 11:30 Uhr: TOP 7: Wahl des neuen Landesvorstands: Wahl weiterer Mitglieder,
- 29 offener Wahlgang
- 30 13:00 Uhr: + + + PAUSE + + +
- 31 14:00 Uhr: TOP 8: Satzungsändernde Anträge
- 32 14:30 Uhr: TOP 9: Weitere Anträge
- 33 16:00 Uhr: + + + PAUSE + + +
- 34 16:30 Uhr: TOP 9: Weitere Anträge
- 35 18:15 Uhr: TOP 10: Schlusswort
- 36 18:30 Uhr: Ende der 2. Tagung des 10. Landesparteitags